

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungsliste. Unter Anweisung für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern, je nach dem Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 16. Juli 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Sacrificio dell' intelletto.

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben: Wie unsere Leser wissen, fand die Angelegenheit des Schell-Denkmal eine unerwartete und auf den ersten Blick verblüffende Fortsetzung. Die Offiziosen des Vatikan veröffentlichten in den letzten Tagen ein Schriftstück, aus dem sie einen Geheimbund, ein Komplott der deutschen Zentrumsführer wider die Kurie herausliefen. Ein geheim verbreitetes Zirkular, das zu einer Petition an den Papst zwecks Änderungen der kirchlichen Schriftensur aufforderte, war der Stein des Anstoßes. Es handelte sich nicht etwa um die völlige Befreiung der päpstlichen Bücherkammer, sondern nur um jene Milderung der Praxis für Deutschland, die im politischen Interesse des Zentrums geboten war. Denn dieses braucht das Mantelchen moderner Wissenschaft gegenüber seiner Arbeitergeselligkeit, und wenn dabei Konflikte mit dem starren Dogma trotz aller Eiertänze nicht ganz vermieden wurden, so lag das in der Natur des Geschäfts wie der Sache.

Die Forderung, die Handhabung des Index zu mildern, wird nicht zum erstenmal erhoben. Von Pius V. wurde die Indexkongregation 1571 eingesetzt, um auf Grundlage der zehn Regeln, die das Tridentinum in betreff der zu verbietenden Schriften entworfen hatte, zu entscheiden, welche Bücher „gegen Glauben und Sitten“ verstößen. Benedict XIV. sahte 1758 alle diese Kongregation betreffenden früheren Bestimmungen zu einer „Konstitution“ zusammen, die zugleich das Verfahren regelte. Sie ist noch heute in Kraft und somit 20 Jahre älter als das Landrecht des „großen Freis“, und das will immerhin schon etwas heißen. Darum beantragten mehrere Bischöfe Deutschlands, Frankreichs und Mittelitaliens beim vatikanischen Konzil, auch die Regeln des Index einer Revision zu unterziehen. Nicht allein in gemischt konfessionellen Gebieten, nirgends mehr könnten sie wegen der veränderten gesellschaftlichen und literarischen Verhältnisse im strengen Sinne gehandhabt werden. Zugleich äußerten die Bischöfe den Wunsch, die Zensurierung neuer Bücher nicht zu promulgieren, bis man den geistlichen Vorgesetzten des Verfassers gehört habe, „auf daß der Verfasser auf seine Irrtümer aufmerksam gemacht, sie, wenn er guten Willens sei, widerrufen könne und dann die Publikation zur Schonung seiner Ehre ganz entbehrlich werde“. Also genau das, was diesmal die kirchlichen Laien, Gelehrten und Professoren beabsichtigten.

Pius IX. gab jenem Antrage nicht statt. Immerhin waren es Bischöfe, die ihn stellten, „Nachfolger der Apostel“, die sich mit dem Papst in die kirchliche Verwaltung teilen. Laien und niedere Geistlichkeit haben da nicht hereinzureden, vielmehr „jede Anordnung des apostolischen Stuhles so anzusehen, als ob sie durch den Mund des heiligen Petrus selbst bekräftigt wäre“. Dieser Grundsatz ist Fundament der Kirchenverfassung und wenn die römische Curie die beabsichtigte Petition der deutschen Hierarchie als Angriff auf die Hierarchie und die kirchliche Disziplinargewalt hinstellt, so kann sie sich dabei auf die Elementarsätze des geltenden Kirchenregiments berufen. Ebenso recht hat sie, wenn sie den Index als ein wesentliches Glied der Kirchenzucht hinstellt, die sich damit nicht nur auf die katholischen Priester, sondern sehr wirksam auch auf die „gebildeten“ Laien erstreckt. Auch der Vorwurf „katholischer Freimaurerei“ ist vom Standpunkte fanatischer Römlinge nicht so ganz unbedeutend. Es hat Zeiten gegeben, wo die kirchliche Presse selbst — und in den rückständigen ländlichen Gegenden tut sie es noch heute — alles als „Kult des Menschentums“, als „Gözendienst der Humanität“, als tatsächliche oder grundsätzliche Freimaurerei anschwärzte, was sich nicht unbedingt dem starren Autoritäts- und dem wahrhaftigsten Aberglauben beugte. Der Liberalismus ist Freimaurerei, der Sozialismus ein Erzeugnis der Freimaurerei, wie dies letztere Leo XIII. in seinen Enzykliken allen Ernstes ausgesprochen und damit zur päpstlichen Lehrmeinung gestempelt hat. Die moderne Wissenschaft mit ihrem „Unglauben“, die „atheistische“ Hochschule gilt dem Alerikalismus noch heute allerwege als ein Produkt des Satans und der Freimaurerei. Darum soll man nicht die geringen Konzessionen, die das Zentrum in den Industriegegenden an die Wissenschaft macht, warum soll man nicht diese „reformkatholische“ Methode Freimaurerei heißen? Wenn das Zentrum nicht seine Vergangenheit und seine Agitationsweise verleugnen will, kann es dagegen gar nichts einwenden.

Der Coup der päpstlichen Offiziosen ist sehr geschickt, er entspricht durchaus der Psychologie, auf die die kirchlichen Massen durch das Zentrum selber gestimmt sind. Und man fährt sehr großes Geschütz auf, man spricht von geistlichen Vandalenführern und der Leugnung kirchlicher Dogmen. Das ist rund und nett der Vorwurf der Apostasie, der Häresie, der Ketzerei und des Abfalls von Glauben und Kirche. Das ist die schwerste Anklage, die sich einem gläubigen Katholiken ins Gesicht schleudern läßt, wie sich schon daraus ergibt, daß die Häresie ohne weiteres exkommuniziert, daß kein Priester, kein Bischof, kein Patriarch und kein Kardinal von dieser „Sünde“ losprechen und das rüddige Schaf wieder in den alleinseligmachenden Stall zurückführen kann. Das vermag nur einer, der Papst. Erschwert wird diese Anklage noch durch den Vorwurf der Freimaurerei. Der Abtrünnige und

der Ketzerei mögen sündigen aus Irrtum und Unverstand, der Freimaurer aber gilt als Söldling und Parteigänger des Teufels. „Diese traurige Sekte findet jetzt freien Spielraum, um die Geister und die Herzen zu verführen und zu verderben, und sie ist dabei ebenso ingrimmig und verstockt wie der Geist des Bösen, der sie erzeugt hat.“ So sagt kein geringerer als der Vorgänger Pius X. Und diese Vorwürfe werden geschleudert gegen die führenden Personen des deutschen Zentrums, und die Stelle, von der sie kommen, bürgt den päpstlichen Offiziosen dafür, daß sie in den kirchlichen Massen Beachtung finden und ihre Wirkung tun. Angesichts dieser Tatsachen wird man einräumen müssen, daß die Kurie mit ihrem Vorstoß bestimmte politische Ziele verfolgt. Welches sind diese Ziele?

Seinerzeit versuchten italienische Merikale die Gründung einer politischen Partei nach dem Muster des deutschen Zentrums. Wir wollen hier nicht auf die divergierenden Strömungen des italienischen Merikalismus eingehen. Genug, Pius X. machte durch die Nochnung einen dicken Strich. Er dekretierte, christliche Demokratie ist, wenn die Wähler tun, was die Bischöfe wollen. Murri, der „junge Priester der Marken“, den die „Köln. Volkszeitung“ und die „W. Gladbacher Zentralstelle“ in der Presse und in Broschüren als den kommenden Mann des italienischen Merikalismus priesen, wurde kaltgestellt, der Versuch des einberufenen Kongresses der Christlichsozialen vom Papst verboten. Damals schrieben wir, es sei dies eine grundsätzliche Ablehnung des Zentrumsstandpunktes, im Prinzip eine Kriegserklärung an das Zentrum. Man konnte im Zweifel sein, ob diesem Schritt eine Auseinandersetzung mit dem Zentrum folgen würde. Die Neigung dazu war gewiß auf beiden Seiten keine große. Aber die Verhältnisse sind stärker als der Wille des Menschen, auch des „unsehbar“.

Die ablehnende Haltung gegen die Christlichsozialen Italiens entsprang dem instinktiven Haß gegen die Arbeiterbewegung. Ihm entspringt auch im letzten Ende die Feindschaft mit dem Zentrum. Wir wiesen wiederholt darauf hin, daß die Kirche immer mehr dem Kapitalismus als der Grundlage ihrer Existenz verfallt. Daher muß, sie je länger je mehr, jede Arbeiterbewegung verpöhlen, in welcher Form immer sie auftreten mag. Die christliche Arbeiterbewegung liefert zudem den Beweis, daß sie kein Damm und kein Schutzmittel wider den Sozialismus, sondern nur dessen Vorfrucht ist. Es ist das Schicksal herrschender Klassen, daß sie, da sie an den Verhältnissen nichts ändern wollen, die Symptome bekämpfen, die Erscheinung für die Sache und die Wirkung für die Ursache nehmen. Die christliche Arbeiterbewegung selber kann Pius X. nicht mehr wie in Italien unterbinden. Darum richtet sich der Angriff der Kurie gegen die Agitationsform und den Personenkreis, denen die Schuld an dem Entstehen jener zugeschrieben wird.

Ueber den Reformkatholizismus haben wir uns bereits ausgesprochen. Gegen wen richtet die römische Curie ihren Angriff? Gegen den Erzbischof von Würzburg, der sich zwar bei den letzten Wahlen gegen die Unterstützung der Sozialdemokratie aussprach, im übrigen aber als das Haupt der fortschrittlichen Theologen und Universitätslehrer seiner Diözese gilt. Die kirchliche Presse hat ihn gelobt, als er Grandinger die Ausübung seiner liberalen Heimatskandidatur gestattete, in Rom jedoch ließ er damit zweifeln ohne an. Gegen Hertling, das Haupt des Münchener Kreises, gegen Cardauns mit seinem Vorrang und Kölner Anhang, gegen Vorsch und die Breslauer, gegen die von Münster, in deren Mitte Döge steht — alles Träger und Befürworter der christlichen Arbeiterbewegung, weil sich nur mit ihrer Hilfe noch im Industriegebiet die Position des Zentrums vorübergehend behaupten läßt. Dieser selbe Personenkreis aber ist es, mittels dessen der Agrar- und Kapitalfeudalismus im Zentrum seine Herrschaft ausübt. Wohl umfaßt die Zentrumsfraktion Vertreter aller wichtigen Interessengruppen, jedoch keine von ihnen besitzt die Majorität. Zwischen die widerstrebenden Interessen schob man als Puffer und Jünglein an der Wage einen Kreis von Intellektuellen, deren besondere Nützlichkeit die „Köln. Volkszeitung“ ja unlängst noch in beredten Worten pries. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es die Kurie auf die Schwächung dieser Gruppe, auf ein Zurückdrängen ihres Einflusses abgesehen hat. Und daß es ihr ernst ist, beweist der Vorwurf der Häresie, der das Zentrum an seiner verwundbarsten Stelle trifft. Denn einem Häretiker kann kein katholischer Priester Wahlhilfe leisten, wenn er nicht suspendiert und exkommuniziert, aus Amt und Brot hinausgeworfen werden will. Damit aber arbeitet die Kurie der Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze im Zentrum und ihrer schließlichen Befreiung in die Hände zum Beweise dafür, daß auch diejenigen, die den historischen Materialismus als Bewegungsgesetz der menschlichen Gesellschaft leugnen, unbewußt unter seinem bestimmenden Einfluß stehen.

Eine Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze im Zentrum will die Kurie gewiß nicht, wenn sie sich auch als Folge ihres Vorstoßes ergibt. Aber auch sie handelt aus ihrem Lebensinteresse. Sie fühlt den Einfluß der Kirche auf die Wählermassen im Schwinden begriffen. Wenn sie darüber noch im Zweifel war, müßten die letzten Wahlen sie eines Besseren belehren, als trotz des Widerspruchs der Bischöfe die kirchlichen Wähler an der Unterstützung der Sozialdemokratie festhielten. Hier haben wir jedenfalls den tieferen Grund zu suchen, der die Kurie zu ihrem Vorgehen veranlaßte.

Der Wiederholung dieser Vorfälle soll vorgebeugt, der politische Einfluß der Bischöfe auf das Zentrum gestärkt werden. Es soll in Deutschland Wahrheit werden, was in Italien Wahrheit ist, daß die Wähler ihre politische Direktive von den Bischöfen empfangen. Es ist offenes Geheimnis, daß die Kurie von dem Bruch zwischen Zentrum und Regierung peinlich überrascht war, daß die Bischöfe sich bemühen, trotz der veränderten politischen Konstellation die guten Beziehungen zur Regierung aufrecht zu halten. Sacrificio dell' intelletto — Opfer des Verstandes: das Wort gewinnt hier eine tiefere politische Bedeutung. Es ist gar nicht mehr die Frage, was das Zentrum etwa tun wird, die römische Kamarilla hat geschickt genug operiert, um jede Opposition von vornherein schachmatt zu setzen. Es bleibt dem Zentrum nur noch der Weg „löblicher“ Unterwerfung. Das Verhalten der Zentrumspresse, die sprachlos vor Schmerz und Staunen, zeigt das deutlich genug. Das reaktionäre Zentrum ist der Kurie noch nicht reaktionär genug. Aber damit greift sie an die Lebensfaser der Zentrumspolitik, deren Prestige von der Kurie so gründlich wie nur möglich vernichtet worden ist. Auch hier zeigt sich, daß der kämpfenden Partei des Proletariats alle Dinge zum besten dienen. Denn wir werden die lachenden Erben sein.

Zentrum und preußische Wahlrechtschwach.

Endlich beschäftigt sich auch das Zentrum mit der Frage der preussischen Wahlrechtsreform. Die „Kölnische Volkszeitung“ meint, man habe allen Grund zu der Annahme, „daß wir am Vorabend einer preussischen Wahlrechtsbewegung stehen“. So viel sei gewiß, die nächstjährige Landtagswahl werde im Hinblick auf die gesamte innerpolitische Lage eine ganz ungewöhnliche Bedeutung erlangen. Die Wahlung des Abg. Raumann, schon jetzt die kommenden Landtagswahlen so ernst als möglich ins Auge zu fassen, könne auch sie, die „Kölnische Volkszeitung“, nur auf das nachdrücklichste den eigenen Parteigenossen weitergeben. Die Zentrumsparlei könne die Vorbereitung dieser Wahlen nicht früh und unsichtig genug in die Hand nehmen.

Zu der Behauptung Raumanns, die Sozialdemokratie habe dem preussischen Landtagswahlrecht gegenüber nichts auszurichten vermocht, es sei vielmehr der Liberalismus, um dessen willen die Wahlrechtsfrage aufgerollt werden solle, bemerkt die „Kölnische Volkszeitung“: „Warum nun gerade der Liberalismus die auf eine Reform des Landtagswahlrechts abzielende Bewegung in Fluß gebracht haben soll, ist uns nicht recht verständlich. Die Zentrumsparlei hat mindestens ebensolange und ebenso energisch auf diese Reform gedrungen, als die Linkliberalen.“

Wir wollen nicht unterfragen, ob der Freisinn oder das Zentrum „energischer“ auf eine Wahlrechtsreform gedrungen hat. Tatsache ist, daß beide Parteien so gut wie gar nichts zur Bekämpfung der preussischen Wahlrechtschwach getan haben! Der Freisinn hat ein paar Mal Anträge auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für Preußen gestellt und diese Anträge in einer Form begründet, die alles andere, nur keine Energie verriet. Das Zentrum hat nicht einmal diese Anstandsspflicht erfüllt. Noch im vorigen Jahre erklärte es, daß es nicht daran denke, im Landtage den Antrag auf Wahlrechtsreform zu stellen: das sei Sache der Regierung! Im Januar 1907, als es sich durch die ihm widerfahrne Brüskierung durch die Regierung und den neuen konservativ-liberalen Regierungsbund schwer gekränkt fühlte, brachte es dann doch noch einen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ein. Aber diese verspätete und zudem höchst platonische Rundgebung vermag die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß das Zentrum vordem jahrzehntelang keinen Finger gerührt hat, um die preussische Wahlrechtschwach zu beseitigen! Im Gegenteil, als im Jahre 1903 ein freisinniger Antrag auf Wahlreform eingebracht wurde, erklärte der Zentrumsabgeordnete Vorsch als Fraktionsredner, für das Zentrum sei es ziemlich gleichgültig, nach welchem System gewählt werde! Und als im Reichstage eine Resolution eingebracht wurde, durch die die Regierung aufgefordert wurde, auf die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen hinzuwirken, verschlangte sich das Zentrum, das zu feig war, sich gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen auszusprechen, hinter fadenhäutige Kompetenzbedenken: der Reichstag sei nicht kompetent, derartige preussische Angelegenheiten zu erörtern.

So sieht es in Wirklichkeit um das „energische“ Drängen des Zentrums auf eine durchgreifende Wahlreform in Preußen aus. Und bis heute hat das Zentrum noch nichts getan, um von seinen Unterlassungsünden auch nur das geringste gutzumachen. Statt seine Wählermassen, von denen ein großer Teil in Preußen ebenfalls entrechtet ist, zum Sturm gegen die Dreiklassenwahlrecht aufzurufen, sieht es vollständig tatenlos dem Laufe der Dinge zu und beschränkt sich auf die Aufforderung, bräutchen zu der nächsten Landtagswahl zu rufen!

Aus dem Kölner Kommunalstumpf.

Am Sonnabend hat man in Köln an Stelle des am 1. Oktober aus dem Amte scheidenden Oberbürgermeisters Wilhelm Becker, der bekanntlich Vizepräsident des preussischen Herrenhauses ist, den jetzigen rheinischen Oberpräsidialrat Max Ballraf gewählt. Der neue Mann, der durch die preussische Beamtenschule gegangen, zweimal Landrat und ferner Polizeipräsident in Aachen gewesen ist, wird kaum eine besonders hohe Meinung von dem Selbstverwaltungsrecht der Kommunen haben. Parteipolitisch ist er bisher nicht hervorgetreten. Er wurde von der liberalen Mehrheit und der Zentrumsfraktion einstimmig gewählt. Die Liberalen hatten es hier in der Hand, an die Spitze der drittgrößten Stadt Preußens einen Bürgermeister zu stellen, der tatsächlich den vielgerühmten „modernen, wirklich liberalen Geist“ in das Verwaltungswesen, das Schul- und sonstige Gemeinwesen hineingebracht hätte. Statt dessen erklärten die Herren, von ihrer Mehrheit keinen Gebrauch machen, sondern einen Mann wählen zu wollen, der beiden Parteien genehm sei. Eine politische Selbstkastration, wie sie nur bei Liberalen möglich ist. Das Zentrum würde, wenn es in der Mehrheit wäre, sich keinen Augenblick beunruhigen lassen, an die Spitze von Köln einen wackeligen Merklaken zu stellen.

Der Abschied des bisherigen Oberbürgermeisters ist eigentlich kein ganz natürlicher. Ursprünglich sollte Herr Becker, der zwar schon bejahet, aber dennoch recht rüftig ist, erst in einigen Jahren mit Ablauf seiner Amtszeit ausscheiden. Aber infolge der mehrfachen in Köln vorgekommenen Skandale, die seine Verwaltung aufs ärgste blähten, hat er es für ratsam gehalten, so bald wie möglich zu verschwinden. Der schlimmste dieser Skandale sind die Vorwände auf dem Einwohnerkontrollamt der Stadt Köln, das man seit länger als einem Jahrzehnt regelmäßig zu Zeiten der Stadtverordnetenwahlen in ein nationalliberales Wahlbureau umgewandelt hat.

Die Sache beschäftigt zurzeit noch eine von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzte „Untersuchungskommission“; aber die Leitung der Zentrumspartei glaubt, der Kommission etwas auf den Schwung helfen zu müssen, da die Befürchtung besteht, daß nur einige Subalternbeamte für die Schuld ihrer Vorgefekten in die Wüste geschickt werden sollen. Die „Kölnische Volkszeitung“ bringt in ihrer Nummer vom letzten Sonntag einen langen Bericht, worin sie die schwersten Anklagen gegen die städtische Verwaltung erhebt und „einflussreiche Kreise“ der Absicht des Oberbürgermeisters von R. Glabbe, Herrn Pieca, der seinerzeit Beigeordneter in Köln war, sowie den heutigen Kölner Beigeordneten Schmitz, von der Auslieferung des städtischen Einwohnerkontrollamts an die liberalen Agitationsleiter gewußt zu haben. Es fragt, wie es möglich gewesen sei, daß so lange Jahre das Kontrollamt trotz des Beamtenwechsels stets nur mit Leuten besetzt worden sei, die der liberalen Partei so vollständig ergeben waren, daß sie sich zu jenen unerhörten Handlungen hergaben.

Wie die „Kölnische Volkszeitung“ behauptet, ist der Sieg der Liberalen in der zweiten Wählerabteilung durch Fälschung der Wählerliste und durch sonstige Manöver herbeigeführt worden. Man habe im Jahre 1903 sieben volle Seiten mit 218 Wählern, und im Jahre 1905 neun volle Seiten mit 282 Wählern fälschlich den geringeren Steuerstufen zugezählt, um den Aufstieg von 47 Wählern der dritten in die zweite Wählerklasse zu verhindern. Ein Sekretär habe zu einem Stadtschreiber gesagt: „Wenn wir das nicht gemacht hätten, wäre nicht einmal Ayl (ein Liberaler) gewählt worden.“ Seit 1893 seien auf dem Einwohnerkontrollamt von den Beamten genaue Listen der zweiten Abteilung mit der aus der Abstimmung sich ergebenden Parteistellung sowie mit der Konfession geführt worden, die man vor den Zentrumsleuten geheim gehalten, den liberalen Agitatoren aber unbeschränkt zur Verfügung gestellt habe. Zum besseren Verständnis sei hier eingeschaltet, daß es bei den Wahlen in der zweiten Klasse, die darüber entscheiden, ob das Zentrum oder die Liberalen im Rathaus die Mehrheit haben, nur von einer geringen Anzahl von Stimmen abhing, ob die eine oder die andere Partei siegte.

Ferner weiß die „Kölnische Volkszeitung“ zu berichten, daß zwei Kopisten, die schon längere Jahre auf dem Einwohneramt beschäftigt waren, bekundet haben, daß ein Angestellter der liberalen Partei zu Wohlzeiten vom Beginne der Arbeiten zur Aufstellung der Wählerlisten ständig auf dem Amt verkehrt habe und dabei eine besondere Tür habe benutzen dürfen, um ungehindert zum Vorsteher zu gelangen. Der liberale Parteiangestellte habe nach ihrem Eintritte alles bekommen, was er für seine Wahlzwecke gebraucht habe. Soweit die sensationellen Mitteilungen des Zentrumsblattes. Der Gerechtigkeit halber muß jedoch daran erinnert werden, daß in dem großen Prozesse des Kölner Zentrumsführers Bilkens festgestellt worden ist, daß auch Herr Bilkens, der die Wahlleitungsleitung des Zentrums in der Hand hatte, an einem Angestellten des Einwohnerkontrollamtes herangeht, um ihn zu bestechen, damit er ihm hinter den Rücken seiner Vorgesetzten einige Wochen vor der Auslegung der Wählerliste heimlich eine Abschrift der Liste beschaffe.

Allem Anscheine nach hat die „Kölnische Volkszeitung“ nur aus Mache über diese Wohlstellungen ihres Führers die oben gekennzeichneten skandalösen Praktiken des Einwohnerkontrollamtes herangezogen. Die beiden Parteien sind demnach einander würdig, wie der Rabbi und der Mönch.

Zur irischen Agrarfrage.

London, 13. Juli. (Fig. Ver.)

Trotzdem die jetzige liberale Regierung in ihren Bemühungen, Irland dem übrigen England gleichberechtigt zu machen, bis dato Schiffbruch erlitten, hat sie ihre Hoffnungen doch nicht ganz aufgegeben, und unter den Gesetzesentwürfen, die in dieser Session das Unterhaus passieren werden, befindet sich — wie an dieser Stelle bereits mitgeteilt wurde — ein irischer Agrargesetzentwurf, der, sollte er wirklich zum Gesetz erhoben werden (was man bis jetzt nicht weiß, da man die Stimmung der Lords noch nicht kennt) auf dem Wege der endgültigen Lösung der irischen Landfrage ein gutes Stück nach vorwärts bedeuten würde.

Irland ist ein Agrarland im eminenten Sinne des Wortes, aber man darf nicht annehmen, daß etwa natürliche Verhältnisse die Schuld daran sind, daß bis heute moderne Kultur und industrielle Entwicklung sich in Irland nicht ausbreiten konnten. Die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit ist einzig und allein das Resultat des englischen Regimes in den letzten sechs Jahrhunderten, und das Unbegreifliche an diesem ganzen Jammer ist, daß es bis heute nicht möglich war, diesen Zustand zu verändern. England, der Vorläufer auf dem Gebiete der Kolonisation, ist nicht in stand gewesen, Irland zu beleben. „Auf allen Gebieten des irischen Lebens findet man noch heute eine Ansumme von Ueberlieferungen, die Zeugnis ablegen von siebenundneunzig Jahrhunderten Dummheit und Ungerechtigkeit“ — so schreibt ein Engländer (Mr. Brooks) in einer vor einigen Tagen erschienenen Schrift „The Soul of Ireland“ („Die Seele Irlands“).

Die irische Junkerklasse gehört zu den brutalsten und jämmerlichsten der ganzen Welt, und das Bauerntum lebt daher unter den ärmlichsten Verhältnissen. Die Landjunker haben ihre ausgebeuteten Landflächen in Parzellen eingeteilt, welche an die Landbedürftigen zu schier unerschwinglichen Pachtpreisen abgegeben werden. So besteht denn ein unerbittlicher Landkrieg, der zu Zeiten schon ganz fürchterliche Dimensionen angenommen hat. In diesem Kriege zwischen Landlord und Pächter haben die englischen Regierungen früherer Zeiten stets rücksichtslos Partei für die Landlords genommen, und die unglücklichen Bauern wurden mit den brutalsten Mitteln unterdrückt.

Im Jahre 1881 wurde zum ersten Male ein Versuch gemacht, den Dingen eine Wendung zu geben. Gladstone besetzte den Irändern ein Landgesetz, wonach sogenannte Landtribunale eingesetzt wurden, deren Aufgabe es war, überall da, wo ein Streit zwischen Landlord und Pächter über die Höhe der Pachtsumme entstand, den Landbesitz zu untersuchen und die Höhe der zu zahlenden Pacht zu normieren. Die Wirkung dieses Gesetzes war eine sehr günstige: Von 1881 bis 1890 wurde in 328 720 Fällen die Entscheidung der Landtribunale anrufen, welche die Gesamtpachtsumme von 6 725 000 Pfund Sterling auf 5 326 000 Pfund Sterling heruntersetzte.

Im Jahre 1896 ging das konservative Ministerium unter Salisbury einen Schritt weiter: es schaffte das irische Landankaufgesetz. Dieses wollte den Bauern den Uebergang von Pächtern zu Eigentümern ihrer Parzellen erleichtern. Der Erfolg dieser Maßregel war aber sehr gering. Erstens deshalb, weil das Gesetz nur dann an Kraft trat, wenn Landlord und Pächter sich „freiwillig“ zu einem Kaufe geeinigt hatten. Zweitens aber deshalb, weil der zu zahlende Kaufpreis von den Landtribunalen festgesetzt werden mußte, der aber den Landlords in den allermeisten Fällen zu gering war!

Das konservative Ministerium Balfour machte dann mit seinem Landgesetz von 1903 einen weiteren Schritt vorwärts. Dieses Gesetz gab den Landtribunalen das Recht, unbesetztes Land aus Staatsmitteln anzukaufen und es dann an die Bauern zu verkaufen. Die jährliche Abzahlungsrate für den vom Staate geleisteten Kaufzuschuß übersteigt nicht den üblichen Pachtsatz. Aber auch dieses Gesetz hat seine Wirkung verfehlt. Trotzdem die Landtribunale in den letzten drei Jahren 80 000 Acres Land erworben, sind sie noch lange nicht so weit, der Nachfrage nach Land gerecht zu werden. Wie die Regierung vor einigen Tagen im Parlament mitteilte, fühlt sie sich nicht imstande, mit dem staatlich erworbenen Land neue Eigentümer zu schaffen, sondern befindet sich in der Zwangslage, dieses Land benutzen zu müssen, um die Parzellen der bereits geschaffenen Eigentümer zu vergrößern, da dieselben mit ihrem jetzigen Besitz unzufrieden sind. So hat sich z. B. kürzlich folgendes abgespielt: Ein Landtribunal hatte ein größeres Stück Land erworben und setzte nun eine Anzahl landlose Bauern darauf; dieselben wurden aber einfach von den benachbarten Parzellensbauern vertrieben, da diese meinten, sie hätten ein größeres Anrecht auf das Land als ganz fremde Leute, und außerdem sei ihre Parzelle zum Leben zu klein!

Die Regierung verlangt also vom Parlament weitere Mittel. Sie will die Parzelle des kleinen Bauern vergrößern und die landlosen Bauern in den Besitz von Land setzen. Die Landgesetze der letzten 25 Jahre zeigen aber, daß man auf dem Wege der „Freiwilligkeit“ nicht vorwärts kommt. Deshalb verlangt die Regierung eine Art Expropriation der Expropriateure. Ihre „Evicted Tenant Bill“ (Gesetzentwurf betreffend die vertriebenen Pächter) verlangt, daß die Pächter, welche durch ihre Landlords von ihren Parzellen geschlechtlich vertrieben wurden, weil sie die hohen Pachten nicht erschwingen konnten, geschlechtlich nicht nur wieder in ihre Parzellen eingesetzt, sondern mit Hilfe des Staats zu Eigentümern derselben gemacht werden. Wie die Regierung mitteilt, haben sich nämlich bei den Landtribunalen mehr als 8000 vertriebene Bauern gemeldet! Der Entwurf verlangt, daß die Landtribunale das Recht haben sollen, im Falle derjenigen Landlords, die sich weigern, ihr Land freiwillig zu dem von den Tribunalen festgesetzten Preis zu verkaufen, zu enteignen. Eine Berufung gegen die Entscheidungen der Landtribunale ist nicht vorgesehen.

Die geplante Neuregelung bedeutet natürlich nicht der Weisheit letzten Schluß, doch ist sie vom Standpunkte der liberalen englischen Regierung aus immerhin nicht unverständlich.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Juli 1907.

Konservative und Wahlkreiseinteilung.

Die „Kreuz-Zeitung“ findet, daß der neue sächsische Wahlreformentwurf allzu große Ungleichheiten in der Wahlkreiseinteilung aufweise. Die Amtshauptmannschaft Chemnitz enthalte 36 490 Wahlberechtigte, die Amtshauptmannschaft Oschatz nur 9261 Wahlberechtigte. Diese Ungleichheit sei doch zu groß.

Es ist sehr seltsam, gerade in dem führenden konservativen Organ einer Klage über die Ungleichheit der Wahlkreise zu begegnen. Sind doch die Ungleichheiten bei der Reichstagswahl viel schlimmere. Da hat beispielsweise 1903 Berlin VI mit 696 608 und Teltow-Weesow mit 689 444 Einwohnern nur je einen Abgeordneten wählen dürfen, während Berlin I mit 81 659, die Ost-Prignitz mit 67 362 Einwohnern das gleiche Wahlrecht besaßen, von den beiden Schaumburg-Lippeschen Wahlkreisen mit je 44 000 Einwohnern gar nicht zu reden!

Wie kommt es, daß die „Kreuz-Zeitung“, die sich über diese hummelschreiende Ungleichheit der Reichstagswahlkreise noch niemals aufgeregt hat, diese schmachvolle Rechtsverkürzung der städtischen und industriellen Wahlkreise vielmehr ganz in der Ordnung findet, sich über die Ungleichheit in Sachsen entrüstet? Weil dort nicht jeder Wahlkreis einen Vertreter entsenden soll, sondern weil nach einem von uns bereits geschilderten Proporzsystem jede Partei so viel Abgeordnete erhalten soll, als auf ihre Gesamtstimmenszahl entfallen. Die Konservativen würden deshalb auch kein Mandat weniger erhalten, als bei einer anderen Wahlkreiseinteilung, aber es wäre möglich, daß einige in den kleineren Wahlkreisen angestellte extreme Agrarier nicht gewählt würden. Deshalb der Jammer des Junkerorgans. Der städtischen Bevölkerung, dem Industrie- und Arbeiterproletariat mag das bittere Unrecht widerfahren — aber die Interessen der Brot- und Fleischwucherer sollen um jeden Preis gewahrt bleiben!

Der Kampf um die sächsische Wahlreform.

Soerzreaktionär auch das neue sächsische Wahlrecht nach der Vorlage der Regierung ausfallen würde, einen so erbitterten Sturm auf haben doch die sächsischen Konservativen dagegen bereits begonnen. Und die preussischen Konservativen sekundieren dabei ihren sächsischen Gesinnungsgenossen höchst energisch.

Die konservative Fraktion der Zweiten sächsischen Kammer hat einmütig eine Reihe von Bedenken gegen die Wahlreform formuliert. Sie finden es un-

gerecht, daß eine Reihe von Wahlkreisen mit geringer Stimmenszahl einen Abgeordneten überhaupt nicht erhalten würden. Die bisherige Einteilung des Landes in städtische und ländliche Wahlkreise, durch die dem Lande das Uebergewicht gesichert wurde, habe sich „durchaus bewährt.“ Die Verhältnismahl bringe zudem die Gefahr mit sich, daß die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten nicht auf 15 beschränkt bleibe. (Wir haben bereits dargelegt, daß selbst dann, wenn die 76 Proz. proletarischer Wähler mit weniger als 1600 Mark Einkommen sämtlich für die Sozialdemokratie stimmen würden, die Sozialdemokratie höchstens 25 Mandate von 82 erobern könnte! Diese skandalöse Vergeßlichkeit der proletarischen Wählermassen durch die 24 Proz. mit mehr als 1600 Mark Einkommen genügt aber den Herren Konservativen noch nicht!) Des weiteren äußert die Fraktion das Bedenken, daß der Regierungsentwurf jede einzelne Partei geradezu zwingt, in jedem einzelnen Wahlkreise des Landes Kandidaturen aufzustellen. Es werde dadurch „ein Kampf aller gegen alle“ proklamiert, der „in seinem Endeffekte nur der Sozialdemokratie nütze.“

Auch die Wahlen durch Kommunalverbände gefallen den Konservativen nicht. Sie befürchten, daß dadurch der Vertretern des mobilen Kapitals ein Uebergewicht über die Agrarier verliehen werden könnte. Wenn zudem die Regierung dergestalt in die kommunalen Körperschaften die Politik hineintrage, so dürfe sie auch künftig nicht mehr sozialdemokratischen Gemeindevorständen usw. die Bestätigung vorzuenthalten.

Schließlich behält sich die Fraktion vor, selbst einen Entwurf vorzulegen, der sich an das Wahlrecht von 1868 anlehne, aber mit entsprechenden Anteilen gegen die Uebertragung der Kammer durch die Ministerpartei versehen sei. Die Konservativen wollen also die ausschlaggebende Partei bleiben. Sie wollen das gleiche Wahlrecht für sich, um sich gegen den plutokratischen Einfluß der liberalen Kreise zu sichern. Zugleich aber soll dieses „allgemeine und gleiche“ Wahlrecht durch besondere Anteile für das sächsische Proletariat beseitigt werden!

Günstiger äußerte sich der Landesauschuß der sächsischen Nationalliberalen über die Wahlrechtsreform. Eine Resolution gelangte zur Annahme, welche die Verhältnismahl im Prinzip billigt. Gegen die Uebertragung eines Teils der Mandate an die Kommunalverbände und die Landwirtschaft (soll heißen die Leihere!) wurden allerlei Bedenken erhoben. In der vorliegenden Form könne die Partei dem Entwurfe nicht zustimmen.

Konservative und Liberale bieten also ihren Einfluß auf, um ein Wahlgesetz zustande zu bringen, durch das sie sich gegenseitig übers Ohr haufen können. Nur darin sind sie sich einig, daß dem Proletariate das Wahlrecht noch mehr verkümmert werden muß, als der Regierungsentwurf selbst beabsichtigt!

Auch ein Zentrumsabgeordneter.

Die Berliner Richtung der katholischen Arbeitervereine hatte sich jüngst gerührt, daß der einzige Wahlkreis, den das Zentrum den Sozialdemokraten abgenommen habe, der Wahlkreis Neurode-Reichenbach sei, wo der Verbandsschreiber der Berliner Arbeitervereiner, Dr. Fleischer, in der Stichwahl über den Sozialdemokraten siegte. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Organ der Gladbacher Richtung, gönnt den Berlinern die Freude nicht. Sie zeigt, daß durchaus kein Grund zum Triumphieren vorliegt, sondern daß Dr. Fleischer nicht durch die Werbekraft der Berliner, sondern durch eine besonders günstige, aber zufällige Gestaltung der Verhältnisse in den Reichstag gekommen ist. Das Blatt legt dar, daß die Reichstagsauflösung das bisherige Bündnis der Konservativen und Zentrumsleute gesprengt habe, da erstere zum Bloß, letztere zur Opposition gehörten. „Wenn der Wahlkreis aber trotzdem der Sozialdemokratie abgenommen werden sollte, müßte ein geeigneter Kandidat gefunden werden, der dem Namen nach zum Zentrum gehörte, um so dessen Stimmen zu erhalten, andererseits aber auch auf die Unterstützung der zentrumsgegensätzlichen Bloßparteien rechnen konnte. Daß Dr. Fleischer dazu ausersehen wurde und sich dazu hergab, ist seine eigene Angelegenheit.“

Nach der Ansicht des Gladbacher Blattes gehört also Dr. Fleischer nur dem Namen nach zum Zentrum. Weiter legt die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ dar, daß der Sozialdemokrat in der Stichwahl dennoch hätte siegen müssen, „wenn die Verhältnisse den normalen Verlauf genommen hätten“, d. h. wenn nicht Dr. Fleischer den Bloßparteien die schriftliche Erklärung gegeben hätte, für die bisher vom Zentrum abgelehnten Forderungen zu stimmen. So sei der Wahlkreis Neurode-Reichenbach den Sozialdemokraten verloren gegangen. Mit der Werbekraft der Berliner Arbeitervereiner habe der Ausgang der Wahl nichts zu schaffen, denn, so schließt das Blatt: „trotz des Bestehens von starken Arbeitervereinen wählte in den fast rein katholischen Industrieorten des Kreises Neurode die Mehrheit sozialdemokratisch.“

Die Gladbacher und die Berliner sind einander spinnefeind, und wenn sie sich, was öfter vorkommt, in die Haare geraten, erfährt die Welt allerhand Bauschliches aus dem Reichtumreich des Zentrums. Die neueste Ueberreizung ist ein Zentrumsabgeordneter, der nur „dem Namen nach zum Zentrum gehört“. —

Die Vandersolensteuer. Wir haben schon kürzlich berichtet, daß zur Vermehrung der Einkünfte des Reiches im Reichshaushalt die Absicht bestehe, einige alte, abgelegte Steuerprojekte wieder aus der Karitätenkammer hervorzuholen und teilweise neuaufgeputztem Reichstage vorzulegen — darunter vornehmlich die Vandersolensteuer auf Zigarren. Die „All-pol. Korresp.“ hat darüber näheres erfahren. Sie schreibt:

Die Vandersolensteuer auf Zigarren, die mit anderen Steuerentwürfen unlängst von der „All-pol. Korresp.“ für den kommenden Herbst angekündigt wurde, liegt in ihren Grundzügen schon fertig vor. Nach vorläufigen und allgemeinen Schätzungen soll der Rohertrag dieser Steuer etwa 5 bis 55 Millionen Mark jährlich bringen. Nur die Frage, ob die Sorten bis zur Fünftelpennig-Zigarre steuerfrei gelassen werden, ist allein noch offen. Die Entscheidung dürfte aber dahin fallen, daß diese billigen Zigarrensorten, zu deren Herstellung nur inländischer Tabak verwendet wird, zunächst noch steuerfrei bleiben sollen.

Auch die abgelegte Quittungssteuer soll, wie es heißt, wieder herausgeholt werden. In Anbetracht des Steuerfurzes der Wälfischen Ära ganz begreiflich. Das große mobile und immobile Kapital muß selbstverständlich geschont werden. Deshalb verzichtet die Regierung in ihrer Fürsorge für das Wohl der Kapitalisten großmütig auf die Reichsvermögensteuer und die Erhöhung der Reichserbschaftsteuer. —

Christlich-gewerkschaftliches Liebeswerben.

Der Geschäftsbericht des Gewerkschafts christlicher Bergleute hat sich besonders lobend über den „guten und mäßigen Einfluss des Kohlenyndikats“ ausgesprochen und dabei hervorgehoben, ein wie großes Interesse die Bevölkerung im Industriegebiete an einer auskömmlichen Entlohnung der Arbeiter hat, und „diese auf die Dauer nur möglich ist, wenn auch die Industrie mit entsprechendem Gewinn arbeite“. Die kapitalistische Presse hat es natürlich mit Freuden bemerkt, daß es eine Arbeiterorganisation ist, die hier dem Kohlenwundersyndikat den Segen erteilt. Die „Kölnische Zeitung“ druckt jenen Passus aus dem Geschäftsbericht des christlichen Gewerkschafts zur höheren Ehre der Syndikatsherren aus dem Kohlenlande ab, worauf dann das Stöckerblatt „Das Volk“ bemerkt:

„Nachdem die „Kölnische Zeitung“ und die hinter ihr stehenden Großindustriellen sich davon überzeugt haben, daß die christlich-nationalen Arbeiter den Unternehmern einen guten Verdienst gönnen und die von den Arbeitgeber gebildeten Vereinigungen, Syndikate usw. als berechnete Interessensvertretungen der Unternehmer anerkennen, darf man gerechtfertigterweise verlangen, daß endlich auch die Arbeitgeber den christlichen Gewerkschaften gegenüber sich einer wohlwollenderen Haltung befleißigen und sie nicht mehr so bitter belämpfen, wie das bisher fast überall der Fall war.“

Soweit wir die Zeilen kennen, sind sie aus anderem Folge geschickt, als die Christlichen annehmen. Sie werden sich, weil die Christlichen ihre Arbeiterpraktiken loben, auch nicht zu einem Pfennig mehr Lohn und einer Minute weniger Arbeitszeit verstehen, und Herrn Stöcker wird es nicht im Traum einfallen, seine bekannte Meinung über die christlichen Gewerkschaften zu korrigieren, so lange diese wagen, gelegentlich noch Ansprüche an den Geldsack des Unternehmertums zu stellen. Immerhin bleibt die Gewinnlosigkeit der Christlichen, die hier um die Gunst der Schmarfacher betteln, bestehen.

Was man tun muß, um den Beifall des Schmarfachers zu erringen, zeigt die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, die in ihrer letzten Nummer Notiz nimmt von der Bekehrung des Papstes Pius X., der sich auf eine Anfrage belgischer Arbeiter gegen den Achtstundentag ausgesprochen hat, da „kein menschliches und kein göttliches Gesetz dem gesunden und fleißigen Manne verbieten könne, statt zehn oder zwölf nur acht Stunden zu arbeiten“. „Damit hat“, so bemerkt die „Arbeiter-Zeitung“, „Pius X. ebenso wie sein Vorgänger verhandelt, sozialpolitische Fragen in christlichem Geiste zu behandeln“.

Die Christlichen müssen wie der Papst „sozialpolitische Fragen in christlichem Geiste behandeln“; sie müssen auf jede eigenwillige Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes verzichten und ruhig alles hinnehmen, was die Autorität des Arbeitgebers über sie verhängt — erst dann werden sie der Gunst des Unternehmertums für würdig befunden werden. —

Zwangsdienste oder Ausweisung.

Die von uns in Nr. 161 mitgeteilte Aufforderung an junge, im Kolonialleben lebende Franzosen, sich naturalisieren zu lassen oder aus dem Lande zu gehen, stößt auf alte Bestimmungen aus dem Reichsgesetz vom 1884, die sich auf Söhne von im Reichslande ständig wohnende Familien französischer Nationalität beziehen, soweit sie das wehrfähige Alter erreicht haben. Die Aufforderung selbst lautet:

Auf Befehl der Kreisdirektion vom 26. Juni haben Ihre Söhne Charles und Eugène binnen acht Wochen das Land zu verlassen, falls sie sich nicht sofort naturalisieren lassen wollen.

Also mit einer fast 25 Jahre alten, heute noch ungerechteren Bestimmung als damals, die aus den finsternen Zeiten des Diktatorporogaphen stammt, will man Franzosen zu modernen Germanen pressen. Welches Geschick würde sich wohl in der Hurrapresse Deutschlands erheben, wenn die französische Republik ähnliche Maßnahmen gegen in Frankreich lebende junge deutsche Staatsangehörige erheben wollte.

Ein ganz gefährlicher Vorgesetzter

Ist der Sergeant Ernst Hochstein von der 10. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 13. Gelegentlich einer Übung bei der Festung Dreifach hatte er Ziele zu stellen. Dies schien ihm jedenfalls zu langweilig; er verließ seinen Posten, ging in eine Wirtschaft und betrank sich derart, daß er dienstunfähig wurde. Als er zu seinem Kommando zurückkam, wurden infolge eines Mißverständnisses acht Kanonenschläge gelöst. Hochstein wurde deshalb von einem Offizier zur Rede gestellt und dann fortgeschickt. Bornig und ägerlich hierüber fühlte er nun seinen „Kut“ an einem Kanonier. Er befahl diesem, daß er die Hände vorzeige, schlug auf diese, dann dem Kanonier ins Gesicht und verfehlte ihm einen solchen Faustschlag auf den Kopf, daß der Helm herunterfiel. Doch nicht genug damit. Er zog sein Seitengewehr und schlug und hieb blindlings auf den Kanonier ein, wodurch dessen Kopf an Kermel und an der Brustseite durchbohrt wurde. Nur einem glücklichen Umstande ist es zu verdanken, daß der Mann nicht verletzt wurde. Als dem Mißhandelten ein Kamerad zu Hilfe kam, der dem Sergeanten das Seitengewehr abnahm, griff dieser nach dem Seitengewehr seines Opfers, doch gelang es ihm nicht, dieses herauszuziehen. Er verließ dann mit dem mißhandelten Kanonier den Platz, wobei er ihn immer noch schikanierte. Für alle diese Schandthaten, die der „Stellvertreter Gottes“ in sinnloser Trunksucht begangen haben will, diktierte ihm das Kriegsgericht der 31. Division fünf Monate Gefängnis zu. Es ist geradezu unbegreiflich, daß man diesen Soldatensinder, der selbst nach dem Zeugnis seines Kompaniechefs ein sehr unzuverlässiger Untergeordnet ist, im Vorgesetztenverhältnis gelassen hat und daß man nicht auch auf Degradation erkannt!

Frankreich.

Demonstrationen gegen die Regierung.

Paris, 14. Juli. (Fig. Ver.)

Die anlässlich des Nationalfestes von der Arbeitskonföderation veranstalteten Protestversammlungen haben, soweit bis jetzt Berichte vorliegen, einen bedeutenden Erfolg gehabt. Die Pariser Versammlung war von über 8000 Personen besucht. Große Entrüstung erregten die drei Polizisten, die zur Ueberwachung entsendet worden waren. Seit dem Kaiserreich hat man das System der polizeilichen Ueberwachung nicht mehr angewendet. Der Gesellschaft Clemenceau-Briand war es vorbehalten, jenes System zu erneuern. Auch sonst hat es die Polizei übrigens an ebenso gefährlichen wie nutzlosen Schikanen nicht fehlen lassen. In den Provinzstädten wurden überall die Versammlungs-Plakate von der Polizei abgerissen, ohne irgend einen Rechtsgrund, bloß weil der Regierung die Versammlungen nicht passten. In Vrest wurde die Arbeitsbörse vom Militär besetzt. In demselben Augenblick, als die Soldaten eindrangten, ward im oberen Stockwerk des Gebäudes ein Banner gehißt, das die Aufschrift trug: „Es lebe das 17. Regiment!“

Heute veranstaltete Herbé mit seinen engeren Freunden unter anarchistischem Fuzug eine Demonstration gegen die von der Truppenrevue in Longchamp zurückkehrenden Fallières und Clemenceau. Herbé hat sich in seinem Wochenblatt „Guerre sociale“ in seiner aufgeregten Art darüber geäußert, daß sein Ruf zu dieser Manifestation in Parteikreisen

keinen Anklang gefunden hat. Aber die Parteigenossen haben ihre guten Gründe gehabt, eine Kundgebung nicht mitzumachen, die der kapitalistischen Presse ihren unfauberen Anstich, den sozialistischen Antimilitarismus mit dem konfus-anarchistischen Antipatriotismus zu identifizieren, nur erleichtern konnte. Man mag über den Nutzen von Militärparaden sehr skeptisch denken, aber darum wird der Versuch, eine Veranstaltung zu fördern, die tatsächlich in der Hauptsache nichts weiter ausdrückt als die Freude einer harmlosen Menge an einem bunten Spiel, doch als ein fragwürdiges Propagandamittel erscheinen müssen. Wo heute die „Kundgebungen“ der Herbe-Leute laut wurden, haben sie jumeist den Kerger eines gar nicht politisch gestimmten Publikums herborgerufen, das in seiner frohen Laune nicht gestört werden wollte. —

Ein Narrenstreich.

Paris, 14. Juli. (W. Z. V.) Die Truppenrevue in Longchamp verlief äußerst glänzend. Die Ankunft des Präsidenten Fallières erfolgte um 8 Uhr. Unter Begrüßungskundgebungen fuhr der Präsident in Begleitung des Ministerpräsidenten Clemenceau in einem à la Daumont bespannten Wagen die Front ab und nahm dann auf der Präsidententribüne Platz. Unmittelbar darauf begann der Vorbereitungs der Truppen. Das Militärflugzeug-Verband führte während der Truppenrevue über dem Hippodrom Uebungen aus. Als bei der Rückfahrt ins Elysée der Wagenzug des Präsidenten in die Avenue de Marigny einbog, gab ein Mann zwei Revolverschläge ab. Es wurde niemand getroffen. Der Mann wurde verhaftet, er scheint irrsinnig zu sein.

Paris, 14. Juli. (W. Z. V.) Die Polizeipräfektur teilt mit, daß der in der Avenue de Marigny verhaftete Mann in einer Entfernung von 150 Metern vom Wagen des Präsidenten in die Luft schoß.

Paris, 14. Juli. (W. Z. V.) Der in der Avenue de Marigny verhaftete Mann, welcher bei der Rückkehr des Präsidenten Fallières von der Truppenrevue mehrere Revolverschläge in die Luft abgab, ist ein in der letzten Nacht aus Rouen hier eingetrossener eingeschriebener Seemann namens Léon Marie Maille.

Paris, 15. Juli. (W. Z. V.) Der Mann namens Maille, der angeblich ein Attentat auf den Präsidenten Fallières ausgeführt hat, hat zuerst als Kanonier in der Kriegsmarine und dann als Ratose in der Handelsmarine gedient. Er erklärte auf dem Polizeikommissariat, er habe weder auf den Präsidenten Fallières noch sonst jemand geschossen, sondern lediglich die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken wollen. Er sei durch mehrere Prozesse, die er ungerader Weise verloren habe, ins Elend geraten. Man nimmt an, daß Maille an Verfolgungswahnismus leidet. Die abgefeuerten Geschosse sind bisher nicht aufgefunden worden.

Paris, 15. Juli. Den heutigen Morgenblättern zufolge kann von einem Attentat auf den Präsidenten Fallières keine Rede sein. Der Revolver, welchen der Verhaftete Maille bei sich trug, war eine vollkommen ungefährliche Waffe (Kaliber 5 Millimeter). Heute werden Ärzte beizuhelfen werden, die den Verhafteten auf seinen Geisteszustand prüfen sollen. Die Nachricht über den Zwischenfall war von auswärtigen Korrespondenten augenscheinlich bedeutend aufgebauscht worden; denn von verschiedenen Staatsoberhäuptern trafen bereits Telegramme ein, worin der Präsident beglückwünscht wird, „einem Attentate entgangen zu sein“. —

England.

Das Proletariat gegen den Zarismus.

London, 15. Juli. (W. Z. V.) Der Kundgebung, welche von den Sozialdemokraten gestern veranstaltet wurde, wohnten über 4000 Personen bei. Mehrere sozialistische Redner hielten auf dem Trafalgar-Square heftige Ansprachen. Es wurden mehrere Resolutionen angenommen, worin gegen ein eventuelles russisch-englisches Abkommen Einspruch erhoben sowie gegen die Auflösung der Duma und Abänderung des russischen Wahlsystems protestiert wird. Nach dem Meeting verfuhr ein gewisser William, eine sozialistische Kundgebung vor dem Auswärtigen Amte sowie vor der russischen Botschaft zu organisieren. Ein Jug begab sich nach der Downingstreet. Dort eingetroffen, versuchte William, eine neue Ansprache zu halten, wurde jedoch von der Polizei daran verhindert. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen den Kundgebern und der Polizei, wobei dreizehn Personen, meist Fremde, verhaftet wurden. William konnte sich auf eine Straßenbahn retten und entkam. Die Polizei zerstreute dann die Kundgebung. —

Holland.

Die Gemeinderats-Stichwahlen

zu Amsterdam fanden am Freitag statt. Die Genossen D. D. Wollring und H. R. Wibaut wurden im 9. Wahlbezirk, wo sie mit zwei Freisinn-DEMOKRATEN in Stichwahl standen, gewählt, während Genosse J. Oudegeest im 2. Wahlkreis mit 40 Stimmen hinter dem Liberalen zurückblieb. Der Amsterdamer Gemeinderat hat jetzt 8 Sozialdemokraten.

Auch zu Winshoten wurde der sozialdemokratische Stichwahlkandidat, Genosse Kenter, gewählt. —

Rumänien.

Das schwarze Kabinett.

Bukarest, 12. Juli. (Fig. Ver.)

Zur Bekämpfung der jungen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Rumäniens glaubt die Regierung dieses Landes sich jedes Mittels bedienen zu dürfen und schert sich den Teufel darum, ob es mit Verfassung und Gesetz in Einklang steht. So haben die Agrararubben der „liberalen“ Regierung zum Vorwande gedient, das Briefgeheimnis allgemein unsicher zu machen und es scheint dieser Zustand zur bleibenden Staatsanordnung erhoben werden zu sollen. Am meisten leiden darunter unsere Bukarester Genossen. Die Briefe werden mit deutlichen Spuren unbefugter Eröffnung übergeben, ganze Reihen von Korrespondenzen gehen verloren, und ebenso verschwinden die Beiträge, die unserem Organ, der „Romania Muncitoare“ von ihren Mitarbeitern eingekauft werden. Dieselben Wahrnehmungen machen die Genossen an anderen Orten des Landes sowie auch Personen, die mit der sozialistischen Bewegung in gar keiner Verbindung stehen. Aber der beste Beweis für die Existenz dieses Kabinetts sind die plötzlich über den einen oder den anderen Genossen hereinbrechenden Verfolgungen, polizeilichen Ueberwachungen und Ausweisungen.

Der Sekretär der rumänischen Gewerkschaftskommission in Bukarest sah sich daher gezwungen, alle Genossen des In- und Auslandes aufzufordern, ihm nur eingeschriebene (rekommandierte) Briefe zugehen zu lassen, da selbige sonst der mit der Post alliierten Polizei zum Opfer fallen!

„Vorsichtsmahregeln.“

Galatz, 14. Juli. (W. Z. V.) Wegen der heute erfolgten Eröffnung des Sozialistenkongresses und der Zunahme der Streikbewegung haben die Behörden außerordentliche Vorsichtsmahregeln ergriffen, um eventuelle Unruhen, die befürchtet werden, gleich im Keime zu ersticken.

Bukarest, 14. Juli. Da in der Umgebung von Boshkan neuerdings Agrarunruhen ausgebrochen sind und die Bauern sich weigern, die Feldarbeiten auszuführen, wurden vier Jäger-Bataillone dorthin entsandt.

Die russische Revolution.

Die Semstwo-Wahlen.

Dank der revolutionären Rolle, welche die Agrarfrage im russischen Leben gewonnen hat, vollzieht sich die Verwandlung der Semstvos in einem Dori der adeligen Reaktion mit immer größerer Schnelligkeit. Bei den letzten Wahlen in einigen Gouvernements stiegen wiederum die rückständigen, reaktionären Elemente des Junkertums. Dagegen weisen die Wahlen der wenigen Bauern, die in die Landeshauptverwaltung gewählt werden dürfen, ein ganz anderes Bild auf. Während bisher die Bauernverordneten in den Semstvos auf Kommando der Landhaupteite stimmten, haben die Bauern jetzt scharf ausgeprägte oppositionelle Elemente gewählt. Im Kreise Rowouensk z. B. wurden die früheren Mitglieder der ersten Duma Kusnowitow und Schellhorn von den Bauern nur deshalb nicht gewählt, weil sie seinerzeit das Woborger Manifest nicht unterschrieben hatten! Im Kreise Samara wurden Gerüchte ausgesprengt, daß die Bauern für jeden wünschenswerten Semstvosverordneten 20 Rubel bekommen würden. Dessenungeachtet hatte dieses Wahlmanöver der Junkerpartei keinen Erfolg; die Bauern ließen alle „wünschenswerten“ reaktionären Kandidaten durchfallen.

Trotzdem die Bauern bloß eine geringe Minorität (zifia 20 Proz.) in den Semstvosversammlungen bilden und deshalb deren Tätigkeit nicht beeinflussen können, sind diese Wahlen dennoch von großer symptomatischer Bedeutung.

Neue Opfer.

Siew, 14. Juli. (W. Z. V.) Das Kriegsgericht hat von den 101 wegen Teilnahme an der Meuterei vom 17. Juni angeklagten Soldaten 6 zum Tode verurteilt, 12 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, 20 zu Zwangsarbeit von verschiedener Länge, 17 zur Verlegung auf drei Jahre in ein Strafbataillon, 30 zu vier Monaten Militärgefängnis, 14 zu Disziplinararrest, 2 wurden freigesprochen.

Vertuschungsversuche.

Die „unvorsichtigen“ Angaben des zentralen statistischen Amtes über die Ernteaussichten für 1907 haben die Regierung in große Aufregung versetzt. Der Zar zeigte unvorstellbar außerordentliches Interesse für den Getreidestand und ließ sich vom Minister des Innern hinsichtlich desselben berichten. Nach allen Richtungen wurden gleichzeitig telegraphische Instruktionen an die Gouverneure verfaßt: einerseits über den Stand der Ernte reguläre Berichte einzuschicken, andererseits Vorbereitungen zu treffen, damit die Verpflegungsaktion möglichst reduziert werde! Und siehe — wie auf Kommando verwandelten sich in den neuen Berichten der Gouverneure schlechte Ernten in „befriedigende“, mittelmäßige in „gute“ — alles infolge der nun eingetretenen guten Witterung und des reichlichen Regens!

Nach den letzten Angaben des Ministeriums war die Lage zum 14. Juni in 17. Gouvernements „erzütlich Besorgnis erregend“ gewesen. Nach den „Ergänzungsberichten“ der Gouverneure sind jetzt die Aussichten plötzlich in 6 bis 9 dieser Gouvernements „dank der günstigen Witterung“ radikal umgeschlagen und „berechtigten zu den besten Hoffnungen!“ Es kam bei der rühmlichst bekannten „Tätigkeit“ der russischen Gouverneure erwartet worden, daß weitere „Ergänzungsberichte“ über den Stand der Ernte die bevorstehende Mißernte zum größten Teil aus der Welt schaffen werden, wenigstens auf dem Papier.

Das Regierungsbüro „Nowoje Wremja“ leistet schon jetzt das Bestmögliche auf dem Gebiete dieser Vertuschungspolitik, es hat aber stets das Reich mit den Spezialberichten anderer, nicht minder konservativer Blätter in Kollision zu geraten. So brachte jene am 9. Juli ein Spezialtelegramm aus Woronezh, wonach „im ganzen Gouvernement eine nie dagewesene Ernte von Wintergetreide und in den südlichen Bezirken eine starke Ernte von Kulturpflanzen bevorsteht“. Zwei Tage früher jedoch hatte die „Petersburger Wjedomosti“ — gleichfalls ein konservatives Blatt — die Nachricht aus dem Gouvernement Woronezh gebracht, daß im ganzen Gouvernement eine furchtbare Lebensmittelverknappung herrsche, während die Winter- und Sommerernte im allgemeinen in allen Bezirken (insbesondere in den südlichen) schlecht sind!

Die angeführten Vertuschungsversuche gewinnen ein ganz besonderes Interesse in Anbetracht der jüngst in der deutschen Presse aufgetauchten Meldung, wonach infolge der Öffnungslosigkeit einer französischen Anleihe „gleich nach Klärung der Ernteaussichten“ bei deutschen Bankiers angelopft werden soll!

Aus der Partei.

1. weimarer Wahlkreis.

(Weimar-Apolda-Ilmenau.)

Die Jahresversammlung der Partei fand am Sonntag in Oudtschadt statt. Beschlossen wurde, die Beiträge von 20 auf 30 Pf. pro Monat zu erhöhen. Im letztverflohenen Jahre sind sieben neue Vereine gegründet. Zum Parteitag in Essen sowie zum internationalen Kongreß in Stuttgart wurde Genosse Wandert delegiert. Die Kreisleitung verbleibt in Weimar; als deren Vorsitzender wurde Genosse Beck wiedergewählt. Es war dies die bisher am stärksten besetzte Kreisversammlung.

Der 13. sächsische Reichstagswahlkreis (Leipzig-Land) hat zu seiner Generalversammlung am 14. Juli seinen Jahresbericht erstattet, der unter anderem eine interessante Statistik enthält, der wir folgendes entnehmen:

Im Berichtsjahre — 1. Juli 1906 bis 1. Juli 1907 — ist die Zahl der angeschlossenen Ortsvereine von 55 auf 61, die Zahl der Mitglieder von 14 067 (darunter 1189 weibliche) auf 20 711 (darunter 2435 weibliche) gestiegen. Die Gesamtmitgliedszahl stieg um 47 Proz., die der männlichen allein um 42, aber die der weiblichen Mitglieder um 104. Von 58 712 sozialdemokratischen Wählern im Jahre 1907 sind 35 645 Leber der „Leipziger Volkszeitung“, gleich 62 Proz. Gewerkschaftlich organisiert sind 73 Proz. aller Mitglieder, wobei bemerkt werden muß, daß eine größere Zahl von Mitgliedern aus Frauen oder solchen Genossen besteht, die selbstständig, also für Gewerkschaften nicht organisationsfähig sind. Die Gesamteinnahmen betragen 32 296 M., die Gesamtausgaben 25 464 M. In den fünf großen Bezirken des Wahlkreises haben die sächsische Staatsangehörigkeit 59, 55, 67, 78 und 59 Prozent der Mitglieder, während nur 38, 31, 46, 52 und 47 Prozent Bürger oder Gemeindegewählter sind.

Zum Parteisekretär für Leipzig-Land ist Genosse Karl Rhyse I gewählt worden. Rhyse ist derzeit Beamter der Leipziger Ortskrankenkasse und steht seit Jahren in der Leipziger Partei- und Arbeiterbewegung.

Im eigenen Heim.

Aus Halle a. S. berichtet man uns: Eine erhebende Feier wurde hier durch die Einweihung des Volksparks mit seinem Prachtbauwerk am Sonnabend begangen. Petrus, der seine Schellen so weit wie möglich geöffnet hatte, vermochte es nicht, die Arbeiterbataillone ihrem Feste fernzuhalten.

Die Weibrede hielt Genosse W. Thiele, der allen denen, die zum Zustandekommen des Werkes beigetragen haben, den Dank des hallenser Proletariats ansprach. Der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Kunert, beglückwünschte die Arbeiterhaft zu dem prachtvollen Werke und gab ein Entwicklungsbild der Arbeiterbewegung Halles. Ein vom Genossen Ernst Dänmig verfaßtes allegorisches Festspiel: „Die Weibe des Hauses“, Konzert und Gesangsvorträge der vereinigten Arbeitergesangsvereine rundeten die schöne

Feier ab. Was ganz allgemein freudig überraschte und auch von Fachmännern bestätigt wird, ist, daß der große Saal eine ganz ausgezeichnete Akustik hat.

Die imposante Feier wird den Tausenden, die an ihr teilnahmen, stets eine angenehme Erinnerung und ein Ansporn zur Weiterarbeit bleiben.

In Österreichische Abgeordnetenhause wurde am Sonnabend Genosse Karl Höger gewählt.

Bei den Hauptwahlen war Genosse Kessel im vierten steirischen Wahlbezirk (Graz) sowohl wie in Marburg durchgekommen. Kessel nahm in Marburg an, und so wurde im vierten Steirer Bezirk Nachwahl nötig. Hier nun erhielt „der alte Höger“ am Sonnabend 5206 Stimmen, während sein Gegenkandidat, Dr. Gürker, mit 1107 Stimmen „glänzend durchfiel“.

Bei der ersten Wahl hatte Genosse Kessel 5883 Stimmen, der Deutschnationale 1471 und der Christlichsoziale 1462 Stimmen erhalten.

Eine rumänische Monatschrift. Vom 1. (14.) August d. J. an erscheint in Jassy eine wissenschaftliche Monats-Zeitschrift in rumänischer Sprache unter dem Namen „Vitorul Social“ („Die Soziale Zukunft“). Diese Zeitschrift alle Tagesfragen des In- und Auslandes vom Standpunkte des internationalen Sozialismus behandeln.

Daß die rumänischen Genossen gerade jetzt — in einem Moment, da sie von der Regierung aufs brutalste verfolgt werden, daran gehen, ihrem Arsenal eine neue Waffe einzuverleiben, stellt ihrer Energie und ihrem Kampfesmut das beste Zeugnis aus.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Ein Grundstückspekulant darf nicht Stadtverordneter sein. Diese Lehre sollte aus einem Prozeß gezogen werden, der am vorigen Sonnabend gegen den Karlsbräuer „Vollfreund“ bezw. gegen den Genossen Stodinger vor dem Pforzheimer Schöffengericht anhängig war. In der babilischen Goldwarenstadt herrscht eine wilde Grundstückspekulation. Mit seinen 65 000 Einwohnern hatte Pforzheim im Jahre 1906 1800 Besitzveränderungen zu verzeichnen, die Großstädte Mannheim und Karlsruhe aber nur 1200 und 800. 200—300 Neubauten werden jährlich hergestellt. — Wie gut auf diesem Felde der Spekulant blüht, dafür erbrachte nun obige Verhandlung den Beweis! In dem Bericht über eine stürmische Sitzung des Bürgerausschusses war dem früheren Vätermeister und jetzigen Grundstückspekulanten Wagner, der im Stadtverordnetenkollegium sitzt, vorgeworfen worden, er habe ein gewisses Gelände deswegen erworben, weil in die Nähe dieses Geländes der städtische Schlachthof verlegt werde; im Kollegium werte er sich zum Verschäfer der Spekulantengruppe auf und betrachte sein Mandat unter diesem Gesichtswinkel. Nun konnte Stodinger zwar nicht beweisen, daß Wagner von der Verlegung des Schlachthofes bereits gewußt habe, als er sein Gelände erwarb, und er wurde deshalb auch mit 100 R. Geldstrafe belegt, aber festgestellt wurde, daß Wagner und seine Freunde alltäglich die Peripherie der Stadt durchstreifen, um anzukundschaften, wo sich neues, zu Spekulationszwecken verwendbares Gelände erschließen lasse! Die Zeugenaussagen des Pforzheimer Oberbürgermeisters und der geladenen bürgerlichen Stadtverordneten lauteten übereinstimmend: Ein Stadtverordneter darf keine Grundstückspekulation treiben, andernfalls hat er sein Mandat niederzulegen! Da das Bericht in seiner Urteilsbegründung ausdrücklich feststellte, daß Wagner Grundstückspekulant ist, so bleibt abzuwarten, ob er die Konsequenzen aus dem richterlichen Erkenntnis zieht. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung der Bauarbeiter.

Der Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter hielt am Sonntagvormittag eine Mitgliederversammlung bei Freyer in der Koppenstraße ab. Karl Heidemann referierte über den Stand der Lohnbewegung und wies auf die im „Vorwärts“ veröffentlichten Zahlen hin, die sich fortwährend in einer günstigen Weise verändern. So zeigte die letzte Woche, daß 6506 Bauarbeiter auf 1049 Bauten zu den neuen Bedingungen arbeiten, die von 837 Firmen anerkannt worden sind, und nur 1662 Bauarbeiter arbeiten auf 311 Bauten zu schlechteren Bedingungen. Das Bild, das im „Vorwärts“ von den Zimmerern über den Kleinfried mit den Arbeitswilligen entrollt wurde, trifft ebenso auf die Bauhilfsarbeiter zu. Die Taktik verbiete es gegenwärtig, manchen interessanten Vorgang, der sich hinter den Kulissen abspielt, preiszugeben, aber man könnte der Öffentlichkeit später manches Licht darüber aufdecken, wie Streikbrecher gewonnen werden. — Der Kampf ist noch in vollem Gange und erfordert ungeheure Mittel. Das sollten sich besonders die arbeitenden Kollegen gesagt sein lassen. Die Beiträge zum Streikfonds müssen pünktlich und regelmäßig abgeliefert werden. Es handele sich da nicht um freiwillige und gelegentliche Beisteuern, sondern um pflichtgemäße, statutarisch festgesetzte Beiträge. Diesen Verpflichtungen muß jedes Mitglied der Organisation nachkommen. Bis Ende voriger Woche haben die Bauarbeiter allein 390 000 R. in diesem Kampf verausgabt, wozu noch etwa 48 000 R. kommen, die in der laufenden Woche fällig werden. Trotzdem besteht durchaus kein Mangel an Geldmitteln, und es wird um so weniger davon die Rede sein, wenn die Mitglieder ihre Pflichten erfüllen; denn jede Woche treten neue Hunderte in Arbeit. Wenn die Bauarbeiter mit Pünktlichkeit ihr Ziel weiter verfolgen, kann ihnen der Erfolg auch nicht fehlen. — In der Diskussion wurde vieles in der Bewegung kritisiert und unter anderem gefragt, ob unter der großen Zahl der abgeschlossenen Verträge nicht mancher Scheinvertrag bestände. Heidemann erklärte demgegenüber, daß es von vornherein die Taktik der Leitung gewesen sei, allen Schiebungen beim Abschluß von Verträgen strikt entgegenzutreten. Man erwartet dabei die Mithilfe der Verbandsmitglieder, um etwaigen Unregelmäßigkeiten sofort auf die Spur zu kommen. Ein Redner appellierte an die Bauhilfsarbeiter, die auf Akkordlohn arbeiten, daß sie die lange Arbeitszeit einschränken möchten. Es sei nicht zu billigen, daß viele noch zehn Stunden pro Tag arbeiten. — Mit dem Stande der Lohnbewegung erklärten sich die Redner im allgemeinen wohl zufrieden.

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter hielt zu derselben Zeit bei Boeker in der Weberstraße eine Generalversammlung ab, in der zunächst die Abrechnung vom zweiten Quartal vorgelegt wurde, die durch ihren günstigen Abschluß bewies, daß auch diese Organisation durchaus imstande ist, ihren Teil an den Opfern des nun seit acht Wochen dauernden Kampfes im Baugewerbe zu tragen. Dann berichtete Baum über den Stand der Lohnbewegung. Seine Ausführungen bestätigten nur die bekannte Tatsache, daß die Lage sich immer mehr vorteilhaft für die Bauarbeiterschaft gestaltet. Für die Maurer und Bauarbeiter war die Zahl der Unternehmer, die die Forderungen bewilligt haben, auf 845 gestiegen, unter ihnen 88 Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte. Der Redner bezeichnete es zwar als eine betrübende Tatsache, daß sich 2339 Personen für die Bauhilfsarbeit als Arbeitswillige gemeldet haben, fügte aber hinzu, daß unter diesen aus allen möglichen Berufen stammenden Leuten eine große Anzahl ist, die besser mit der Schnapspulle als mit Schippe und Rolle umzugehen wissen. Ferner teilte der Redner mit, daß in den am Sonnabend im „Vorwärts“ unter dem Titel „Das Hinsio des Verbandes der Baugeschäfte“ veröffentlichten Zahlen infolge eines Irrtums enthalten ist, als die Zahl der Mitglieder der Freien Vereinigung der Bauarbeiter, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, nicht 192, sondern

561 beträgt, wodurch sich im selben Maße die Gesamtzahl der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Bauberufsgenossen erhöht. Die Zahl 192 ist die derjenigen Mitglieder, die im Laufe der Bewegung in anderen Berufen Arbeit angenommen haben. Inzwischen sind weitere Bewilligungen eingelaufen, und damit ist auch die Zahl der arbeitenden Mitglieder wiederum gestiegen, während sich die Zahl der streikenden verminderte. In der verfloffenen Woche hat die Freie Vereinigung an 302 Mitglieder Streikunterstützung gezahlt, jedoch an nur 214 für die ganze Woche. Die übrigen Streikenden konnten im Laufe der Woche zu den neuen Bedingungen wieder in Arbeit treten und erhielten demgemäß nur für einen oder einige Tage Unterstützung.

Wie bei den übrigen Berufen, so wird auch bei den Bauhilfsarbeitern der Kampf durchaus einmütig geführt. Demgemäß sind in der verfloffenen Woche zwischen den Vorständen der Freien Vereinigung und des Verbandes der Bauarbeiter neue Vereinbarungen über die Taktik getroffen worden, die der Redner bekannt gab. Die Vereinbarungen beziehen sich auch darauf, daß Mitglieder der Vereinigung oder des Verbandes, die ihrer Vertrags- und Streikvertragspflicht nicht nachgekommen sind, nicht von der einen in die andere Organisation übertreten können, um sich jener Pflichten zu entziehen. Wenn der Verdacht vorliegt, daß sich Mitglieder derartiger betrügerischer Manipulationen bedienen, so wird die Sache untersucht, und bei Bestätigung des Verdachtes wird die Aufnahme abgelehnt oder, wenn sie irtümlich schon erfolgt ist, rückgängig gemacht.

Mit diesen gegenseitigen Vereinbarungen war die Versammlung durchaus einverstanden. Der Redner empfahl der Versammlung, die Kontrollstellen von Niddorf und Weihensee aufzuheben, da für diese beiden Orte nur noch 10 bis 12 streikende Mitglieder in Betracht kommen, und die Arbeit und Löhne dieser Kontrollstellen erspart werden können, wenn diese Streikenden sich in den nächstliegenden Kontrollstellen melden. — Die Versammlung nahm auf Vorschlag des Vorstandes folgende Resolution an:

„In Erwägung, daß der Kampf im Berliner Baugewerbe für die Arbeitnehmer sehr günstig steht, da die Forderungen der Arbeitererschaft schon von 845 Firmen — darunter allein 88, die dem Verband der Baugeschäfte angehören — anerkannt sind, und daß die Arbeitslosigkeit dadurch günstiger geworden ist, beschließt die Generalversammlung, daß die Kollegen, die arbeitslos werden, also dort gearbeitet haben, wo die Bauten fertig geworden sind, vom 13. Juli an nicht mehr in die Streiklisten eingetragen werden. Diese Kollegen haben dann, wie üblich, Mittwoch und Freitag ihr Buch zur Arbeitslosenabstempelung vorzulegen. Sollten jedoch Kollegen aus irgendeinem anderen Grunde arbeitslos werden, so ist dies im Bureau zu melden. Des Weiteren beschließt die Versammlung, daß die Kontrollstellen Niddorf und Weihensee aufgehoben werden und daß sich die Kollegen aus diesen Orten vom Montag, den 13. Juli, ab in den ihrem Wohnort am nächsten liegenden Kontrollstellen zu melden haben, und zwar in der Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags. Diese Zeit der Abstempelung ist auch für alle anderen Kontrollstellen maßgebend.

Ferner beschließt die Versammlung, daß solchen Kollegen, denen Arbeit nachgewiesen wird, die diese aber nicht aufnehmen, die Streikunterstützung entzogen wird. Schließlich fordert die Versammlung ganz entschieden von den zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen, daß sie zum Streikfonds beitragen und die Extrabeiträge pünktlich zahlen. Wer sich den geforderten Beschlüssen nicht fügt, hat die daraus entstehenden Konsequenzen zu tragen.“

Unter Vereinstandgelegenheiten verlas der Vorsteher ein Schreiben des Parteivorstandes, worin die Vereinigung aufgefordert wird, mit Rücksicht auf die Beschlüsse des Lübecker und Mannheimer Parteitag die Frage der Verschmelzung mit dem Verbande eingehend zu prüfen. Diefelbe Aufforderung ist an die übrigen der Geschäftslokation der freien Gewerkschaften angegeschlossenen Organisationen ergangen. Die Versammlung beschloß einstimmig, dem Parteivorstand zu antworten, daß die Freie Vereinigung der Bauarbeiter an den Beschlüssen des 7. Kongresses der freien Gewerkschaften festhalte und vor dem 8. Kongress keine bindende Erklärung abgeben könne, es besonders auch wegen der Lohnbewegung nicht für zweckmäßig erachte, sich jetzt mit der Frage zu befassen.

Aktion, Mitglieder des Metallarbeiterverbandes!

Die am Sonntag, den 14. d. M. vorgenommene Abstimmung über die zu zahlenden Beiträge und die Delegation nach Stuttgart hatte folgendes Resultat: Abgegeben sind für die Beitragszahlung insgesamt 12 038 gültige Stimmen. Die verlangte Majorität für 75 Pf. Beitrag ist nicht erzielt. Es wird demnach von der 31. Woche an ein Beitrag von 70 Pf. pro Woche gezahlt. Für die Delegation nach Stuttgart zum internationalen Kongress sind abgegeben: 11 955 gültige Stimmen. Stimmen haben erhalten: Cohen 7735, Gutschke 5656, Sellrich 6631, Wufschid 4139 Stimmen.

Cohen und Gutschke sind demnach gewählt.

Die Ortsverwaltung.

Aktion, Metallarbeiter!

Die Molandwerke in Weihensee, Langhansstraße, sind für Metallarbeiter aller Branchen gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutscher Buchbinderverband. Zahlstelle Berlin.

Die am Sonnabend, den 13. Juli 1907 erfolgte Wahl der Beisitzer zum Verbandsvorstand ergab folgendes: Boecker 780, Brüdner 1188, Friedling 360, Herzog 674, Hieber 770, Hoffmann 1000, Jünemann 620, Schade 1061, Schewe 110, Schneider 1470, Schreibart 992, Siegriff 1117, Sommer 106, gesplittert 6 Stimmen. Abgegeben sind 1794 Stimmen. Die absolute Majorität erhielten und wurden gewählt: Eugen Brüdner, Paul Schade, Paul Schneider, Minna Schreibart, Paul Siegriff. Als Revisoren wurden gewählt: Fritz Freudentreich, Felix Karfufe, Richard Schneider. Die Ortsverwaltung.

Die Bildhauer der Möbelbranche sollen nach der bürgerlichen Presse aus Anlaß der Bewegung im Baugewerbe beschloffen haben: „Wenn aus Anlaß des gegenwärtigen Streites die Partei der Arbeitnehmer oder Arbeitgeber von ihren Kartellorganisationen gezwungen werden sollten, an Streiks oder Sperren teilzunehmen, so soll das nicht als Bruch des gegenwärtigen Tarifvertrages angesehen werden.“

In Wirklichkeit handelt es sich dabei um einen Vorschlag, den der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Herr Dr. Böbling, Unternehmern und Arbeitern unterbreitete. Die Bildhauer lehnten diese Klausel aber ab, da sie strikte auf dem Boden des Tarifvertrages stehen. Die Stuktureure nahmen sie an, legen ihr aber keine besondere Bedeutung bei.

Aktion, Sattler! Die Differenzen in der Mittlereffektenfabrik von Franz Prechel wurden durch Vergleich beigelegt. Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Fleischer-Innung als Streikbrecherermittlungsbureau.

In der Fleischwarenfabrik Sauer mann, Kulmbach (Bayern) sind sämtliche Gesellen und Arbeiter in den Streik getreten. Die Firma versucht nun überall Streikbrecher zu bekommen. Hier in Berlin geht man dabei mit den merkwürdigsten Mitteln vor. Mit der Lockung, Arbeit im Auslande zu haben, versucht der Sprachmeister Dräbert die sehr zahlreichen arbeitslosen Gesellen zu fangen. Sogar 1 M. Vermittlungsgebühr müssen die Leute, die sich anwerben lassen, noch zahlen. Die Papiere nimmt man ihnen einfach ab, um so die Unzufriedenen zu zwingen, als Streikbrecher nach Kulmbach zu fahren.

Die arbeiterfreundliche Presse wird ersucht, von obiger Mitteilung Notiz zu nehmen. Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin.

Auf dem Wege zur Einheitsorganisation.

Am 11. Juli fand im Berliner Gewerkschaftshause eine gemeinsame Sitzung der Zentralvorstände und Ausschüsse der Verbände der Sattler und Portefeulier statt. Nach eingehender Beratung wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Die am 14. Juli 1907 in Berlin tagende Sitzung der Zentralvorstände und Ausschüsse der Verbände der Sattler und Portefeulier beauftragt die leitenden Körperschaften beider Verbände, mit aller Entschiedenheit die Durchführung der Verschmelzung anzustreben.

Die Agitation für die Verschmelzung ist in der Presse im weitgehendsten Maße zu führen. Die Agitatoren und die Ortsverwaltungen sollen ersucht werden, im selben Sinne zu wirken.

Im Jahre 1909 findet in Köln eine gemeinsame Generalversammlung beider Verbände statt, in der die Verschmelzung als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Bei allen bis dahin auftauchenden Lohnbewegungen handeln die beiden Verbände nach der Resolution, die auf dem letzten Verbandstage der Portefeulier angenommen wurde. Bei Tarifabschlüssen werden beide Verbände bestritt sein, die Heimarbeit einzuschränken und so viel wie möglich abzusprechen.

Deutsches Reich.

Die Holzarbeiter der Firma Köhn in S u m sind in einen Streik eingetreten. — Zugug ist fernzuzulassen.

„Im Zeichen des Klüngels.“

Der Arbeitgeberverband für das Maler- und Anstreicherhandwerk in Rheinland und Westfalen hatte in diesem Frühjahr in fast 40 Städten eine Aussperrung der Gehilfen vorgenommen, die mit dem Abschluß eines Tarifvertrages endete. Während der Aussperrung gebärdeten sich die Arbeiter des Arbeitgeberverbandes so, als ob sie die ganze Welt mit ihrem Verbands einreichen könnten. Nächste Woche hält nun der Verband seinen Verbandstag ab. Sicher wird da auch wieder in den höchsten Tönen der Verband gepriesen werden. Aber es sieht damit doch recht faul aus, denn an die Mitglieder ist folgendes Rundschreiben ergangen:

Arbeitgeberverband für das Maler- und Anstreicherhandwerk und verwandte Berufe, den 8. Juli 1907.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß es zur Erstattung eines Geschäftsberichts unbedingt notwendig ist, daß die einzelnen Ortsverbände dem Hauptvorstande die nötigen Unterlagen liefern.

Der Verbandstag findet in 14 Tagen statt und ist deshalb keine Minute mehr zu verlieren. Ebenso kann von einer Ausübung des Stimmrechts nur dann die Rede sein, wenn die fälligen Beiträge bezahlt sind.

Soll denn nun auch in unserem Verbands sich die alte traurige Wahrheit bestätigen, daß man von unseren Kollegen nur dann etwas haben kann, wenn ihnen das Messer an die Kehle gesetzt wird? Soll gleich der erste Verbandstag unter dem Zeichen des Klüngels stehen?

Wir richten deshalb zum letzten Male die dringende Bitte an Sie, die in unserem letzten Rundschreiben verlangten Unterlagen umgehend an den Hauptvorstand gelangen zu lassen, da sonst die Erstattung eines Geschäftsberichts und eine ordnungsmäßige Beschlußfassung auf dem Verbandstage Dinge der Unmöglichkeit sind.

Mit kollegialischem Gruß

J. A.: Ernst Wenner.

Dieser Einblick in eine Unternehmerorganisation ist nicht ohne Interesse. Nicht einmal die fälligen Beiträge sind bezahlt worden und von einer ordnungsmäßigen Beschlußfassung auf dem unter dem Zeichen des Klüngels stehenden Verbandstage ist keine Rede. Trotzdem wird aber die Unternehmerpresse berichtet, daß der Verbandstag ein Beweis für die große Opferwilligkeit und den Eifer der Arbeitgeber für ihre Interessen ist. Die Scharmacher werden den faulen Zauber ihrer Organisation schon in glänzende Zustände ungeschwindeln verstehen.

Eingegangene Druckschriften.

Der Kunstwart. Rundschau über Dichtung, Theater, Kunst. Herausgeber: Ferdinand Avenarius. Verlag von Georg D. W. Callwey in München. (Wierteljährlich 3.50 M., das einzelne Heft 70 Pf.)
Der Arbeitsmarkt. Nr. 2. Halbmonatsschrift der Zentralkasse für Arbeitsmarkterichte (Herausgeber Prof. Dr. J. Jastrow). Verlag von Georg Reimer, Berlin W. 35.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sie lassen die Rute, die sie züchtigt!

Dresden, 15. Juli. (B. G.) Eine Konferenz der Vertreter der evangelischen Arbeitervereine Sachsens erklärte sich mit dem Wahlrechtentwurf einverstanden.

Schwaffer auf der Mulde.

Elfenburg, 15. Juli. (B. L. W.) Die Mulde ist in der vergangenen Nacht über die Ufer getreten und hat weithin die Muldenauen überschwemmt. Der Schaden, der auf den Feldern angerichtet wurde, ist außerordentlich groß. Die Ortschaft Hainichen ist vollständig unter Wasser. Das Wasser ist seit einigen Tagen um mehrere Meter gestiegen.

Bevorstehender Ausbruch.

Ludwigshafen, 15. Juli. (B. G.) Nach der „Pfälzischen Post“ reichten heute früh die Arbeiter der Sieberei in der Maschinenfabrik Gebr. Sulzer infolge fortwährender Akkordreduktionen und angeblicher Maßregelung eines Formers die Kündigung ein.

Das Unwetter in Oesterreich.

Wien, 15. Juli. (B. G.) Das Sturmwetter, verbunden mit wolkensbruchartigen Regnen, hält ungeschwächt an. Der Schaden an Gebäuden und Kulturen ist hier und in der Umgebung beträchtlich. Die Nachrichten aus den Provinzen lauten noch tröstlicher; alle Flüsse sind aus den Ufern getreten, viele Ortschaften sind überschwemmt und zahlreiche Brücken von den Fluten weggerissen. Verluste an Menschenleben sind jedoch bisher nicht bekannt geworden. Das Getreide, welches größtenteils geschnitten auf den Feldern liegt, hat stark gelitten, auch für den Müllstand werden ernste Besorgungen laut.

Zwei Touristinnen erfroren.

Bozen, 15. Juli. (B. L. W.) Zwei norddeutsche Touristinnen fanden bei Ueberschreitung der Birnkofel in den hohen Tauern den Tod infolge Uebermüdung und eisiger Kälte.

Gestrandet.

Kopenhagen, 15. Juli. (B. L. W.) Der neue Postdampfer „Prinzessin Margarete“ ist heute auf seiner zweiten Reise unweit Stubbenlamm gestrandet. Im Vorderraum steht das Wasser 2 Fuß hoch. Zwei schwedische und ein dänischer Vergungsdampfer sind nach der Unfallstelle abgegangen.

Bombenexplosion.

Konstantinopel, 15. Juli. (B. G.) Gestern nacht explodierten auf der Straße der amerikanischen Volkshaus in Yeniböy am Bosphorus mehrere Bomben. Es wurde zwar kein Materialschaden angerichtet, doch wurden vier Mädchen verletzt.

Sozialistische Presse Deutschlands.

III. Quartal 1907.

Zentral-Organ.

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt, SW. 68, Lindenstraße 69. Täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Zeitschrift.

„Die Neue Zeit“, Zeitschrift für wissenschaftliche Sozialpolitik und Gemeindeforschung. Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Redaktion: Berlin-Friedenau, Nollstr. 14.

Kommunalpolitische Zeitschrift.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für kommunalpolitische und Gemeindeforschung. Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Redaktion: Berlin W. 10, Kaiserin-Augustastr. 58.

Täglich erscheinende Zeitungen.

- Altenburg „Altenburger Volkszeitung“ Rammgasse 12.
Angsburg „Schwäbische Volkszeitung“ Rammgasse 12.
Bant „Norddeutsches Volksblatt“ Peterstraße 20/22.
Bayreuth „Fränkische Volksblätter“ Rulmbacherstr. 20.
Bielefeld „Volksblatt“ Schulstr. 20.
Bochum „Volksblatt“ Südwallweg 1.
Brandenburg „Brandenburger Zeitung, Märkisches Volksblatt“ Kurstr. 73.
Braunschweig „Braunschweiger Volksfreund“ Schloßstraße 2, Ede Dehlshäger.
Bremen „Bremser Bürger-Zeitung“ Hantelstr. 21-22.
Breslau „Volksblatt“ Neue Graupenstr. 6.
Cassel „Volksblatt für Hessen und Walder“ Löpfermarkt 6.
Chemnitz „Volksstimme“ Uferstr. 14.
Cottbus „Märkische Volksstimme“ Am Amtstisch 18.
Crefeld „Niederheinische Volksblätter“ Breitestr. 62.
Dessau „Volksblatt für Anhalt“ Wlanischestr. 107.
Dortmund „Arbeiter-Zeitung“ Riehlstr. 5.
Dresden „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ Zwingerstr. 22.
Düsseldorf „Sächsischer Volksfreund“ Zwingerstr. 22.
Erfeld „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ Zwingerstr. 22.
Eisenach „Sächsische Arbeiter-Zeitung“, Friedrich-Wilhelmstr. 76.
Erfeld-Barmen „Freie Presse“ Robertstr. 8a.
Frankfurt a. M. „Volksstimme“ Großer Hirschgraben 17.
Fürth „Fürthener Bürger-Zeitung“ Roststr. 7.
Gera „Reichliche Arbeiter“ Alte Schloßgasse 11.
Gießen „Oberhessische Volkszeitung“ Renselstr. 14.
Görlitz „Görlitzer Volkszeitung“ Leichstr. 6.
Greiz „Reichliche Arbeiter“ Untere Silberstr. 2.
Gotha „Volksblatt für die Herzogtümer Coburg und Gotha“ Röhrenberg 7.
Halle a. S. „Volksblatt für Halle“ Hatz 42/43.
Hamburg „Hamburger Echo“, Hamburg I, Fehlandstr. 11.
Hamburg „Volksblatt“ Großer Schippsee 4, part.
Hannover „Volksblatt“ Rängstr. 5.
Hof „Oberfränkische Volkszeitung“ Karolinenstr. 39.
Jena „Reichliche Arbeiter“ Schloßgasse 19.
Jüterbog „Volkszeitung“, Mühlengang 15.
Karlsruhe „Volksfreund“ Lützenstr. 24.
Kiel „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ Bergstr. 11.
Köln „Reichliche Arbeiter“ Ursulaplatz 6.
Königsberg i. Pr. „Königsberger Volks-Zeitung“ Vorder-Rohgärten 50.

- Leipzig „Leipziger Volkszeitung“ Landauerstr. 19-21.
„Volkszeitung für das Rudolphthal“ Landauerstr. 19-21.
Ludenscheid „Volksstimme“, Lützenstr. 19.
Ludwigshafen „Rheinische Post“ Marktstr. 65.
Lübeck „Lübecker Volksbote“ Johannisstr. 50.
Müncheberg „Müncheberger Volksblatt“ Schröderstr. 11.
Magdeburg „Volksstimme“ Große Mühlstr. 3.
Mainz „Volkszeitung“ Janggasse 13.
Mannheim „Volksstimme“ R 3, 14.
Mühlhausen i. G. „Mühlhäuser Volkszeitung“ Dreikönigsstr. 37.
Mühlhausen i. Th. „Volksblatt“ Mühlstraße 3.
München „Münchener Post“ Mittelbayerplatz 2.
Nordhausen „Nordhäuser Volkszeitung“ Wolffstr. 14.
Nürnberg „Fränkische Tagespost“ Luitpoldstr. 9.
Offenbach „Offenbacher Abendblatt“ Große Marktstr. 25.
Remscheid „Remscheider Arbeiterzeitung“ Renselstr. 2.
Rostock „Rostocker Volkszeitung“ Döberanerstr. 6.
Saalfeld „Volksblatt“ Rostmaringasse 15.
St. Johann Saartacht“ Hosenstr. 7-9.
Solingen „Reichliche Arbeiterstimme“ Hofgasse 7.
Stettin „Volks-Bote“ Schillerstr. 10.
Strahburg i. G. „Freie Presse für Maß-Vollbringen“ Fintmatthafen 2.
Stuttgart „Schwäbische Tagespost“ Furtwänglerstr. 12.
Zwickau i. G. „Sächsisches Volksblatt“ Hosenstr. 16.

Wöchentlich dreimal erscheinend.

Rattowitz „Gazeta Robotnicza (Polnisch)“, Rathausstr. 12.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

Rangendielau „Der Arbeiter aus dem Eulengebirge“ und „Gründer Volksstimme“, Ober-Rangendielau, 2. Bezirk.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

Cassel „Der Begleiter“ Hohenstr. 2.
Dresden „Der arme Teufel“ Falkenstr. 10.
Köln „Reichliche Arbeiter“ (Wochenausgabe) Ursulaplatz 6.
Vörsch „Baden Arbeiterzeitung“ Rainstr. 1.
Offenburg „Volksblatt“ Gerberstr. 3.
Stuttgart „Schwäbischer Volksfreund“ Furtwänglerstr. 12.

Aller 14 Tage erscheinend.

Stuttgart „Die Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Furtwänglerstr. 12.

Monatlich zweimal erscheinend.

Königsberg „Der Ostpreussische Landbote“ Vorder-Rohgärten 50.

Monatlich einmal erscheinend.

Berlin „Die Fackel“ SO. 26 Reichenbergerstr. 128.
Dessau „Volksparole für Anhalt“ Wlanischestr. 107.
Erfeld „Das Morgenrot“ Robertstr. 8a.
Stettin „Der Pommer“ Schillerstr. 10.

Wochenblätter (Erscheinen aller 14 Tage).

München „Süddeutscher Postillon“ Senefelderstr. 4.
Stuttgart „Der wahre Jacob“ Furtwänglerstr. 12.

Illustrierte Unterhaltungsblätter.

Berlin „In freien Stunden“ SW. 68, Lindenstr. 69. Erscheint in Wochenheften.
Hamburg „Die Neue Welt“ Hamburg I, Fehlandstr. 11. Erscheint wöchentlich einmal. Redaktion: Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

III. Quartal 1907.

Zentral-Organ:

„Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15.

A. Presse der Zentralorganisationen:

- Alphatruer „Der Alphatruer“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15 I.
Bäcker „Deutsche Bäckerzeitung“, Hamburg I, Befensbinderhof 57/66. Für Bäckerarbeiter Berlins „Der Bäcker“, Berlin NO. 43, Gellnowstr. 5.
Barbiere und Friseur „Friseur-Gewerkschaften-Zeitung“, Hamburg 19, Osterstraße 166.
Bauhilfsarbeiter „Der Bauhilfsarbeiter“, Hamburg I, Klosterstr. 8 I.
Bergarbeiter „Bergarbeiter-Zeitung“, Bochum, Bismarckstr. 38/40.
Bildhauer „Bildhauer-Zeitung“, Berlin SW. 53, Bergmannstr. 63.
Blumenarbeiter „Der Blumen-Arbeiter“, Nieder-Schönhausen-Berlin, Marktstr. 10.
Böttcher „Deutsche Böttcher-Zeitung“, Bremen, Gantenstr. 21/22.
Brauerarbeiter „Brauerarbeiter-Zeitung“, Hannover, Mühlstr. 5.
Buchbinder „Buchbinder-Zeitung“, Berlin S. 59, Rottbuserdamm 23 I.
Buchdrucker „Korrespondent“, Leipzig, Salomonstr. 8.
Buchdrucker-Hilfsarbeiter „Solidarität“, Berlin S. 59, Wismanstr. 20.
Bureauangestellte „Der Bureau-Angestellte“, Berlin SO. 16, Schimidtstr. 33 pt.
Dachdecker „Dachdecker-Zeitung“, Hanau, Mühlberge 14.
Eisenbahner „Beitrag der Eisenbahner“, Redaktion: Dresden-N., Alt-Lößlau 3. Expedition: Hamburg 15, Spaldingstr. 150a.
Fabrikarbeiter „Der Arbeiter“, Hannover, Mühlstr. 6 III.
Fleischer „Der Fleischer“, Berlin O. 22, Dragonerstr. 15.
Gärtner „Allgemeine deutsche Gärtner-Zeitung“, Berlin N. 37, Piesenstr. 3.
Gastwirtsgehilfen „Der Gastwirtsgehilfe“, Berlin NO. 18, Hübnerstr. 21.
Gemeindearbeiter „Die Gewerkschaft“ und „Die Gemeindefacharbeit“, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24.
Glaserarbeiter „Der Glaser“, Dresden, Falkenstr. 10. Redaktion: Berlin O. 17, Gohlstr. 29.
Glaser „Glaser-Zeitung“, Karlsruhe i. B., Wilhelmstr. 47.
Gravüre „Zeitschrift für Gravüre und Steindruck“, Berlin SO. 22, Mariannenplatz 5.
Hafenarbeiter „Der Hafenarbeiter“, Hamburg I, Befensbinderhof 57-66.
Handlungsgehilfen „Handlungsgehilfen-Blatt“, Hamburg I, Befensbinderhof 57-66.
Handschuhmacher „Der Handschuhmacher“, Berlin O. 34, Lützenstr. 40, II.
Holzarbeiter „Holzarbeiter-Zeitung“, Stuttgart, Adlerstr. 43.
Hotelbedienter „Der Hotelbedienter“, Berlin NW. 7, Am Weidenbaum 1a.
Kaufmann „Korrespondent“, Altenburg, S.-A., Nordstr. 57.
Konditorien „Die Biene“, Hamburg 4, Seilerstr. 32 IV.
Kürschner „Der Kürschner“, Hamburg 22, Gohlstr. 39a I.
Kupferschmiede „Der Kupferschmied“, Hamburg 23, Fehlandstr. 4.
Lagerarbeiter „Monatsblätter“, Leipzig, Zellerstr. 32 II.
Ledearbeiter „Ledearbeiter-Zeitung“, Berlin SO. 16, Uebelstr. 56 II.
Lithographen und Steinsetzer „Graphische Presse“, Leipzig-Lößnitz, Lößnitzstr. 1 I.
Maler „Arbeits-Anzeiger“, Hamburg 22, Schmalerbenderstr. 17 I.
Maschinen und Heizer „Deutscher Maschinen- und Heizer“, Berlin SO. 53, Piesenstr. 45.
Maurer „Der Grundstein“, Hamburg I, Befensbinderhof 56.
Metallarbeiter „Metallarbeiter-Zeitung“, Stuttgart, Riehlstr. 16b.
Mühlenerbeiter „Müller-Zeitung“, Altenburg S.-A., Jandauerstr. 12.
Notenstecher „Der Notenstecher“, Leipzig, Talstr. 27 I.

- Photographengehilfen „Photographischer Mitarbeiter“, Berlin SO. 16, Köpferstr. 7 I.
Portefeuillier „Portefeuillier-Zeitung“, Offenbach a. M., Waldstr. 8 I.
Porzellanarbeiter „Die Ameise“, Charlottenburg, Köpenickerstr. 3.
Sattler „Sattler-Zeitung“, Berlin SO. 16, Uebelstr. 56.
Schiffbauarbeiter „Der Schiffbauarbeiter“, Hamburg 7, Baustr. 144.
Schirmmacher „Rittellung“, Hamburg 3, Eichholz 17.
Schmiede „Schmiede-Zeitung“, Hamburg I, Befensbinderhof 57-66.
Schneider „Schneider-Zeitung für Schneider“, Berlin SO. 16, Köpenickerstr. 12b.
Schuhmacher „Schuhmacher-Blatt“, Gotha, B. Hof.
Seemann „Der Seemann“, Hamburg I, Befensbinderhof 57-66.
Steinarbeiter „Der Steinarbeiter“, Leipzig, Zellerstr. 32.
Steinsetzer „Allgemeine Steinsetzer-Zeitung“, Berlin NW. 21, Riehlstr. 16 I.
Stukkateur „Der Stukkateur“, Hamburg 22, Fehlandstr. 9 II.
Tabakarbeiter „Der Tabakarbeiter“, Leipzig, Landauerstr. 19/21.
Tapezierer „Correspondenzblatt für Tapezierer“, Berlin SO. 16, Michaelstr. 1.
Textilarbeiter „Der Textilarbeiter“, Berlin O. 27, Uebelstr. 61.
Töpfer „Der Töpfer“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15 III.
Transportarbeiter „Der Courier“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Allgemeine Fahr-Zeitung, Berlin SW. 12, Schützenstr. 58.
Der Straßenbahner, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Waldarbeiter „Der Waldarbeiter“, Berlin NO. 43, Neue Königsstr. 7, Hof.
Xylographen „Zeitschrift für Xylographen“, Schöneberg-Berlin, Hauptstr. 110 I.
Zigarettenarbeiter „Der Organisations“, Hamburg I, Befensbinderhof 57-66.
Zimmerer „Der Zimmerer“, Hamburg I, Befensbinderhof 57-66.
Zivilmusiker „Zeitschrift für Zivilmusiker“, Hamburg 19, Neffmannstr. 33 III.

B. Blätter anderer Gewerkschaften und sonstiger Organisationen.

- Berlin „Der abstinente Arbeiter“, Organ des deutschen Arbeiter-Abstinentenbundes, S. 42, Uebelstr. 55. Redaktion: NO. 55, Poststr. 13.
„Die Einigkeit“, Organ der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. O. 54, Alte Schönhauserstr. 20 I.
„Deutscher Metallarbeiter“, Publikationsorgan des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes. Steinstraße 33.
„Die arbeitende Jugend“, SO. 26, Waldemarstraße 75.
„Der freie Gastwirt“, S. 59, Schöneleinstr. 6.
„Rüchermacher“, NO. 43, Gellnowstr. 5.
„Deutscher Zeichner“, NO. 53, Braunschbergerstr. 12 III.
„Vollständiges Zeitschrift für praktische Arbeitervereine“, Organ des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen, Berufsvereinigungen und N. 58, Schönhauser Allee 27. Redaktion: Magdeburg, Mühlengasse 30.
Erfeld „Zeitschrift für Gravüre der Stoffdruck-Industrie“, Neue Gertrudenstr. 20.
Leipzig „Der Lithograph“, 2. Reustadt, Marktstr. 1 b.
Mannheim „Die junge Garde“, Organ des Verbandes junger Arbeiter. Q. 5, 1. Redaktion O. 2, 4.
Rürnberg „Süddeutsche Eisenbahner-Zeitung“, Uebelstr. 3 II.
Wilmersdorf „Monatschrift des Vereins für die Interessen der Handlungsgehilfen“, Kaiserplatz 17.

Obige Zusammenstellung veröffentlicht wir zu Beginn jedes Quartals. In der Zwischenzeit sind ergebende Abweichungen oder sonstige Veränderungen bitten wir und zur Vermeidung mitteilen zu wollen. Berlin, den 12. Juli 1907. Der Parteivorstand.

Die 4. Konferenz der „Freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg“

tagte am Sonntag unter guter Beteiligung im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“. Den Geschäftsbericht der Verwaltung erstattete E. Simonowitsch: Die „Freie Vereinigung“ ist im verfloffenen Geschäftsjahre 1906/07 von 30 Krankenkassen mit 70 388 Mitgliedern auf 34 Kassen mit 73 806 Mitgliedern angewachsen. Zwar seien damit nicht die im Vorjahre gehegten Hoffnungen erfüllt. Aber es sei doch zu erkennen, daß die Einsicht für die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Krankenkassen wachse. Hierzu hat der Umstand beigetragen, daß sich die Herren, für die die Krankenkassen Einnahmequellen bilden, die Ärzte und Apotheker, nicht bloß provinziell, sondern über ganz Deutschland organisierten. Die Preise der Ärzteschaft seien bedeutend in die Höhe gegangen, und wie verlautet, wollten die Herren in Zukunft einen weiteren Vorstoß unternehmen. — Das Ergebnis der bei den Krankenkassen über ihre Geschäftsgebaren, namentlich über das Verhältnis zu den Ärzten und Apothekern vorgenommenen Umfrage des Ausschusses der „Freien Vereinigung“ befriedigte durchaus nicht. Von 638 Orts-, Betriebs-, Gewerks- und Hilfskassen in der Provinz hätten nur 51 die Fragebogen ausgefüllt. Und von 290 Kassen in Berlin und den Vororten hätten auch nur 103 geantwortet. Für die Ortskrankenkassen seien spezielle Fragen dahin gestellt worden, inwiefern die Ortskrankenkassen die Beschlüsse des Düsseldorf-Kongresses des Verbandes deutscher Ortskrankenkassen über die Einführung des

Tarif für die Angestellten durchgeführt hätten. Von den antwortenden Ortskrankenkassen aus der Provinz Brandenburg hätten sie nur vier durchgeführt, und zwei zum Teil. Von 43 Berliner Ortskrankenkassen hätten die Düsseldorf-Beschlüsse 16 durchgeführt. Einzelne ständen noch in Unterhandlung, andere hielten sich an die Münchener Beschlüsse. Von 15 Vorortkrankenkassen haben 5 den Tarif nach den Beschlüssen von Düsseldorf voll, vier teilweise durchgeführt. — Bezüglich der Verhältnisse zu den Ärzten sei zu erwähnen, daß die meisten der berichtenden Kassen im verfloffenen Jahre ihre Verträge neu abgeschlossen hätten und den Forderungen der Ärzte nach Erhöhung der Honorare zum größten Teile entgegen gekommen seien. Aus einer Notiz in der „Leipziger Volkszeitung“ sei nun zu ersehen, daß die Ärzte von Leipzig und Umgegend, dem Zentralität der Ärzteorganisation, einstimmig beschlossen hätten, die Krankenkassenärzte sollten versuchen, möglichst die Minimaltarife der Gebührenordnung mit dem 1. Januar 1908 in Kraft treten zu lassen. Das beweise, daß die Krankenkassen auf neue Verträge zu bestehen. Die Krankenkassen würden gut tun, sich unter einander zusammen zu schließen und zu verständigen. Bei einzelnen Kassen seien die Forderungen der

Ärzte wiederholt so gestiegen, daß die Kassen verschiedentlich in die Lage gebracht wurden, die Beiträge zu erhöhen, nicht etwa um bessere Leistungen für die Mitglieder bieten zu können, sondern um die immer höher steigenden Forderungen der Ärzte und auch der Apotheker befriedigen zu können. Trotzdem habe der preussische Handelsminister vor einiger Zeit an die Aufsichtsbehörden verfügt, ein strenges wachsameres Auge darauf zu haben, daß überall dort, wo das Behnittel zum Reservefonds nicht zureichend ist, werden könne, die Beiträge erhöht werden. Darüber müsse man seine Verwunderung aussprechen, namentlich angesichts der vorher konstatierten Tatsachen. Die Krankenkassen fänden im allgemeinen auf dem Standpunkt (das sei auch bei den Berufsvereinigungen der Fall), daß man das fragliche Behnittel als Betriebsfonds behalten müßte. Die Aufsichtsbehörden hätten keinen Anlaß, so schroff vorzugehen. Es würde genügen, den Krankenkassen nahe zu legen, den Reservefonds zu ergänzen. Ueber die Vertragsfrage mit den Ärzten und Apothekern werde noch in besonderen Punkten verhandelt werden. Hinsichtlich

der Apotheker möchte er noch auf einen Punkt hinweisen. Die Apotheker gingen jetzt vor, eine gewisse Sonntagsruhe (2 Uhr mittags bis 7 Uhr früh) einzuführen. Im Südosten Berlins hätten sich z. B. fünf Apotheken zusammengeschlossen, um den Angestellten in bieten gleichzeitig eine solche Sonntagsruhe zu gewähren. Abwechslend habe eine von den fünf Apotheken am Sonntag offen; welche, sei an den Eingängen der Apotheken zu ersehen. Ähnlich werde in Provinzorten, wo mehrere Apotheker seien, demnächst wohl auch vorgegangen werden. Gegen ein derartiges Einführen der Sonntagsruhe wäre nichts zu sagen. Die Krankenkassen hätten den Apothekern darin entgegen zu kommen, damit den Gehälften wenigstens eine gewisse Sonntagsruhe zugute komme. — Der Geschäftsbericht ergibt eine Gesamteinnahme von 1233,17 M. und eine Gesamtausgabe von 1075,48 M. Aus den vorherverflorenen Geschäftsjahren blieben noch zusammen rund 1008 M. Reserveeinnahme zu bedenken, nach Abzug der jetzt vorhandenen 157,69 M. also rund 910 M. Er müsse darum bitten, daß alle Beteiligten ihrer Verpflichtung zur Deckung von Kosten prompt nachkämen. — Nachdem die Revisoren die Abrechnung für zutreffend erklärt hatten, erfolgte einstimmig Decharge. Ueber die

Tätigkeit des Bezirksamts (Bezirks-Tarifamts) berichtete Ernst Weidner. Das Bezirksamt hat sich (auf Grund der Düsseldorf-Beschlüsse) am 2. März konstituiert. Bis jetzt sind sechs Tarifangelegenheiten von ihm zur Verhandlung gekommen. Zwei Fälle können als erledigt betrachtet werden, vier schweben noch. Redner teilt einige Einzelheiten aus den Verhandlungen mit. In dem einen Falle hatte der in Betracht kommende Angestellte keinen Antrag gestellt, sondern die Kasse hatte vom Abschluß von Anstellungsverträgen dem Bezirksamt Mitteilung gemacht und gleich mitgeteilt, daß das Anstellungsverhältnis nicht genau den Bestimmungen des Düsseldorf-Tarifs entspreche.

Mangels eines Antrags des Angestellten konnte keine Entscheidung gefaßt werden; die Kasse erhielt einen Bescheid, daß, wenn auch hier kein Streitfall, sondern ein Einverständnis des Beamten vorliege, doch empfohlen werden müsse, die volle Durchführung des Tarifs nach den Düsseldorf-Beschlüssen zu betreiben. In dem zweiten erledigten Falle mußte das Bezirksamt dem beschwerdeführenden Angestellten recht geben und entscheiden, daß der Vorstoß erachtet werde, bei der nächsten Delegiertenversammlung der Kasse dahin zu wirken, daß den Bestimmungen des Tarifs voll entgegenzuwerden. — Das Bezirksamt sei, so fährt Redner fort, zur Überzeugung gekommen, daß ein großer Teil der Ortskrankenkassen sich nicht in wünschenswerter Weise bemühe, die in Düsseldorf festgestellten Tarifsätze durchzuführen, wobei zu bedenken sei, daß es sich noch dazu nur um Mindestsätze handele. Und doch habe man alle Veranlassung, als Arbeitgeber der Angestellten im modernen Krankenkassenwesen dahin zu trachten, daß hier die Lohn- und Anstellungsverhältnisse sich den Anforderungen der modernen Zeit anpaßten. Wir müßten Verhältnisse schaffen, die auch nach außen hin anderen Arbeitgebern als nachahmenswert erschienen. Deshalb möchte er auch an dieser Stelle die versammelten Vorstandsmitglieder auffordern, entschieden auf Durchführung der Düsseldorf-Tarifnormen zu wirken. (Beifall.)

Hamann als erster Diskussionsredner ist der Meinung, daß die Verhältnisse in den einzelnen Kassen verschieden seien. Es liege sich wohl öfter eine direkte Anlehnung an die Beschlüsse von Düsseldorf nicht durchführen. Bei seiner Kasse habe das Höchstgehalt eines bestimmten Beamten bisher 2000 M. betragen, nach dem Tarif müßte es auf 2000 M. festgesetzt werden. Er behaupte, daß man solchen Sprung einer Kasse kaum plausibel machen könne. Die Beamten müßten sich damit abfinden, daß das nicht auf einen Schlag gehe.

Beise tritt dem Vordredner entschieden entgegen und betont, daß angenommene Anstellungs- und Befoldungsstaffel müsse auf jeden Fall durchgeführt werden. Er findet verschiedene Kassenverbände mehr als rückständig. Einen Vertreter, der ihm bekannt ist, bezeichnet er als reinen Hohn auf die beschlossene Tarifgemeinschaft. Bedauerlich sei, daß unter den rückständigen Vorstandsmitgliedern solche seien, die in der modernen Arbeiterbewegung eine Rolle spielten. Das Schiedsgericht werde seine Aufgabe darin sehen müssen, unter allen Umständen die Tarifgemeinschaft durchzuführen. Arbeiterssekretär Bauer vom Zentralsekretariat wendet sich ebenfalls gegen Hamann. Gegenüber einer Äußerung desselben stellt er fest, daß in Düsseldorf nicht die angestellten Beamten den Tarif beschlossen hätten. Alle Vertreter, soweit sie Kassenbeamte waren, hätten sich der Abstimmung enthalten. Nur die Vorstandsmitglieder hätten mit gewaltiger Majorität den Tarif angenommen. Wenn Hamann weiter meinte, die Kassenbeamten seien im Verhältnis zu den Gewerkschaftsangehörigen zu hoch gestellt, dann sei er auf dem Holzwege. Eine solche Differenz würde höchstens beweisen, daß die fraglichen Gewerkschaftsangehörigen zu niedrig bezahlt würden. Aber in der Bezahlung der Gewerkschaftsbeamten

feien in den letzten Jahren erhebliche Verbesserungen eingetreten. Im übrigen hätten die Krankenkassen vorbildlich zu wirken, genau so, wie es z. B. von den Konsumgenossenschaften verlangt werde. Auch er müsse es sehr bedauern, daß gewerkschaftlich organisierte und gut geschulte Arbeitnehmer, wenn sie selbst Arbeitgeber würden, sich auf einen rückwärtigen Standpunkt stellten. Wie man das auch wieder auf dem Konsumereinstage gesehen habe, wo d. E. in einem Standpunkt eingekommen hätte, den man nicht für möglich halten sollte. Wenn das soziale Verständnis bei einer größeren Anzahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in Vorstandsstellen bei Krankenkassen fehle, dann würde mal ein Gewerkschaftsleiter ein Nachwort dahin sprechen müssen, daß es für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter nicht angängig wäre, eine Tarifgemeinschaft zu mißachten. — Die Debatte ist damit geschlossen.

Die Neuwahl der Mitglieder im Bezirksamt hat zum Resultat: Rambow, Nürnberg, Ernst Brüdner, Rosenberger, Frankfurt a. O., Fellbert, Fürstenwalde, Rupe, Rathenow. Rechenarzt Dr. D. Runter behandelte dann in einem Vortrage

die Nervenkrisen nach Unfällen.

Im Laufe seiner Ausführungen erklärte er den Standpunkt „extremer Männer der Wissenschaft“ als übertrieben, welche die meisten oder fast alle nervöse Erscheinungen nach Unfällen außer Zusammenhang mit dem Unfall erklären und die einzige Erklärung darin finden, daß infolge der Verletzung der Nerven im Kampfe um die Rente sich Begehrungsstörungen bemerkbar machen. In den meisten derartigen Fällen liegt nach Auffassung des Referenten ein mittelbarer Zusammenhang mit dem Unfall an sich vor. Gerade für solche Nervenkrisen spiele das Vertrauen zum Arzt eine noch größere Rolle wie sonst. Die Verletzung der Berufsgenossenschaften, solche Krankheiten in eigens hergerichteten Anstalten zu behandeln, verlagern. Gerade an dieser Stelle sei von ärztlicher Seite besonders hervorgehoben, daß namentlich das große Heer derjenigen Unfall-Rentenempfänger, bei deren Behandlung die persönliche Einwirkung des Arztes (die sogenannte Psychotherapie) einen großen Heilfaktor abgibt, sicherlich einen größeren Prozentsatz von Heilungen und Besserungen zeigen würde, wenn diesen die zur Erleichterung des Rentenverfahrens reich Gelegenheit gegeben wäre, von einem sachverständigen Arzte ihres Vertrauens behandelt zu werden. Daß er mit der Behauptung sich auf dem Boden der Wirklichkeit befände, bewiesen die Erfahrungen, die das Zentral-Arbeitersekretariat zum Wohle der Versicherten bei der Zuziehung völlig unabhängiger Ärzte zur Beratung in strittigen Unfallsachen gemacht habe. In einer nicht geringen Anzahl von Fällen, in denen diese Ärzte nach gründlicher Untersuchung zu der gewissen Heberzeugung kamen, daß die Ansprüche unberechtigt seien, beruhigten sich die Betroffenen schnell und fügten sich in die Notwendigkeit, im Bewußtsein, völlig unparteiisch beurteilt zu sein. — Redner, der sich auch gegen die übertriebenen Simulationsverdächtigungen wendet, gab noch einige Anregungen, wie Kassenvorstände solche Unfallsachen, wie sie der Vortrag namentlich meint, vor dem Verlust der Rente bewahren könnten. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Arbeitersekretär Bauer: Es betrage wesentlich wohlthuend, von einem Rechenarzt solche Ausführungen zu hören, zu einer Zeit, wo eine große Zahl von Ärzten einen Standpunkt in den betreffenden Fragen einnehme, der als den Verletzten ungünstig bezeichnet werden müsse. Ein Segen wäre es, daß es in Berlin durch Vermittelung der Zentralkommission der Krankenkassen dem Zentralarbeitssekretariat gelungen sei, eine Reihe hervorragender Ärzte für sachgemäße Begutachtung zu finden. Das Zentral-Arbeitersekretariat habe schon aus allen Teilen Deutschlands Ärzte nach Berlin kommen lassen, um sie einem der zur Verfügung stehenden Arztkollegien vorzustellen und den Zustand begutachten zu lassen. Es seien darauf bei der Medizinsprechung bereits hervorragende Erfolge erzielt worden, z. B. ein günstiges Urteil des Reichs-Versicherungsamts in der Frage der Beeinflussung der Altersschädigungen. Wünschenswert wäre, wenn die Herren, die wie Dr. Munter urteilen, damit auch publizistisch hervorzuheben, denn durch die vielfach schreibende Gegenseite würden offensichtlich die Instanzen beeinflusst.

In einem kurzen Schlusswort teilte Dr. Runter mit, daß der Vortrag in der „Medizinischen Reform“ erscheinen werde. Die falsche Beurteilung der „Charakterkollegen“ führt er auf Mangel an sozialem Verständnis zurück. (Ausschließliche Zustimmung.)

Ueber die Einführung von Normalverträgen für Ärzte

referierte namens des geschäftsführenden Ausschusses Eckermann-Rathenow: Schon immer sei die Wichtigkeit von Normalverträgen (Vertragsvorlagen), nach denen sich die Kassen richten können, betont worden. Der Ausschuss lege nun Normalentwürfe für Verträge mit Ärzten und Apothekern vor. Für die Arztverträge ständen eine Reihe Erfahrungen der bestgeeilten Krankenkassen zur Verfügung. Die Honorarbestimmungen seien offen gelassen in dem vorgeschlagenen Muster. Man könne die Beträge nicht vorschreiben. Es müsse den Kassen überlassen bleiben, die Verträge in der Beziehung so günstig wie möglich zu gestalten. Die Durchsicht der eingeforderten Verträge habe bewiesen, daß die Arbeit der Einführung von Normalbestimmungen für die Verträge mit den Ärzten schon längst hätte gemacht werden müssen. Was für Verträge mit Kassenzurückgebliebenen in der Provinz beständen, das lasse man sich kaum träumen. Sie seien abgeschlossen unter dem Druck der leidigen Ärzteeinigkeit, die aus der Krankenversicherung wahre Verunsicherungsanstalten geschaffen hätte. An manchen Orten würden schwerreiche Leute gezüchtet. Die Kassenvorstände hätten von der Heraushebung der Honorarfrage den großen Vorteil, die das Publikum links liegen lasse und die deshalb nur einen geringen Vorteil hätten, holten nach wie vor auf den Arzttagen und durch ihre Wirken in den Ärztevereinigungen den Großen die Kasernen aus dem Feuer. Was nun die Verträge mit verschiedenen Kassen angehe, so machten sie den Eindruck reiner Angstprodukte. In dem Brandenburgischen Vertrag sei ein besonderes Kapitel über die besonderen Pflichten der Kasse, aber nicht über besondere Pflichten der Ärzte. Redner geht auf die Bestimmungen speziell dieses Vertrages näher ein, um zu zeigen, wie ein Arztvertrag mit einer Krankenkasse nicht sein sollte. Nach dem Vertrag beträgt das Honorar 3,70 M. pro Jahr und Mitglied, steigend bis 4,70 M., wenn die Finanzen der Kasse sich so und so gestalten. Wer Verletzung dieses Betrages hat die Kasse nicht das Recht, Erweiterungen der Leistungen für die Mitglieder in ihrem Statut vorzunehmen. In den Verpflichtungen gegen die Ärzte geht die Kasse zum Teil über die Gebührenordnung hinaus. Einrichtungen gebrochener Finger und Beine, für die die Gebührenordnung 2 M. vorsieht, werden mit 5 M. bezahlt. Schlimmer sei die entwürdigende Bestimmung, daß die Kasse ihre Formulare nach der eingeholenden Genehmigung der Kassenzentrale einzurichten habe und daß sie auf Abmachungen mit anderen Heilpersonen verzichte; ferner daß sie ihre gesamten Bücher den Ärzten zur Verfügung stelle. Usw. Man komme auf den Gedanken, daß nicht der Vorstand, sondern die Ärzte die ganze Kassenverwaltung in Händen hätten. — Redner empfiehlt dann den 10 Paragraphen umfassenden Vertragsentwurf nebst den Ausführungsbestimmungen. Der Entwurf sieht in § 8 eine gemeinschaftliche Beschwerdekommission vor zur Untersuchung und Erledigung von Beschwerden, die von Ärzten gegen Mitglieder bezw. gegen die Verwaltung oder von Mitgliedern bezw. der Verwaltung gegen Ärzte erhoben werden. — Zum Schluss seines Referats bezeichnet Redner es für erforderlich, von der Gesetzgebung zu verlangen, daß der Zwang, die kassenärztliche Behandlung zu gewähren, aufgehoben werde. Wenn die Möglichkeit bestände, statt ärztlicher Behandlung Geld zu gewähren, dann würde das auf manche Ärztekreise einen guten Einfluss ausüben. Dies und ein zielbewusstes Aufstreben der Kassen gegenüber einem unberechtigten Vorbehalt von Ärzten müsse immer mehr die Parole der Kassen werden. (Lebhafter Beifall.)

Wie dem auch sei, der Vertreter der erwähnten Brandenburger Kasse, würde es mit Freuden begrüßen, wenn der Vertragsentwurf zum Gesetz gemacht würde. Zu dem Vortrag seiner Kasse gab er einige Erläuterungen.

Von einer Generaldebatte über den Entwurf wird Abstand genommen und nach unwesentlichen Änderungen der Vertragsentwurf und die Ausführungsbestimmungen einstimmig angenommen. Ueber die Vorlage eines

Normalvertrages mit den Apothekern

referierte Herr Skaller. Nach der Statistik, die auch hier wegen der lauen Beantwortung nicht viel bietet, erhalten von den 61 antwortenden Kassen 41 Rezepturabatt, der sehr verschieden ist. Es sind auch die verschiedensten Taten in Anwendung. Wo Verträge beständen, seien sie so wenig einheitlich, daß schon dadurch die Schaffung eines Normalvertrages zur zwingenden Notwendigkeit werde. In dem Vertrage, dessen einzelne Bestimmungen Redner erläuterte, sind auch die Berliner Abmachungen berücksichtigt. Der Entwurf wurde einstimmig angenommen.

Es folgte ein Referat des Arbeitersekretärs G. Bauer über die

Bedeutung der „durchschnittlichen“ Tagelöhne in der Versicherungs-gesetzgebung.

Der Vortrag sollte eine Anregung für die Kassen (Zwangskassen) sein, für die Bemessung von Unterstützungssätzen und Beiträgen von der geschlichen Bedürfnis Gebrauch zu machen, bei einer Staffelung nach Verdienstklassen den durchschnittlichen Tagelohn einzuführen und ihn statutarisch dem wirklichen Verdienst entsprechend festzulegen. Nach der letzten Novelle könne er bis auf 5 M. erhöht werden. In Berlin wären bisher nur zwei Kassen, die ihn bis zu 5 M. erhöht hätten. Es läge aber durchaus im Interesse der Versicherten, daß andere Kassen folgten. Die Mitglieder erhielten dann entsprechend einem höheren Verdienst höhere Unterstützung; sie mühten natürlich auch höhere Beiträge zahlen, woran sie sich nach richtiger Belehrung in Kassensammlungen nicht stoßen würden. Wer weniger verdiene, zahle weniger und erhalte entsprechend weniger. — Dann sei noch zu erinnern, daß der im Krankenlastenstatut festgelegte durchschnittliche Tagelohn nach § 34 des Invalidenversicherungsgesetzes auch bei der Invalidenversicherung als Maßstab diene. — Die Versammelten nahmen die Anregung, die zugleich mit einer klaren Uebersicht der einschlägigen Gesetzesstellen verbunden war, mit Beifall entgegen.

In den Geschäftsführenden Ausschuss

wurden Meier, Spandau, Eckermann-Rathenow, Fellbert, Fürstenwalde, Hahn, Ludenwalde, Herrmann, Dahme, Schmidt, Künheberg, Weidemann-Brandenburg, Benning, Forst und Herrmann-Frankfurt a. O. gewählt.

Nach einem kurzen Referat von Koffa wurde eine Petition an das Reichsamt des Innern beschloffen, in der ersucht wird, bei der bevorstehenden Durchsicht der Reichs-Arztentaxe eine Reihe Änderungen im Interesse der Kassen und der Versicherten zu treffen.

Die Präsenzliste ergibt, daß vertreten waren: durch 166 Delegierte 118 Ortskrankenkassen mit 614 390 Mitglieder, durch 18 Delegierte 12 Betriebskassen mit 85 194 Mitglieder, durch 5 Delegierte 3 Innungskassen mit 21 067 Mitglieder, durch 20 Delegierte 18 Hilfskassen mit 29 669 Mitglieder. Insgesamt waren also 1/2 Million Versicherte vertreten.

Als Ort der nächstjährigen Tagung wird Berlin ausgerufen.

Plattfußentzündung keine Unfallfolge?

Der Steinträger B. P. erlitt am 18. September 1903 dadurch einen Betriebsunfall, daß sein rechter Fuß beim Steintragen auf eine auf der Miltung liegende „Klamotte“ trat und hierbei umknickte. P. empfand zwar sofort Schmerzen im rechten Fuß, arbeitete indessen noch 2 1/2 Wochen weiter. Infolge zunehmender Schmerzen mußte er ärztliche Behandlung aufsuchen. Herr Dr. G. in S. ordnete die Aufnahme des P. im Krankenhaus zu Wrig an. Dasselbst wurde er vom 7. bis 10. Oktober behandelt und war dann noch 6 Wochen arbeitsunfähig zu Hause. Im Dezember nahm P. die Arbeit wieder auf, obwohl er in dem verletzten Fuß noch Beschwerden hatte. Am 21. März 1904 mußte er wieder die ärztliche Hilfe des Herrn Dr. L. in M. aufsuchen. Von diesem Sachverständigen wurde die Diagnose auf entzündlichen Plattfuß gestellt.

P. machte nunmehr Rentenentschädigungsansprüche bei der Norddeutschen Langenerbs-Versicherungsgesellschaft geltend. Diefelben wurden auch insoweit anerkannt, als dem Verletzten für die Zeit vom 19. Dezember 1903 bis 31. April 1904 eine Rente von 3 1/2 Prozent gewährt wurde. Nach dem 21. April sei P. nach dem Gutachten des Vertrauensarztes der Versicherungsgesellschaft — des Dr. Rothenberg — wieder völlig erwerbsfähig. Wegen dieses Rentenbescheides legte der Verletzte Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Potsdam ein.

Er klagte über Schmerzen, welche von der Innenseite des rechten Fußgelenkes unterhalb des Knöchels um das Gelenk herumziehen. Daburch sei ihm das Gehen und Stehen sehr erschwert. Zur Unterstützung seiner Angaben brachte er ein ärztliches Gutachten des Chirurgen Dr. A. bei. Dieser Sachverständige stellte einen hochgradigen rechtsseitigen Plattfuß fest, welcher bereits zu beträchtlichen Verwachsungen im Fußgelenk geführt habe.

Nach der Art des Unfalls und des Krankheitsverlaufes sei anzunehmen, daß der hochgradig entwickelte Plattfuß sich erst im Anschluß an der im September 1903 erlittenen Fußverletzung entwickelt, zum mindesten aber, daß dieser Unfall eine erhebliche Verkleinerung in dem Zustande des rechten Fußes herbeigeführt habe. Die Erwerbsunfähigkeit sei auf 33 1/2 Prozent zu bewerten. Der Sachverständige betont, daß er den ursächlichen Zusammenhang des entzündlichen Plattfußes mit dem Unfall vom 18. September selbst dann annehmen müsse, wenn bei P. schon vorher Plattfüße bestanden hätten.

Trotz dieses Gutachtens wurde die Berufung vom Schiedsgericht zurückgewiesen. Dasselbe begründete die Zurückweisung wie folgt: „Wie das Gutachten des Dr. Rothenberg vom 22. April 1904 ergibt, war die von Dr. G. in seinem Gutachten vom 22. März 1904 beschriebene Bewegungstörung im rechten Fußgelenk, sowie die Rötung und Schwellung der Weichteile unter dem inneren Knöchel nicht mehr vorhanden und auch die von Dr. Engel — dem vom Schiedsgericht gehörten Arzt — vorgenommene Untersuchung hat das Vorhandensein von Krankheitszeichen der erwähnten Art nicht mehr ergeben. Die Unfallfolgen sind demnach mit dem 22. April 1904 beseitigt, denn einen Zusammenhang der Plattfußbeschwerden mit dem Unfall hat das Schiedsgericht trotz der Ausführungen des Dr. A. nicht anzunehmen vermocht. Die beiden Füße des Klägers zeigen Plattfußbildung. Daß der rechtsseitige Plattfuß infolge des Unfalls, welcher den rechten Fuß betrafen hat, eine Verstärkung erfahren haben sollte, wird von dem Dr. G. in seinem Gutachten nicht behauptet, von Dr. Rothenberg sowohl wie von Dr. Engel bestimmt verneint. Die übereinstimmende Ansicht dieser Ärzte konnte aber durch das entgegenstehende Gutachten des Dr. A. um so weniger als widerlegt angesehen werden, als schon der Umstand, daß der Kläger noch mehrere Wochen weitergearbeitet hat, erkennen läßt, daß die Verletzung keine erhebliche gewesen sein kann.“

Gegen diese Entscheidung wurde vom Kläger beim Reichs-Versicherungsamt Rekurs eingelegt. Die Entscheidung der Vorinstanz wurde demängelt und besonders die ärztlichen Äußerungen der Dr. Rothenberg und Engel als nicht stichhaltig angefochten.

Die Berufungsgesellschaft reichte noch ein weiteres Gutachten ihres Vertrauensarztes Dr. Rothenberg ein, um die Rekurschrift zu widerlegen. Aus diesem Gutachten seien einige Stellen zur Charakteristik wiedergegeben. Dieser „Spezialarzt“ — nach dem medizinischen Kalender ist nicht bekannt, auf welchem Gebiet der medizinischen Wissenschaft Dr. A. „Spezialarzt“ ist — konnte „nichts“ finden. Er polemisiert gegen das Gutachten des Dr. A. u. a. wie folgt: Die entzündliche Entzündung des Plattfußes, welche Dr. A. am 9. Juni 1904, d. h. länger als 9 Monate nach dem Unfalltage, wahrgenommen haben will, bleibt für alle anderen Begutachter gänzlich unverständlich. Denn auf frischer Tat hat

der behandelnde Arzt keine Plattfußentzündung wahrgenommen, vielmehr konnte P. seine volle Arbeit leisten. Auch ich habe zwei Monate vor Dr. A.'s Untersuchung keine Spur einer Plattfußentzündung entdecken können und habe mich sogar veranlaßt gefunden, alle früheren Unfallakten auszuliegen. Und nach der Untersuchung von Dr. A. hat wiederum Dr. Engel keine Spur einer Plattfußentzündung festzustellen vermocht. Es bleibt nichts anderes übrig als die Annahme, daß zur Zeit der Untersuchung durch Dr. A. irgend ein akuter Prozeß bestanden hat, welcher also mit dem Unfall nichts zu tun haben konnte. Oder es ist ein Irrtum in der Diagnose unterlaufen. Bestätigt ist der entzündliche Plattfuß durch keine andere Untersuchung. Auch heute ist ein solcher nicht vorhanden.“ Er hält den P. in vollem Grade erwerbsfähig auch als Steinträger. Denn der Herr „Spezialarzt“ hat schon Sicinträger mit viel ausgeprägteren und stärkeren Plattfüßen gesehen, welche ihren Beruf voll ausüben konnten.

Das Reichs-Versicherungsamt forderte zunächst den Krankheitsbericht vom Verletzte Krankenhaus und vom erst behandelnden Arzt Dr. G. ein, und von der Kranken- und Sterbekasse in L. eine Äußerung, ob P. schon vor dem Unfall wegen der Plattfüße behandelt worden war. Auch von Herrn Dr. L., der den Verletzten behandelt hatte, wurde ein Krankheitsbericht eingefordert. Dieser Sachverständige hat ein längeres Gutachten an Stelle des eingeforderten Berichtes abgegeben, das sich im wesentlichen mit dem des Dr. A. deckt. Einige Sätze aus dem Gutachten seien hier mitgeteilt. Der Sachverständige sagt: „Bei P. hat wahrscheinlich schon vor dem Unfälle eine geringe Plattfußbildung bestanden, ohne daß diese ihn bei der Arbeit gehindert hätte. Durch das Aufstreten auf eine „Klamotte“ bezw. Umknicken des rechten Fußes — Unfall vom 18. September 1903 — hat eine Zerreißung von Bändern im rechten Fußgelenk stattgefunden, wodurch eine anatomische Veränderung im Gefüge der Fußknochen sich herangebildet hat, die das typische Bild eines traumatischen Plattfußes bietet. Der ursächliche Zusammenhang ist mit Sicherheit anzunehmen.“

Der Sachverständige wendet sich dann noch gegen die Anschauung, daß das Weiterarbeiten des Verletzten gegen den ursächlichen Zusammenhang des entzündlichen Plattfußes mit dem Unfall verwertet werden kann. Die Entzündung kann sich bei ungewöhnlichem Verhalten des Verletzten, wie dieses in dem Weiterarbeiten des P. zu erblicken ist, allmählich entwickeln, bis der Arbeit durch die Beschwerden infolge der anatomischen Veränderung im Fußgelenke Einhalt geboten wird. Die Erwerbsunfähigkeit sei mit 33 1/2 Prozent zu veranschlagen.

Im Verhandlungstermin wurde nach dem Plaidoyer des Vertreters des Verletzten beschloffen, ein weiteres Obergutachten vom Professor Dr. Adreite einzufordern. Das Obergutachten spricht sich ebenso wie Dr. A. und Dr. L. für den ursächlichen Zusammenhang des entzündlichen Plattfußes mit dem Unfall vom 18. September 1903 aus. Nur die wichtigste Stelle aus dem Obergutachten sei hier wiedergegeben; sie lautet: „Daß P. nach 2 1/2 Wochen nach der Verletzung weiter gearbeitet hat, ist kein Grund gegen die Annahme, daß der entzündliche Plattfuß sich erst nach dem Unfall entwickelt hat. Bei einer Verletzung entstehen Blutungen in und um das Gelenk infolge Dehnung und Zerreißung von Gelenkkapseln und Bändern, welche keine wesentliche Beschwerden zu unterhalten brauchen, die aber bei mangelnder Schonung den Boden abgeben zur Entwicklung einer Entzündung. Da Unfallfolgen auch zeitig noch bestehen, ist die Erwerbsunfähigkeit auf 15 bis 20 Prozent zu veranschlagen.“

Das Reichs-Versicherungsamt nahm auf Grund der ärztlichen Gutachten des Professor Dr. A., des Chirurgen Dr. A. und des praktischen Arztes Dr. L. die Frage des ursächlichen Zusammenhanges des entzündlichen Plattfußes mit dem Unfall und der damit verbundenen Erwerbsminderung durch die Unfallfolgen nach dem 2. April 1904 als erwiesen an und verurteilte die Berufungsgesellschaft, dem Verletzten bis 31. Juli 1906 eine Rente von 33 1/2 Prozent, und vom 1. August ab eine solche von 20 Prozent zu zahlen.

Der Fall beleuchtet wieder einmal die — sagen wir — Anschauung gewisser Ärzte. Ohne denselben zu nahe zu treten, muß man sich doch fragen: Ist ein derartiger Fall im Verhandlungstermin — wie es hier im Schiedsgerichtstermin durch Dr. G. geschehen — in einigen Minuten vom wissenschaftlichen Standpunkt zu lösen, ohne die Versicherten zu schädigen? Kann ein gewissenhafter Beurteiler diese Frage anders als mit Nein beantworten? Besondere Beachtung verdient der „Spezialarzt“ der Versicherungsgesellschaft, Dr. A. Ihm scheinen die wissenschaftlichen Ausführungen des Dr. A. „unverständlich“, und da auch die anderen Begutachter die Wahrnehmungen des Dr. A. nicht gemacht haben, so ist er kurzer Hand mit seinem Urteil fertig. Entweder ist die von Dr. A. gestellte Diagnose „irrig“ oder es handelt sich um einen „akuten“ Prozeß, der mit dem Unfall nichts zu tun hat. Das Obergutachten, ausgefertigt von einer namhaften Autorität auf dem Gebiete der Chirurgie — und diese „Spezialisten“ in der medizinischen Wissenschaft sind doch in erster Linie zur Beurteilung der Frage berufen — bestätigt ohne weiteres die Gutachten des Herrn Dr. A. und Dr. L.

Das „Iren“ in der Diagnose oder der Begutachtung liegt also auf Seiten des praktischen Arztes Dr. Rothenberg, nicht aber bei den Ärzten Dr. A. und Dr. L. Bei dieser Gelegenheit möchten wir die Frage aufwerfen, ob am Schiedsgericht in Berlin — bei welchem seit einiger Zeit die Praxis geübt wird, den Besitzern die Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamtes vorzulegen, die Urteile der Schiedsgerichte betreffen, bei denen sie mitgewirkt haben und die im schiedsgerichtlichen Verfahren zugunsten des Versicherten entschieden wurden, vom Reichs-Versicherungsamt indessen aufgehoben worden sind — den Besitzern der Schiedsgerichte auch die Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts, die ungünstige Schiedsgerichtsurteile aufheben und zugunsten der Versicherten entscheiden, vorgelesen werden? Ist das nicht der Fall, so fordert die Vorlesung nur der zu ungunsten der Arbeiter getroffenen Entscheidungen entschiedenste Mißbilligung heraus.

Erste Diamantarbeiterkonferenz Deutschlands.

Mainz, 15. Juli.

Eine in Deutschland der Zahl nach schwach bezirkte Arbeiter-schaft, die seit kurzer Zeit im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert ist, vorher in unbedeutenden Lokalorganisationen vereinigt war, trat heute erstmalig mit der Kollegenschaft Deutschlands zu einer Beratung zusammen.

Aus dem Bericht der Delegierten ist folgendes hervorgehoben: Die Arbeit ist vorwiegend Affordarbeit. Die Affordarbeit ist äußerst unterschiedlich, beinahe jeder Betrieb hat einen besonderen Tarif. In Hanau wurde früher immer versucht durch Einführung von Stundenlöhnen die Lohnverhältnisse zu verschlechtern, durch einen 18wöchigen Streik, den die Lokalorganisation führte, wurde die Anerkennung des Mohlaris durchgesetzt. Auf eigene Rechnung wird von den Unternehmern wenig produziert, meist wird auf Kommission gearbeitet. Die Unternehmer suchen die nicht besonders ungünstigen Löhne herabzudrücken, indem sie die Lehrlingszahlerei im großen betreiben. Neben 200 organisierten Arbeitern arbeiten in Hanau 150 Lehrlinge; in Bräun (Falz) und in den Odenwaldorten sind 40 Prozent, in Oberstein-Idar 50 Prozent der Beschäftigten Lehrlinge. In einigen Orten der Umgegend von Hanau hat es jetzt die Organisation durchgeföhrt, die Lehrlingszahl zu herabzusetzen, daß auf 6 Arbeiter ein Lehrling kommt. In einem Betrieb in Idar erhielt jeder Arbeiter 11—12 Lehrlinge zum Anlernen überwiesen. Schlimme Zustände haben in Idar geherrscht, wo die Arbeiter um hohe Summen Lohnes betrogen wurden, einmal wurde ein Unternehmer deshalb zu einer Strafe von 25 000 M. verurteilt, in einem anderen Falle erzielten 6 Arbeiter durch Klage die nachträgliche Auszahlung von vorerhaltenem Lohn im Betrage von je 4—500 M. Die Organisationsverhältnisse stehen in Bräun am besten, dort sind alle Arbeiter im Verband; in Hanau und den Odenwaldorten (Erbad, Lauterbach, Oberberg usw.) gehören

wo Proz. in Wernien-Jaar jedoch nur 64 Proz. der beschäftigten Gehäusen der Organisation an.

Die wirtschaftliche Lage der Diamantarbeiter Deutschlands behandelt Euler-Honau in einem kurzen Referat. Er gibt einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Industrie. Anfang der 70er Jahre wurde die erste Fabrik in Hanau gegründet. Zunächst wurden farbige Steine geschliffen unter Veranziehung von Schleifern aus Böhmen, dann erkannte der Gründer der Fabrik in Holland die Diamantschleiferei und bürgerliche sie in Hanau ein. Die dann in rascher Folge sich gründenden Betriebe machten sich scharfe Konkurrenz, natürlich auf Kosten der Arbeiter, die sich deshalb in einem Lokalverein organisierten und, als die Unternehmer gemeinschaftlich einen 40prozentigen Lohnabzug machten, einen Streik von einjähriger Dauer durchführten. Der Streik ging verloren, aber die Unternehmer hüteten sich, gewagt durch den entstandenen Schaden, allzu aggressiv gegen die Arbeiter vorzugehen. Andererseits haben aber auch die Arbeiter erkannt, daß eine Lokalorganisation nicht in der Lage ist, große Kämpfe mit Erfolg zu führen und sie schlossen sich deshalb einer großen Zentralorganisation an. In letzter Zeit konnte das Bestreben der Unternehmer beobachtet werden, die Industrie auf das Land zu verlegen; sie hoffen bei einer Dezentralisation der Arbeiter besser den Lohn drücken zu können. Wenn in Betracht gezogen werde, daß die Anforderungen an die Ehrlichkeit der Arbeiter sehr große sind und daß als Konsumenten die reichsten Leute in Frage kommen, so seien die Lohnverhältnisse nicht allzu günstig. Bei einer statistischen Aufnahme in Hanau wurde ermittelt, daß von 214 Arbeitern 13 nur einen Wochenlohn von 15-20 M. erhielten; 48 hatten 20-30 M., 102 30-40 M., 40 40-50 M., 10 50-60 M. und 3 über 60 M. Wochenlohn. Die Arbeitszeit betrug 59 Stunden pro Woche. In Oberstein-Jaar werden 25-30 M. bezogen und in Brücke herrschen ähnliche Verhältnisse vor wie in Hanau. In Holland sind die Löhne bedeutend höher. Im Auge zu fassen sei eine Vereinheitlichung aller bestehenden Tarife und eine Regelung der Lehrlingsfrage, ein internationales Vorgehen würde Erfolge zeitigen. — In der anschließenden Debatte wurde als erstrebenswert die Festsetzung eines Garantielohnes bei Akkordarbeit bezeichnet, oder prozentuale Zuschläge bei schlechtem Material zu vereinbaren. In Oberstein-Jaar machen die Unternehmer den Versuch, die Organisation zu schwächen. Sie empfehlen, teilweise schon mit Erfolg, den Arbeitern den Anschluß an einen harmonischen Beamtenverband. Die Diamantarbeiter, die sich auf solche Weise bedrängen lassen, seien zu bedauern.

Heber

die Organisationen der Diamantarbeiter, ihre Kämpfe und Erfolge referierte Holland-Amsterdam. Der Referent gibt eine geschichtliche Uebersicht von der Diamantindustrie und den Organisationsbestrebungen der Arbeiter. Als die Diamantfelder Südafrikas entdeckt wurden, nahm die Industrie einen glänzenden Aufschwung. Es mangelte an Arbeitern, die Unternehmer überboten noch die höchsten Löhne, um Arbeiter zu erhalten. Der erklärliche Zubrand zu dem Gewerbe und andere Ursachen bewirkten bald einen Umschwung und die Löhne sanken so rapid, daß die früheren Wochenverdienste kaum noch im ganzen Jahre erreicht wurden. Dann schied die Organisationsarbeit ein und nach vielen opferreichen und langwierigen Streiks gelang es, die Arbeitsbedingungen wieder zu sanieren. Jetzt ist in Holland der größte Teil der Arbeiter organisiert und die Arbeitsbedingungen und Lehrlingsverhältnisse werden von den beiderseitigen Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter geregelt. Inzwischen hat die Diamantindustrie territorial an Ausdehnung gewonnen. In Amerika, Frankreich, der Schweiz und in Deutschland sind Diamantarbeiter tätig. Jetzt besteht die Gefahr, daß die Arbeiter im gegenseitigen Konkurrenzkampf sich die Löhne verschlechtern, aber auch, daß die Lehrlingszucht in den anderen Ländern das Gewerbe erschüttert. In Holland ist die Frage geregelt, ebenso wie die Löhne tariflich geregelt sind. Eine paritätische Kommission wacht und bestimmt darüber, daß der Zugang der Arbeiter nur den Abgang ersetzt. Durchschnittlich wird ein Wochenlohn von 65 M. erzielt. Um gleiche Verhältnisse auch in anderen Ländern zu erzielen, wurde ein Weltverband der Diamantarbeiter gegründet, dem Vereine aller Länder angehören. Die Ziele des Verbandes entsprechen den Prinzipien der deutschen Gewerkschaften. Er unterstützt genehmigte Streiks, wenn die Mittel der Vereine erschöpft sind, gibt monatlich Mitteilungen über die Lage und die Arbeitsbedingungen in der Diamantindustrie aller Länder heraus und verfügt über ein Vermögen von über 1 Million Gulden (1 Gulden = 1,70 M.). Der Beitrag beträgt pro Jahr und Mitglied 1,60 M. Redner empfahl den Deutschen den Beitritt, damit es möglich werde, die Arbeitsbedingungen in Deutschland, denen anderer Länder anzupassen.

Erster-Frankfurt gibt Aufklärung darüber, wie sich der Beitritt zum Weltverband ermöglichen lasse. Der beste Weg sei die Einzelmitgliedschaft, der geringe Beitrag von 3 Pf. pro Woche müsse von jedem Mitglied freudig getragen werden angesichts der eminenten Vorteile, die eine internationale Verständigung über Berufsfragen biete. Einstimmig wurde beschlossen:

Die erste Konferenz der Diamantarbeiter Deutschlands verpflichtet die in der Diamantindustrie tätigen Arbeiter als Einzelmitglieder dem Weltverband der Diamantarbeiter beizutreten.

Die Mitgliedschaft im Metallarbeiterverband ist natürlich nach wie vor erforderlich. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Konferenz geschlossen. — Vertreten waren 11 Orte mit 18 Delegierten. Vom Zentralvorstand des Metallarbeiterverbandes war Kämpf-Stuttgart, von der Bezirksleitung Erler-Frankfurt anwesend. Außerdem waren zwei Vertreter des Weltverbandes aus Holland erschienen.

Aus Industrie und Handel.

Eisenbahnverkehr.

Die Kommission für den „zwischenstaatlichen Verkehr“ hat endlich ihren Bericht über die von ihr im letzten Winter vorgenommene Untersuchung der Verhältnisse der Harz-Eisenbahnen veröffentlicht. Der Bericht weist, wie aus New York gemeldet wird, darauf hin, daß die Union Pacific Eisenbahn-Gesellschaft gegenwärtig alle Eisenbahnlinien an der Küste des Stillen Ozeans zwischen Portland (Oregon) im Norden und der Grenze von Mexiko im Süden beherrscht mit Ausnahme der Atchison, Topeka und Santa Fe Eisenbahn, von deren Aktien sich jedoch ein großer Teil in dem Verste der Union Pacific Eisenbahn-Gesellschaft befindet. Außerdem beherrscht die Gesellschaft die Dampferlinien, die von den südlich von Puget Sound gelegenen Häfen des Stillen Ozeans ausgehen. Die Kommission machte den Vorschlag, daß es den Eisenbahnen im allgemeinen nicht gestattet sein soll, Geld in Papieren anderer Eisenbahnen oder Dampferlinien anzulegen, ausgenommen solcher Linien, mit denen sie zum Zwecke der Schaffung eines Durchgangsverkehrs in Verbindung stehen. Es widerspreche der allgemeinen Politik und den Gesetzen, daß Eisenbahnen sich die Kontrolle verschaffen über konkurrierende oder Parallellinien, und letzteren sollte es verboten sein, gemeinsame Direktoren oder Beamte zu haben. Es sei die Zeit gekommen, wo eine vernünftige Regelung für die Ausgabe von Papieren solcher Eisenbahnen, die am zwischenstaatlichen Handel beteiligt seien, eintreten müßte.

Die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens gegen die Harz-Eisenbahnen schlägt die Kommission nicht vor; doch hält man für wahrscheinlich, daß Präsident Roosevelt und der Chef des Justizdepartements sich für eine gerichtliche Verfolgung entscheiden werden.

Amerikanischer Zolltarif.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York, daß der Justizdirektor North, der als Tarifschmann in Deutschland war, sich für den Doppeltarif ausgesprochen habe. Der gegenwärtige Einzeltarif solle das Maximum bilden, während das Minimum

eines 20 Proz. niedriger sein solle. North habe ferner erklärt, er habe in letzter Zeit mit vielen hervorragenden Persönlichkeiten gesprochen und den Eindruck gewonnen, daß der nächste republikanische Nationalkongress zweifellos das unabweisliche Versprechen der Tarifrevision sofort nach der Präsidentenwahl durch eine Extraession des Kongresses geben müsse.

Massengräber im österreichischen Bergbau.

In der Kohlenproduktion der Welt steht Oesterreich an vierter Stelle. Es kommt erst in weitem Abstände hinter Deutschland. Die Förderung betrug in Millionen Tonnen

	1890	1900	1905	1906
Deutschland	80	149	173	193
Oesterreich-Ungarn	27	89	41	—

Trotz der verhältnismäßig geringen Produktion hat auch Oesterreich seine Grubenkatastrophen gehabt. In der Zeit von 1890 bis 1906 sind 22 Unglücksfälle zu verzeichnen. Die größten Katastrophen, die Oesterreichs Bergbau gesehen hat, fanden 1892 bei dem Grubenbrand in den Blei- und Silberbergwerken zu Präbram in Böhmen und 1894 durch Schlagwetterexplosionen in den Steintohlengruben zu Karwin statt. 572 Bergleute kamen bei diesen Massenunfällen ums Leben, 420 Witwen und 1026 Waisen betrauert den Tod ihrer Ernährer. Die Jahre 1897, 1898, 1901, 1903 und 1904 waren frei von Katastrophen. Außer den beiden obengenannten weist das Jahr 1900 zwei Katastrophen, eine Kohlenoxydgasexplosion in der Frisch-Wald-Berge bei Dux und eine Schlagwetterexplosion auf den Blutoschächten bei Wiesel auf. 70 Tote hinterließen 46 Witwen und 108 Waisen. 1902 kamen durch 4 Katastrophen 78 Mann ums Leben, die 66 Witwen und 131 Waisen hinterließen. Die 4 Katastrophen bestanden in einem Wassereindbruch am Jupiterschacht in Komern (Böhmen), einer Brandgas- und Kohlenstaubexplosion am Dachslochschacht in Radlau (Böhmen), einer Schlagwetterexplosion in der Erdwachsgrube I in Wornslaw (Galizien), einer Kesselplosion am Rudolfschacht in Zwarano (Galizien).

Bei den 22 Massenunfällen, die sich von 1890-1906 ereigneten, wurden 984 Mann getötet, die 683 Witwen und 1690 Waisen hinterließen.

Im Verhältnis fordert Oesterreichs Bergbau nicht so viel Opfer wie der deutsche. Während es in bezug auf die Vergütung dort genau so traurig bestellt ist, wie in Deutschland, ist die Befreiung den Forderungen der Bergleute wenigstens insoweit entgegengekommen, als sie die neunstündige Arbeitszeit gesetzlich festgelegt hat.

Aus der Frauenbewegung.

Die Parteigenossinnen Leipzigs haben nach einem Referate der Genossin Käthe Dunker aus Dresden unsere Rosa Luxemburg als Delegierte zum internationalen Kongress nach Stuttgart gewählt.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Charlottenburg, Mittwoch, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Rosinenstr. 3. Herr Rasche über: „Die Seife und ihre wirtschaftliche Bedeutung“.

Mariendorf, Mittwoch, den 17. Juli, Versammlung des Frauen- und Mädchenbildungvereins bei Reichardt, Chausseestr. 16. Vortrag.

Bris, Donnerstag, 18. Juli bei Beniger, Versammlung des Frauen- und Mädchenvereins. Gen. Kurt Heing über: „Arbeiterin und Bildung“. Es sei noch darauf hingewiesen, daß am Sonntag, den 28. Juli die Familienpartie nach Johannissthal stattfindet. Abmarsch vormittags 10 Uhr vom Buschweg. Gäste willkommen.

Treptow-Baumshulensweg. Die Generalversammlung fällt in diesem Monat der öffentlichen Versammlung wegen aus und findet nächsten Monat statt. Mittwoch, 24. d. M. Kinderfest bei Speer, Baumshulensstr. 78.

Weißensee, Mittwoch, den 17. Juli Ausflug nach „Zegels“, Restaurant zum Schwan. Abfahrt pünktlich um 8 Uhr morgens vom Schloß Weißensee mit der Straßenbahn.

Pankow, Donnerstag, 18. Juli, Versammlung bei Großfurt, Berlinerstr. 27

Berichts-Zeitung.

„Grober Unfug“ im Wahllokal.

Die Reichstagswahl am 20. Januar hatte für den Wähler Hubener zu Linum ein Verfahren wegen groben Unfugs zur Folge. Als er im Wahllokal in Linum wählen wollte, wurde ihm vom Wahlvorsteher bedeutet, daß er schon gewählt hätte. Er beschritt das mit aller Entschiedenheit. Darauf zeigte man ihm einen entsprechenden Vermerk in der Wählerliste. Nun wurde H. sehr aufgeregt und erklärte im lautesten Tone, er habe noch nicht gewählt, er habe das Lokal mit seinem Fuße vorher betreten. Wiederholt stampfte er mit den Füßen auf. Es gelang nicht, ihn zu beruhigen; man führte ihn hinaus. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei, das Landgericht Neu-Müppin verurteilte ihn jedoch wegen groben Unfugs zu einer Geldstrafe von 15 M. In der Begründung wurde darauf verwiesen, daß sich im Wahllokal eine größere Zahl von Personen befand. Wähler und solche, die amtlich mit der Wahl zu tun hatten. Das Verhalten des Angeklagten sei geeignet gewesen, in erheblichem Maße die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören und das Publikum zu belästigen, und es habe auch diesen Erfolg gehabt. — Hiergegen legte der Angeklagte Revision durch Rechtsanwalt Th. Liebnecht ein. Die Revision trägt die Verleumdung des Begriffes grober Unfug. Sie wurde aber am Freitag mit folgender Begründung verworfen: Ein Rechtsirrturn liege nicht vor. Im Sinne des Gesetzes sei das Wahllokal öffentlich. Jedermann, der wählen wolle, habe Zutritt. Das wäre ein ganz unbestimmter Kreis von Personen. Festgestellt sei, daß Angeklagter durch Schreien und Aufstampfen mit den Füßen mehrere der Angeklagten belästigt habe und daß er sich dessen auch bewußt gewesen sei. Man habe ihm in der Liste gezeigt, daß er gewählt habe. Wenn er sich trotzdem in der festgestellten Weise benahm und schließlich hinausgeschafft werden mußte, so sei er mit Recht wegen groben Unfugs bestraft worden.

Vorsicht vor Versuchern!

Die dringend notwendig Educh Kinderfähriger gegen Verführung ist, offenbar in erschreckender Deutlichkeit die Handlungsweise des Gelegenheitsarbeiters Otto Wiele, welcher gestern auf der Unterjuchungsbahn der 4. Fernstraßenrampe des Landgerichts I vorgeführt wurde, um sich wegen Verführung einer Minderjährigen und Zuhälterei zu verantworten. — Am Silvesterabend v. A. ging die damals dreizehnjährige Elisabeth A., die Tochter eines in Moabit wohnhaften Arbeiters, in Begleitung ihrer Freundin, der vierzehnjährigen Meta W., spazieren. Untenweg wurden sie von zwei Männern angesprochen, welche die beiden ziemlich früh entwidelten Mädchen zu einem Glase Bier einluden. Die Mädchen weigerten sich anfänglich, willigten jedoch schließlich ein, da ihnen die beiden Männer vorhielten, es wäre doch weiter nichts dabei, wenn sie als „junge Damen“ auch einmal eine Stunde länger wie sonst wegbleiben würden. In einer kleinen Schankwirtschaft in Moabit traktierten die beiden Verföhler die Mädchen mit Bier und verschiedenen Likören, bis diese alles willenlos mit sich geschehen ließen und den beiden Vorschlag zum Opfer fielen. Das eigentliche Ziel der beiden Männer, es waren dies der jehige Angeklagte und ein zweiter unbekannt gebliebener Mann, ging jedoch noch viel weiter. Der Angeklagte verabredete mit den Mädchen eine zweite Zusammenkunft und redete ihnen vor, wie herrlich und in Freuden sie leben könnten, wenn sie seinem Vorschlage folgen würden. In unglücklich kurzer Zeit brachte es der schändliche Verföhler dahin, daß sich die noch in den Kinderstühlen stehenden Mädchen auch

anderen Männern hingaben, die er ihnen zuführte. Nunmehr hatte er die beiden Opfer völlig in den Händen. Er veranlaßte sie, ihren Eltern dahingulaufen und zwang sie schließlich, auf der Straße auf Männerfang auszugehen. Den Verdienst mußten die beiden unglücklichen Geschöpfe ihrem Verführer abliefern, der sie häufig in rohester Weise schlug und ihnen drohte, sie „kalt zu machen“, wenn sie ihn verraten würden. Dieses schreckliche Treiben währte längere Zeit, bis die Mädchen eines Tages von der Sittenpolizei aufgegriffen wurden. Nunmehr erst fanden die beiden Verföhler den Mut, ihre Leidensgeschichte zu erzählen. Die Folge war, daß der gemeingefährliche Verföhler und Zuhälter verhaftet wurde. — Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Gericht hielt mit Rücksicht auf das gemeine Treiben eine exemplarische Strafe für angebracht und erkannte gegen den Angeklagten auf ein Jahr und drei Monate Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust. Außerdem wurde die Ueberweisung an das Arbeitshaus gegen den Angeklagten verhängt.

Ein ungeheures Postbote,

welcher längere Zeit Briefe mit Berlinhalt und Warenproben veruntreut hatte, fand gestern vor der 3. Ferienstrassammer des Landgerichts II. Wegen Unterschlagung im Amte mußte sich der frühere Postbote, jetzige Mucker Alfred Kuberg verantwortlich machen. Der Angeklagte stand seit dem 18. September 1905 in den Diensten der Postbehörde. Seit mehreren Monaten wurde er bei dem Postamt 1 in Nixdorf als Briefträger und Sortierer beschäftigt. Anfang dieses Jahres liefen bei dem Postamt eine große Anzahl Beschränker über verloren gegangene Briefkästen ein. Es wurde eine umfangreiche Untersuchung in die Wege geleitet, die anfänglich zu keinem Resultat führte. Zufällig wurde eines Tages der Angeklagte dabei beobachtet, wie er beim Brieffortieren einen Brief, in dem sich anscheinend ein Gegenstand befand, sehr genau besah und ihn sodann beiseite legte. Nunmehr lenkte sich der Verdacht auf den Angeklagten, zumal an demselben Tage bei der Postbehörde ein anonymes Brief einging, in welchem A. der Briefunterschlagung bezichtigt wurde. Durch den Postinspektor Zimmermann wurde deshalb ein Brief mit einer fingierten Adresse angefertigt und in der Weise durch Einlegen eines Zweifelhafteins präpariert, daß man schon von außen das Geldstück fühlen konnte. Dieser Brief wurde dem Angeklagten in die Hände gespielt, der auch tatsächlich in die Falle ging und den Brief verschwinden ließ. Als er sich bald darauf nach dem Abortraum begab, um hier den Brief zu öffnen, folgte ihm der Postinspektor dorthin und überraschte ihn dabei, wie er gerade im Begriff war, verschiedene unterschlagene Briefe zu öffnen. Der Angeklagte legte sofort ein offenes Geständnis ab, welches er in der gestrigen Verhandlung wiederholte. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt.

Was ist ein Lehrling im vereinsrechtlichen Sinne?

Nach § 8 des preussischen Vereinsgesetzes dürfen Lehrlinge bekanntlich nicht in Vereine aufgenommen werden, welche bezwecken, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern. Smulowitz, der Vorsitzende eines polnischen Turnvereins, welcher statutengemäß auch politische Zwecke verfolgt, war vom Landgericht Posen wegen Aufnahme eines „Lehrlings“ in den Verein auf Grund des § 8 zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Das eigenartige des Falles war, daß der Aufgenommene bereits 19 Jahre alt und angesehener Kaufmann war, zur fraglichen Zeit aber in der Absicht, den Beruf zu wechseln, bei einem Fleischermeister auf Grund eines Vertrages die Fleischerlei erlernte. — Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend, ein solcher Mann könne nicht mehr als Lehrling im Sinne des Vereinsgesetzes angesehen werden. — Der zweite Strafrichter des Kammergerichts verwarf jedoch am Freitag das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Der in dem Verein aufgenommene M. sei Lehrling im Sinne des Vereinsgesetzes gewesen, denn wenn er auch vorher als Kaufmann angelernt hatte, so habe er doch zur fraglichen Zeit bei einem Fleischermeister gelernt. Freilich sei nicht jeder als Lehrling im vereinsrechtlichen Sinne anzusehen, der später einen anderen Beruf ergreife und ihn erlerne. J. B. könne er dann nicht mehr als Lehrling in diesem Sinne gelten, wenn er zur strittigen Zeit das Alter der Wahlfähigkeit erreicht habe. Bei jugendlichen Personen wie A., der „erst“ 19 Jahre alt war, sei das etwas anderes. — Zur Bestrafung des Angeklagten genüge es, daß er faktisch handelte, als er A. aufnahm. — Früher hatte das Kammergericht angenommen, selbst ein Vierzehnjähriger, der als Lehrling einen anderen Beruf ergreift, sei Lehrling im Sinne der reaktionären Vorchrift des preussischen Vereinsgesetzes.

Besand vor Gericht.

Vor dem Nixdorfer Schöffengericht mußte sich gestern der Chauffeur Bruno Schneider-Berlin verantworten. Der Angeklagte hatte von der Polizei ein auf 5 M. lautendes Strafmandat erhalten, weil sein Auto bei der Fahrt über den Hermannplatz in Nixdorf einen so stinkenden Dampf hat entweichen lassen, daß dadurch die Passanten belästigt wurden. Wegen diese Verletzung hatte Schneider gerichtliche Entscheidung beantragt. Das Schöffengericht Nixdorf war der Ansicht: wenn die Polizeibehörde seinerzeit das stinkende Dampf ausstehende Automobil behördlich abgenommen und dem öffentlichen Verkehr übergeben habe, so sei sie nicht berechtigt, wegen der Mängel Bestrafung zu beantragen, die sie selbst durch die polizeiliche Abnahme gemissermaßen genehmigt habe. Das Gericht sprach deshalb den Angeklagten frei.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soden das 41. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Inhalt des Heftes: Der Fall Peters. — Proletarische Wanderungen. Von Otto Bauer. — Die Feinde der Einwanderung. Von Dr. Karl Bornberg (New York). — Ethnologische-materialeitliche Literatur. Von Franz Wehring. — Literarische Rundschau: Max Quard, Profit und Arbeit in der chemischen Großindustrie. Von ow. — Notizen: Die Lohnbrüder des Auslandes und die Internationalen. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. — Bestellungen stehen jederzeit zur Verfügung.

Wochen beginnt der 2. Jahrgang der illustrierten Romanzeitschrift „In freien Stunden“ zu erscheinen. Derselbe bringt als Hauptroman „Der Scherz“ historische Romane „Die Wälder der Wildnis“, eine Erzählung, die man mit Recht als das interessanteste Ereignis dieser Zeit bezeichnen kann. Daneben bringen die Hefte eine Erzählung der berühmten schwedischen Schriftstellerin Selma Lagerlöf „Die Herzenshölle“ sowie ein kleines feuilleton, enthaltend Unterhaltendes und Beschreibendes, Bild und Scherz. — „In freien Stunden“ erscheinen in Wochenheften a 10 Pf. = 12 Heller = 15 Cent. Die Hefte können in jeder Buchhandlung und bei jedem Kolporteur bestellt werden, auch nimmt jede Postanstalt Bestellungen entgegen. Preis pro Quartal 1,20 M. exkl. Postgebühren.

„Blut und Eisen.“ Ueber Militarismus, Krieg und Kriegertum und dessen verheerenden Einfluß auf das Kulturleben der Völker in aller und neuer Zeit beleuchtet uns das von Buchhandlung Bornhardt unter obigem Titel herausgegebene Werk, in dessen Vorwort der Verfasser sagt: „Was all dem können wir lernen, daß die Sozialdemokratie auf dem richtigen Wege ist, wenn sie den Militarismus, nicht nur insoweit er eine der Arbeiterklasse feindliche Macht, sondern auch insoweit er ein Weltprinzip ist, bekämpft und eine vollständige, demokratische Wehrverfassung fordert. Die Sozialdemokratie will das lebende Heer durch eine Volksmiliz ersetzen. Ein auf demokratische Grundzüge stehendes Volkshör führt die Nation vor dem Kriege, denn für die kleinen, weltpolitischen Abenteuer der kapitalistischen Profitgier ist es ein höchst unangenehmes Instrument. Es schützt aber auch die Nation besser als der Militarismus im Kriege, wenn es ein Kampf um die Existenz und Selbständigkeit des Volkes ist. Diese Lehre zu verfolgen, ist der Zweck dieses Werkes.“

In jeder Woche erscheint eine reich illustrierte Zeitung zum Preise von 20 Pf. (in Oesterreich 24 Heller), die durch jede Buchhandlung bezogen und von Kolporteurs geliefert wird.

„Kommunale Praxis.“ Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 62.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 16. Juli.
Anfang 8 Uhr.
Neues tgl. Operntheater. Wiener Stad.
Deutsches. Der Jongleur.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.)
Neues Schauspielhaus. Raffles.
Kleines. Vater und Sohn.
Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Athen. Die lustige Witwe.
Lustspielhaus. Die Welt ohne Männer.
Bernhard Rose. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Walhalla. Spezialitäten.
Sollid Caprice. Göttertempel. — Paris. Anfang 8 1/2 Uhr.
Reichshallen. Winter-Typen.
Wassage. Spezialitäten.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Vater und Sohn.
Morgen und folgende Tage: Vater und Sohn.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.

Lustspielhaus.
Anfang 8 Uhr.
Die Welt ohne Männer.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

Opello Theater
10 1/2 Uhr: Das große komische Programm! u. a.: Jean Paul in seinen Original-Typen. Jean Clermonts Fiktion-Parodie Barium u. Weisheit.
10 Uhr: **Hartstein** in seiner Besten.
„Der Hochzeitsgast“ als Ortsvorsteher Lehmann.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße 57.
Sonnabend, den 3. August:
Wieder-Eröffnung.
Premiere von **Madame Wig-Wag.**
Operetten-Burleske von Anton u. Donat Herrnfeld. Musik v. E. Stal.
Dazu die Separé-Wäre
Es lebe das Nachtleben!

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich:
Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:
Das erste künftige
Spezialitäten-Programm.
Sperität 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler
Arturo
Bernardi.
Berlins schlechteste Sourette
Ida Perry
14 Variété-Sensationen 14

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater.)
Worwitz-Oper.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Gastspiel **Heinrich Büchel:**
Der Postillon von Conjean.
Romische Oper in 3 Akten v. Ad. Adam.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Carmen.
Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:
Gastspiel der groß. Sopranistin
Gertrud Runge:
Die lustigen Weiber von Windsor.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr: **Kurzh-Prüh.**

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Neue Welt
Hasenholde 108-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Zum Schluss:
Rau Diedel Dau.
Große Bourlesque-Banquettes, für die Neue Welt bearbeitet und in Szene gesetzt von Kurt Ellis.
Anfang 5 Uhr.
Entree zum Konzertgarten 20 Pf. Theatergarten 15 Pf.
Jeden Mittwoch: **Erntefest.**
Jeden Donnerstag: **Monsieur-Feuerwerk.**

Schweizergarten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 50, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Stsbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Beste Plätze für alle Gelegenheiten u. allen Stadtricht.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: **Ob Regen!**
The Reros
phänomenale gymnastische Kunst.
Heinz Heuer
der beliebte Rekruten-Darsteller ist wieder da!
Und das vollständig neue brillante Juli-Programm.
Anf. 8 Uhr. Kaffeeische. Volksbelustig. aller Art. Entree 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Verband der freien Gast- u. Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin.
Bezirk 2.
Donnerstag, den 18. Juli, in Paul Obligos Sommertheater, Schwedterstr. 23/24:
Großes Sommerfest
Garten-Konzert x Theater x Spezialitäten
Vorstellung von Künstlern allerersten Ranges.
Großer Festball!
Anfang des Konzerts 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 5 Uhr.
70/5. Das Komitee.

Verlosungsartikel zu Landpartien, für Vereine u. nur Reubellen, Lampions, Stockinternen, Fackeln, Girlanden, Nützen, Musik- und Radausachen
spottbillig im Engros-Geschäft
L. H. Gotthilf, Alte Jakobstraße 83, an der Seydlitzstraße.
Vereinen extra hoher Rabatt. 54282*

Paul Obligos Sommer-Theater
Schwedterstr. 23/24.
Jeden Dienstag im herrlichen schattigen Naturgarten:
Gr. humorist. Soiree der beliebten Norddeutschen Sänger.
Alles muß lachen! Stets wechselndes Programm.
Entree 10 Pf. Reserviert 20 Pf. Anfang 8 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung findet die Soiree im Saal statt.
54582* Hochachtung Paul Obligo.

Walhalla-Variété-Garten
Weinbergweg 19/20, Holtenauerstr. 15.
Juli-Spezialitäten.
Promenaden-Konzert.
Anf.: Konzert 5; Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter Vorstellung im Theater 8 Uhr.
Kleine Sommerpreise.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 18.
Große Extra-Vorstellung.
Vollständig neues Programm.
Zum ersten Male:
9 1/2 Uhr: **Die Reizenburger,** oder: Ein Stück Alt-Berlin.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

Fröbels Allerlei-Theater
früh. Vuhmann, Schön. Allee 148.
Bestes Volks-Theater Berlins.
Heute (siehe täglich):
Der durchweg neue, erfolgreiche Juli-Spielplan.
Vollprogramm: Frank Gregory-Truppe. Herm. Milardo: **Der Pantinenklub.** Reu! The Champtois. Altweibermühle. The Lunas. Olga Verdi. Gustav Müller. Cund-Trio usw.
Nur noch kurze Zeit:
Großstadtzauber.
Im Saal: **Großer Ball.**
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 7/9.
Flotte Weiber.
Spezialitäten 1. Ranges.
Kulturen der Löwenbraut.
Tilly Bébé mit ihren drei Löwen.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Volksgarten-Theater.
Bad-Behmstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Sellermannstraße.
Der rechte Weg.
Original-Vollstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten von B. Gerike.
Hierzu:
Das neue
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Volksbelustigungen.

Reichshallen-Theater.
Heute: **Erstes Gastspiel** des berühmten **Winter-Tymian** mit seiner Herren-gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
1. Aug.: **Wieder-**beginn der **Soireen** der **Städt. Sänger.**

Belle-Alliance-Garten
6 Uhr: **Konzert und Variété.**
Ringkampf.
Konkurrenz: **3000 Mk.**
Gesamtprize: **3000 Mk.**
Wettungen von Albert Sturm, Achner, Gelling, Kardinosjet, Debie, van Dyk usw. usw.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berliner Reichstagswahlkreises
Das Sommerfest
mußte wegen schlechten Wetters
verlegt
werden und findet nunmehr am
Sonntag, den 21. Juli
im **„Moabiter Schützenhaus“**
am Plötzensee statt.
Das Programm bleibt dasselbe.
Die alten Billets, soweit dieselben noch nicht kuptiert sind, und die am Sonntag, den 14. Juli, eingetauschten **Konten-**marken berechtigen zum Eintritt.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Das Komitee.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen.
Stets hochinteressantes Programm.
Sonnt. Beg. 5, wochent. 8 U.

Paul Jescheck's Original-Volks-Humoristika.
Heft Nr. 15 ist erschienen.
Preis 10 Pfennig.
Brillante Schläger.
In allen Buch-, Papier- und Musikalien-Handlungen zu haben.
Verlag Berlin N., G e t h j e m a n n e s t r. 3.

Artushof, Perleberger Straße 26.
Letzter Tag der großen internationalen Ringkampfkonzurrenz.
Albert Hein Berlin gegen **Hans Roszack** Posen.
Berungen wird bis zur Entscheidung, nach dem Preisverteilung.
Vorher: **Das neue Spezialitäten-Programm.** Anfang 6 1/2 Uhr. Ringkampf 9 Uhr. Entree 30 Pf.

Blumen- und Kranzbinderei von **Robert Meyer,** nur **Marianne-Str. 2.**
Blumen- und Kranzbinderei von **Aug. Krause**
Wienersstraße 7.
Bereitschaft, Palmen-Arrangements, Guirlanden usw. Liefere zu den billigsten Preisen. 38692*

Ausnahmepreise
Monat Juli.
A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.
Preise für nur 1a Marken ab Platz von 10 Str. an:
Prima la Halbsteine (Belante Marken) . . . pr. Str. 85 Pf.
1a Diamant pr. Str. (110 bis 120 Stk.) . . . 87 Pf.
1a Zife u. Abu. 90 Pf.
1a Antrozit Gadeb Str. 2, 30 Stk.
Kohle, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abchlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Boykott-Liste
derjenigen Backwarenhändler, Milch- u. Grünkramesgeschäfte, die nachweislich aus der **geperrten Brotfabrik von Heinrich Wittler, Müllerstr. 33/34,** ihr Brot beziehen.

- Adolfstr. 12, Milchgeschäft.
- Alexanderstr. 19, Bohl.
- Alt-Roabit 76, Babel.
- Andreasstraße, Stand 123.
- 129.
- Alt-Vogelagen 33, Wurnigteil.
- Chausseest. 37, Kiepernik.
- 40, Sommer.
- 104, Bachmann.
- Brücker.
- Corinerstr. 42, Milchgeschäft.
- 52.
- Euvrstr. 48, Stendel.
- Denningerstr. 10, Milchgeschäft.
- 34.
- Derflingerstr. 7, Keefh.
- 29, Schulz.
- Dieboldstr. 12, Milchgeschäft.
- Heidbergstr. 50, Milchgeschäft.
- Heidgenmelterstr. 4, Funke.
- 7, Fuchs.
- Forsterstr. 4, Hans.
- Frankfurter Allee 165, Föhne.
- Fruchtstr. 63, Dross.
- 70, Bunder.
- Gellnowstr. 13, Franke.
- Göddenstr. 10, Thiele.
- Görlichstr. 4, Dörfler.
- Greifswalderstr. 191, Borch.
- Gr. Frankfurterstr. 90, Gebr. Stabenow.
- Grünauerstr. 8, Kühn.
- Günther Weg 52, Karfjunte.
- Gützelstr. 29, Borchart.
- Invalidenstr. 87, Grünkramesgeschäft.
- Jagowstr. 24, Langner.
- Kastanien-Allee 68, Geijter.
- Kesselstr. 8, Kluge.
- 42, Lauer.
- Koppenstr. 3, Dornfeld.
- 4, Beride.
- Kochmannstr. 1, Kogowit.
- Königsbergerstr. 23, Schröder.
- Körnerstr. 23, Siwert.
- Köhlnerstr. 6, Linte.
- Landsbergerstr. 113, Buchwald.
- Lauterbachstr. 12, Milchgeschäft.
- Lehrterstr. 43, Berich.
- Lehmstr. 36, Zurich.
- Lotharstr. 39, Schönfeld.
- Markgrafenbaum 6, Böhmer.
- Marinierenplatz 22, Komalowski.
- Maxstr. 13, Milchgeschäft.
- 13a, Herlprung.
- Mühlenstr. 61, Klens.
- Müllerstraße, Ute Tärkenstraße, Teuer-
- lauf.
- Müllerstr. 56, Grilling.
- 61, Gaboron.
- 131, R. Kühn.
- 133a, Lorenz.
- Oldenburgerstr. 7, Schulze.
- Oppelnerstr. 10, Berner.
- Putzbergstr. 12, Milchgeschäft.
- 66.
- Ramlerstr. 25, Bremner.
- Rathenowerstr. 27, Strehmel.
- Reichenbergerstr. 78, Rest. Rehländer.
- 127, Köhlmann.
- Ritterstr. 117, Milchgeschäft.
- 122.
- Romintenerstr. 16, Beller.
- Rügenerstr. 23, Gander.
- Schönhäuser Allee 26, Milchgeschäft.
- Schwarzlopfstr. 20, Schneider.
- 37, Milchgeschäft.
- Schwedterstr. 252, Milchgeschäft.
- 268, Geschäft.
- Stallgerstr. 147a, Grünkramesgeschäft.
- Stallschreiberstr. 4, Krieburg.
- Stephanstr. 39, Paschewitz.
- Strahmannstr. 17, Kleinod.
- Tühterstr. 23, Dornfeld.
- Tresckowstr. 49, Milchgeschäft.
- Ullrichstr. 32, Milchgeschäft.
- Welenauerstr. 5, Milchgeschäft.
- 9, Verlach.
- 17, Bruchmüller.
- Waldeckerstr. 75, Quase.
- Weidenweg 27, Davidsohn.
- Weißburgerstr. 54, Franke.
- 84, Rade.
- Wilhelmshavenstr. 41, Groß.
- 49, Bielo.
- 54, Franke.
- Wrangellstr. 30, Gebr. Lange.
- 110, Bieker.
- Wasserstr. Ute Tärkenstraße, Geschäft.
- Yandorferstr. 12, Rabenmayer.
- Yringstr. 11, Karowitz.
- Wenno sämtliche Billalen der großen Buttergeschäfte von Ahmann, Holz, Klawe, Ladewig, Gebr. Manns, Schröder, Zander und Valentin beziehen nach wie vor Kommißbrot aus der geperrten Brotfabrik von Heinrich Wittler, Müllerstr. 33/34.

Diese Liste wird noch erweitert.
Die Lohnkommission der Bäcker.
Bureau: Auguststr. 36. T.-N. III, 1243.

Wir bitten die verehrlichen **Hausfrauen** und **Konsumenten**, die kämpfenden Bäckergesellen dadurch wirksam zu unterstützen, daß sie ihre **Ware nur aus Geschäften beziehen, die Brot und Backware von bewilligten Bäckereien entnehmen.**

Vielfach wird das Publikum von den Bäckern und Händlern in die irrige Ansicht versetzt, daß besondere Brotforten, wie das Prashma-Brot, Pumpernickel, Schrot- und Kommißbrot, vom Boykott unberührt sind. Wir erklären ausdrücklich, daß das Brot von Prashma und anderen unbewilligten Bäckereien als boykottiert überall zurückzuweisen ist.

Arbeiter, Parteigenossen Berlins!
Seht die Wählerlisten ein! Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen!

Partei-Angelegenheiten.

Achtung!

Heute Dienstag, den 16. Juli, pünktlich 8 1/2 Uhr abends, finden in den sechs Berliner Wahlkreisen die Versammlungen statt, welche sich mit dem internationalen Kongress in Stuttgart und den hierzu nötigen Delegiertenwahlen beschäftigen und zwar

- 1. Kreis bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35,
2. " Buchbränerlei, Tempelhofer Berg,
3. " Gewerkschaftshaus, Engel-Nfer 15,
4. " Keller, Kopenstr. 29,
5. " Altes Schützenhaus, Linienstr. 5,
6. " Germania-Säle, Chausseestr. 103.

Mitgliedsbuch des Wahlvereins legitimiert zum Eintritt.

Zahlreiches Erscheinen erwarten

Die Vorstände.

Donnerstag, den 18. Juli, von 7 Uhr abends an, findet gleichfalls nur in den sechs Berliner Kreisen von den bekannten Stellen aus die

Flugblattverbreitung

statt, welche zur Einschichtnahme in die Gemeindevählerliste auffordert.

Die Genossen werden gebeten, so frühzeitig als möglich und Mann für Mann anzutreten, damit die Verbreitung sich prompt und schnell erledigt.

Der Zentralvorstand.

Rixdorf. Vom heutigen Tage an steht den Mitgliedern des Wahlvereins die Bibliothek in der Expedition, Redaktionsstr. 2, wieder zur Verfügung. Die Bibliothek ist geöffnet von 6-8 Uhr. An die säumigen Leser richten wir die erste Mahnung, die entliehenen Bücher einzuliefern, anderenfalls in der nächsten Generalversammlung dieselben namhaft gemacht werden. Auf die heute abend stattfindende Volksversammlung bei Sophie, Hermannstr. 10, machen wir die Mitglieder nochmals aufmerksam und ersuchen um rege Beteiligung. Der Vorstand.

Teltow-Bezirk. Eine Wiederholung des Kreisfestes findet am nächsten Sonntag im Etablissement Haffelwerder zu Nieder-Schöneweide statt, beginnend mit einem Frühkonzert morgens um 6 Uhr. Die Parteigenossen werden ersucht, für einen regen Besuch des Festes zu wirken. Eintrittspreis 25 Pf. Die noch nicht benutzten Billetts haben Gültigkeit. Das Fest-Komitee.

Weissensee. Auf die heute abend 8 1/2 Uhr im Prälaten, Leberstr. 122 stattfindende Generalversammlung wird hiermit nochmals aufmerksam gemacht. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Alt-Ostende. Am Mittwoch, den 17. Juli, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen im Lokale des Herrn Fröhlich, Friedrichstr. 68 statt. Genosse Störmer referiert über „Arbeiterpartei und Kirche“. Arbeiter, Parteigenossen sorgt für guten Besuch der Versammlung. Der Einberufer.

Hohen-Schönhausen. Heute Dienstag, den 16. Juli, findet abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Genossen Herschleb, Berlinerstr. 93, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. 1. Vortrag über die politische Lage. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Zegel. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet bei dem Genossen Götz, Schloßstr. 7/8, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Julian Vorchardt über „Gedanken über das kommunistische Manifest“. Aufnahme neuer Mitglieder. Abrechnung des Kassierers. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Vom Wetter ungünstig beeinflusst

Wurden die Sommerfeste, die unsere Parteigenossen im 4. und 6. und im Teltower Kreise am Sonntag arrangiert hatten. Als am Sonnabend der Regen fortwährend herniederströmte, hatte schon mancher Festteilnehmer die Hoffnung auf den Sonntag aufgegeben. Am Sonntagvormittag wurde man aber angenehm enttäuscht. In der Nacht zum Sonnabend hatte der Regen aufgehört, bald kam die Sonne durch und bis gegen Mittag konnte man die Hoffnung haben, daß die Wetterprognose für Sonntag: „vorwiegend trübe, kühl und regnerisch bei ziemlich frischen westlichen Winden“ zutrafen werden und die Genossen mit ihren Sommerfesten wieder einmal „Schwein“ haben würden. Aber das Frohlocken war zu frühzeitig. Gegen 2 Uhr setzte ein Regenschauer ein, der manchen, der beabsichtigte, sich nach den Festlokalen zu begeben, bestimmte, nun doch noch zu Hause zu bleiben. Der Regen ließ bald wieder nach, wiederholte sich aber wieder, wenn auch weniger intensiv. Zwischen 5 und 6 Uhr entwickelte sich in den Festlokalen trotz der Ungunst der Witterung ein immerhin recht erheblicher Verkehr, wenn auch die Massen, auf die man bei dem ganzen Arrangement rechnen mußte, nicht kamen. Die Festteilnehmer selbst ertrugen die Launen des Wettergottes mit dem üblichen Humor. Die Programme konnten natürlich nur teilweise ihre Erledigung finden. So konnten im 6. Kreise, der in dem schön gelegenen Roabiter Schützenhause beisammen war, die Stadtfahrer nicht ihre Künste zeigen, da die Bahn schlüpfrig war; die Athleten mußten verzichten, ihre Kräfte an den Geräten zu probieren, und die Turner desgleichen. Nicht viel anders war es im 4. Kreise. Im Teltower Kreise suchte man, so gut es ging, „programmmäßig“ zu verfahren, wenn man sich auch genötigt sah, den Stadtfahrern den Saal als Fahrbahn anzuweisen.

Unter diesen Umständen beschloß die Festkomitees, das Sommerfest zu wiederholen, um auch denjenigen, die den Wunsch und das Bedürfnis haben, mit den Kampfsgenossen einmal gefellig beisammen zu sein, Gelegenheit dazu zu geben. Im 6. Kreise und im Teltower Kreise findet diese Fortsetzung am nächsten Sonntag in denselben Festlokalen statt, im vierten Kreise stehen leider nicht alle Lokale nächsten Sonntag wieder zur Verfügung und wird noch eine bestimmte Mitteilung darüber erfolgen. Öffentlich macht der nächste Sonntag gut, was am letzten zu wünschen übrig blieb.

Für die allgemeine Ausstellung von Erfindungen der Kleinindustrie, die in der Ausstellungshalle am Zoologischen Garten stattfindet, stehen den Gewerkschaftsmitgliedern ermäßigte Eintrittskarten (30 Pf. statt 50 Pf.) zur Verfügung. Ebenso sind nach

wie vor ermäßigte Eintrittskarten zur Ausstellung der Sezession (25 Pf. statt 1 M.) zu haben. Diese ermäßigten Karten können von den Beauftragten der Organisationen im Bureau des „Gewerkschaftshauses“ oder der Berliner Gewerkschaftskommission in Empfang genommen werden.

Submissionsblättern. Bei der Vergebung der Arbeiten für den Neubau der Schule am Tempelhofer Weg verlangten für die äußeren Eingangswände und Glaswände die Firmen Grün u. Hellwig: 14 438 M., G. Hoffmann 12 368 M., bis herab zu 8 425 M., die Ernst Mittag-Berlin verlangten. Der Durchschnitt zwischen der höchsten und niedrigsten Forderung betrug 11 233 M. Die Firma Mittag ist danach 25 Proz. unter dem Durchschnitt geblieben.

Vom Sturm in die Spree gerissen wurde die 28 Jahre alte Schiffsseignerin Anna Stengel mit ihrem zweijährigen Töchterchen. Vor dem Hause Schleusenufer 5 ankerte der Schiffsseigner Karl Stengel aus Frankau a. O. Als seine Frau zum Einlauf der Tagesbedürfnisse mit ihrem einzigen Töchterchen auf dem linken Arm, den Korb auf dem rechten das nasse Laufbrett nach dem Land zu überschritt, wurde sie mit dem Kind durch einen Windstoß in das Wasser geworfen. Auf ihre Hilferufe eilten drei fremde Schiffer mit ihren Rähnen herbei, deren einer Frau Stengel alsbald retten konnte. Die beiden anderen bemühten sich um das den Armen der Rutter entriszene Kind, konnten aber nur dessen Leiche unter einem Kahn hervorholen. Zwei Ärzte mußten Frau Stengel wieder in das Bewußtsein zurückrufen, die Kindesleiche wurde vom 79. Polizeirevier nach dem Schauhause gebracht.

Von einem Wüstling verschleppt wurde das 12 Jahre alte Mädchen Martha K., das bei der Rutter in der Dragonerstraße wohnte und plötzlich verschwunden war. Die Rutter meldete das Kind als vermißt bei der Polizei, und diese konnte es nach Verlauf von zwölf Tagen in der Fruchtstraße aufgreifen und der Rutter wieder überliefern. Die Rutter nahm das Kind in ein strenges Verhör, und auf Grund der dabei zutage getretenen Tatsachen beschäftigte sich die Kriminalpolizei näher mit der Angelegenheit. Bisher liegt der folgende Sachverhalt vor: Am Tage des Verschwindens befand sich Martha K. in Gesellschaft der etwas älteren Rosa K. in der Neuen Friedrichstraße vor einem Kinematographentheater. Dort näherte sich dem Kind ein angeblicher Kaufmann Wolff, nahm es mit in das Theater, kaufte ihm Süßigkeiten und veranlaßte es zunächst, bis zum Schluß der Vorstellung zu bleiben. Nach Beendigung der Vorstellung um 11 Uhr nachts wachte der Mann die Angst des Kindes wegen der späten Nachtzeit nach Hause zu verschleppen, führte es durch mehrere Straßen und nahm es schließlich in seine angeblich im Hause Große Frankfurterstr. 119 im zweiten Stock belegene Wohnung mit. Dort behielt er das kleine Mädchen bis zum nächsten Morgen, gab ihm den Rat, nunmehr nach Hause zu gehen, schenkte ihm 80 Pf. und begleitete es auf die Straße, nachdem er eine gewisse Zusammenkunft für den nächsten Tag verabredet hatte. Merkwürdigerweise hatte Martha K. sich nicht selbst überzeugt, in welcher Straße sie war. Nachdem sie nun allein war, trat wieder Furcht vor der mütterlichen Züchtigung in den Vordergrund, und sie trieb sich weiter umher und fiel dabei noch zwei gewissenlosen Männern in die Hände. Die Wohnungen dieser beiden Schurken kann sie auch nicht angeben. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben ergeben, daß im Hause Große Frankfurterstr. 119 ein Kaufmann Wolff überhaupt nicht wohnt. Der Wüstling ist ein Mann in mittleren Jahren mit dunklem Haar und Schnurbart, der von demselben Ort auch schon andere Mädchen an sich zu locken versucht hat. Er geht danach mit Absicht auf die Verführung von Kindern an und scheint sich den Verkehr an den „Kientoppen“ für seine Zwecke gewählt zu haben. Martha K. wurde vorläufig bei ihrer Großmutter auf dem Lande untergebracht.

Zahlreiche Bootsunfälle.

die leider auch zwei Menschenleben gefordert haben, sind am letzten Sonntag auf den Gewässern der Umgebung Berlins durch den starken Sturm herbeigeführt worden. Auf den Seen hatte sich ein ungewöhnlich reger Ruder- und Seglerverkehr entwickelt und durch die heftigen Windstöße, die von Zeit zu Zeit gewaltige Dimensionen annahmen, wurden die Bootsinsassen in die größte Lebensgefahr gebracht. Fortgesetzt wurden Fahrzeuge zum Kentern gebracht und bis auf zwei Unfälle gelang es, die Verunglückten zu retten. Einen traurigen Abschluß fand ein Bootsunfall, der sich gestern nachmittag auf dem Wannsee ereignete. Drei Herren aus Berlin hatten sich ein Ruderboot gemietet, das infolge eines starken Windstoßes plötzlich zum Kentern kam. Die Insassen stürzten in die Fluten und es gelang, nur zwei derselben zu retten. Der dritte ertrank. Auch auf dem Seddiner See bei Schmöwitz hat sich ein bedauerlicher Bootsunfall zugetragen. Dort kenterte ein mit zwei Personen besetztes Ruderboot. Nur einer der Gefährdeten konnte sich durch Schwimmen retten. Der andere war des Schwimmens unkundig und mußte ertrinken. Bei Spindlersfelde kippte ein mit drei Personen besetztes Boot um. Die Insassen wurden in die Fluten geschleudert und nur dem Umstand, daß in allerhöchster Nähe ein Motorboot kreuzte, hatten sie es zu verdanken, daß sie gerettet werden konnten. Die Mannschaften des Motorfahrzeuges warfen den Gefährdeten Rettungsringe zu und zogen sie dann glücklich an Bord. Auf dem Rügelsee trugen sich mehrere Bootsunfälle zu, die aber glücklicherweise sämtlich noch einen günstigen Verlauf nahmen. Auf dem Seddiner See kenterte ein Segelboot eines Berliner Seglerklubs, wobei drei Mitglieder des Klubs in die größte Gefahr des Ertrinkens gerieten. Schließlich konnten auch sie durch andere Ruderer in Sicherheit gebracht werden.

Auf dem Rügelsee hat sich am Sonntag abend ein schwerer Bootsunfall zugetragen. Fünf Mitglieder des Berliner Ruderklubs „Teutonia“ hatten mit einem Vierseher eine Bootsfahrt unternommen. Das Steuer wurde von dem Bankbeamten Karl Warten aus der Alexandrinenstraße gehandhabt. Als das Boot im südlichen Teile des Rügelsees durch die Wellen schnitt, wurde es plötzlich infolge eines gewaltigen Windstoßes gleich einer Rutschbahn auf die Seite gelegt. Die fünf Insassen stürzten sämtlich in den See und W. kam unglücklicherweise unter das Boot. Der Unglückliche mußte hilflos ertrinken. Die anderen vier Ruderer wurden durch die Besatzungsmannschaften des Personendampfers „Treba“ gerettet. Die Leiche des ertrunkenen W. ist gestern gelandet worden. W. war die Stütze seiner betagten Mutter gewesen. Es mag an dieser Stelle einmal darauf hingewiesen werden, daß die Warnungszeichen, die seit einigen Jahren bei eintretendem stürmischem Wetter von den Rettungstationen am Rügelsee gegeben werden, von den meisten Ruderern nicht beachtet werden. Auch am vergangenen Sonntag waren die Warnungsbälle, die angezeigt sollten, daß die See stürmisch und für den Ruderverkehr gefährlich ist, hochgezogen. Aber trotzdem herrschte ein starker Ruderverkehr auf dem Gewässer.

Ein Zusammenstoß im Straßenbahnbetriebe hat gestern mittag an der Ecke der Koch- und Wilhelmstraße stattgefunden. Der Kutscher Wilhelm Hoffmann, Gothenustra. 14 wohnhaft, wollte zwei Fahrgäste nach dem Anhalter Bahnhof bringen. Als er mit seiner Droßke von der Koch- in die Wilhelmstraße einbog, stieß das Gefährt mit solcher Gewalt gegen einen entgegenkommenden Straßenbahnwagen der Linie 63, daß sowohl der Kutscher als auch die beiden Fahrgäste auf die Straße geschleudert wurden. Während die letzteren glücklicherweise ohne Verletzungen davonsamen, blieb S. bewußtlos liegen. Er wurde nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht, wo der diensttunende Arzt einen Schädelbruch und eine schwere Gehirnerschütterung feststellte. In äußerst bedenklichem Zustande fand der Verunglückte im Krankenhaus Roabiter Aufnahme.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern nachmittag in der Leipzigerstraße ereignet. Beim Uebersteigen des Fahrdammes in der Nähe der Wilhelmstraße wurde die Rentiere Goldammer, Kaiserplatz 16 wohnhaft, von einer vorübergehenden Droßke niedergeworfen und überfahren. Die Räder gingen der Bedauernswerten über den ganzen Körper hinweg und schwerverletzt fand Frau G. in der Rettungsstation in der Mauerstraße Aufnahme.

Es hat geholfen. Kürzlich fragten wir, ob unsere Polizei prude ist. Der Anlaß hierfür war die uns zugewandene Mitteilung, daß sich in dem Gebäude Alexanderstraße und Königsgraben, wo das örtlich zuständige Polizeibureau residiert, auf dem Hofe gleich hinter dem Hausflur ein Abort befinden sollte, der in keiner Weise geschützt ist. Wir hatten uns überzeugt, daß die Angabe den tatsächlichen Verhältnissen entsprach. Auf Grund unserer Bemerkungen über die Angelegenheit ist nun inzwischen Abhilfe geschaffen worden, der beste Beweis, daß die Kritik wieder mal im Recht war. Der Abort hat zwar nicht eine volle Tür erhalten, wohl aber ein etwa 10 Fuß hohes und 1 1/2 Fuß breites Schuttbrett, welches das Ausfließen vor den Passanten des Hofes verbergt. Damit kann man sich allenfalls zufrieden geben.

Der bereits angekündigte Prozeß gegen die Frau Dr. Elise Bergmann wegen Mißhandlung ihrer Stieftochter sollte gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors v. Haugsdorf vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung kommen. Es stellte sich jedoch heraus, daß eine Hauptzeugin, die Schuldochterin Dörfling, nicht erschienen war. Außerdem stellte Rechtsanwalt Dr. Schwindt als Verteidiger der Angeklügten mehrere Weisungsanträge, die dahin gingen, die Unzulässigkeit der Hauptbelastungszeuginnen, die sich zum Teil aus ehemaligen Dienstmädchen der Frau Dr. B. rekrutierten, nachzuweisen. Die Verhandlung wurde deshalb bis zum September vertagt.

Ein folgenschweres Automobilunglück, bei dem zwei Personen schwer verletzt wurden, hat sich in der Tiergartenstraße zugetragen. Die Chauffeure Langlanski, Landsberger Allee 123, und Sieh, Gipsstraße 4 wohnhaft, waren auf einem Automobil der Automobil-A. G. nach dem Kurfürstendamm zu gefahren, um ein neues Rad dorthin zu bringen. In der Nähe des Kämpferplatzes kam der Kraftwagen infolge des schlüpfrigen Pflasters plötzlich ins Rutschen und der Chauffeur verlor die Gewalt über das Gefährt. Mit voller Wucht rannte das Auto gegen einen Lindenbaum. Der Anprall erfolgte mit solcher Heftigkeit, daß die beiden Chauffeure vom Dach herunter auf die Straße geschleudert wurden. L. blieb bewußtlos liegen. Der Bedauernswerte hatte eine schwere Gehirnerschütterung sowie erhebliche innere Verletzungen erlitten. Auch G. hatte sich bei dem Sturz nicht unerhebliche Verletzungen zugezogen. Nach Anlegung von Notverbänden auf der Unfallstation in der Kronenstraße wurde L. in das Krankenhaus Roabiter eingeliefert. Sein Zustand gibt zu ernststen Besorgnissen Anlaß. Das Automobil wurde bei dem Zusammenstoß fast vollständig zertrümmert.

Die Verletzungen, die der Kutscher Reimann am Donnerstag durch den Hufschlag eines Pferdes erlitten hat, sind glücklicherweise weniger schlimmer Natur als anfänglich angenommen wurde, immerhin ist ihm der rechte Oberarm gebrochen. Das Pferd soll, wie uns der Fuhrherr Berger mitteilt, sonst ein ganz frommes Tier sein und besondere Sicherheitsmaßnahmen beim Fahren überflüssig gemacht haben.

Aus Liebesgram in den Tod gegangen ist die 23jährige Schneiderin Frida K. aus der Landsberger Allee. Das junge Mädchen hatte am Sonntag einen Streit mit seinem Bräutigam gehabt, den es sich sehr zu Herzen nahm. Es konnte die ganze Nacht über sich nicht beruhigen und äußerte der Mutter gegenüber wiederholt Selbstmordgedanken. Während die K. mit ihrer Arbeit an der Nähmaschine sah, wurde sie plötzlich wieder von ihrem Liebesschmerz übermannt, eilte in einem unbewachten Augenblick zum Fenster und stürzte sich aus dem 4. Stockwerk auf den Hof hinab. Schrecklich entsetzt und fast leblos wurde das unglückliche Mädchen hier aufgefunden; sie verschied, noch ehe ein Arzt ihr Hilfe bringen konnte.

Zwei große Brände beschäftigten die Feuerwehr am Sonntag in der Neuen Königstr. 32 und in der Hasenheide 50. An der ersten Stelle stand bei Anbruch der Löscharbeiten auf dem zweiten Hofe im Quergebäude ein Fournageboden und in der Hasenheide 50 der Dachstuhl des Quergebäudes in erheblicher Ausdehnung in Flammen. Hier wie dort gab es für die Löschmannschaften viel Arbeit. Es dauerte stundenlang, bevor auf beiden Brandplätzen die Gefahr mit insgesamt sieben Schlauchleitungen beseitigt war. Von dem Futterboden und dem Dachstuhl konnte nichts mehr gerettet werden. Außerdem brannte gestern in der Kastanien-Allee, Ecke der Schwedterstraße, eine Arbeiterbude.

Die öffentliche Lesehalle der deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur, Münzstr. 11, ist für einige Tage infolge notwendiger Malerarbeiten geschlossen. Die neu hergerichteten Räume werden wie bisher Wochentags von 12-3 Uhr und 6-10 Uhr, Sonntags von 10-11 Uhr und 5-10 Uhr unentgeltlich für jedermann geöffnet sein.

Gesperrt. Die kleine Alexanderstraße von der Hirttenstraße bis zur Linienstraße wird Kanalisationsarbeiten halber vom 17. d. M. ab bis auf weiteres für Fahrzeuge und Reiter gesperrt.

Das Gebrüder Herrnsfeld-Theater eröffnet Sonnabend, den 3. August d. J., seine 15. Spielsaison. Während der Monate Juni und Juli ist das neue Haus dekorativ vollständig neu gestaltet worden. Anton und Donat Herrnsfeld haben während ihrer Ferienzeit eine Operetten-Burleske geschaffen, deren Premiere am Abend der Wieder-Eröffnung in Szene geht. Die Titel der Komödien sind „Madame Wig-Wag“.

Bei dem am Sonntag, den 14. d. M. stattgefundenen Sommerfest des 4. Kreises in Montes Volksgarten ist ein Damen-Portemonnaie mit 15 Pf. Inhalt und eine Korallenkette gefunden worden. Die Gegenstände können die Verlierer in den Bureaustunden vormittags von 9 bis 2 und nachmittags von 5 bis 8 im Bureau des Wahlvereins, Tilsiterstr. 81 I, in Empfang nehmen.

Radrennen am 14. Juli. Die Ungunst des Wetters machte die Abhaltung der Rennen sowohl in Spandau, wo ein 100 Kilometer

meter-Nennen auf dem Programm stand, wie in Steglitz, wo die Bahnrinnen des Bau 20 (Berlin) des Deutschen Radfahrer-Bundes abgehalten werden sollten, und endlich auf in Treptow nicht gut ausführbar, da bei den öfter einfallenden Regengüssen an eine glatte Abwicklung des Programms nicht zu denken war. Die Nennen in Spandau sind auf den 15., die in Steglitz auf den 21. Juli verlegt.

Die diesjährige Regatta des Rudervereins „Vorwärts“ in Gemeinschaft mit dem Ruderverein „Collegia“ Spandau fand am Sonntag in Stralau statt. Die Strecke war die alte 1600 Meter. Start: Eisenbahnbrücke. Ziel: Schwannenberg. Außerdem wurde in diesem Jahre zum ersten Male ein Achterrennen für Damen veranstaltet, welches allseitiges Interesse bei den Zuschauern hervorrief. Leider wurden die gefahrenen Zeiten durch die ungünstige Witterung beeinträchtigt, doch sind sie zufriedenstellende.

Das Ergebnis ist folgendes: 1. Doppelzweier für Senioren. Boot „Alecblatt“. Schulz, Henschel. Steuer Hesse. 6 Min. 5 Sek. — 2. Vierer für Junioren. Boot „Wittgen“. Grunow I. und II., Wille, Schneider. Steuer Gurr. 5 Min. 31 Sek. — 3. Achter für Damen. Boot „Vorwärts“. Hel. Kreischmann, Dienert, Wenzel, Vicht, Volkmann, Radler, Reich, Schulze. Steuer Pöhlung. 4 Min. 5 Sek. — 4. Doppelzweier für Junioren. Boot „Collegia“. Haase, Fielitz, Sander, Bettin. Steuer Thaler. 5 Min. 21 Sek. — 5. Einer. Boot „Rehweider“. Römer. 6 Min. 41 Sek. — 6. Achter für Junioren. Boot „Grillenberger“. Kersten, Hüttner, Hohe, Witke, Hoppe, Schneider, Schütz, Münchenhagen. Steuer Fromm. 5 Min. 18 Sek. — 7. Vierer für Senioren. Boot „Dahme“. Jähnke, Henschel, Nablo, Wille. Steuer Sternfeld. 5 Min. 32 Sek. — 8. Doppelzweier für Junioren. Boot „Alecblatt“. Sander, Bettin. Steuer Schulz. 5. 6 Min. 1 Sek. — 9. Vierer für Anfänger. Boot „Jugend“. Dardamin, Romad, Kornay, Seidel. Steuer Kubil. 5 Min. 48 Sek. — 10. Achter für Senioren. Boot „Grillenberger“. Jähnke, Henschel, Nablo, Engel, Groß, Bettin, Wenzel, Römer. Steuer Sternfeld. 6 Min. 18 Sek.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie will sein Verleumdungshandwerk sogar in sozialdemokratischen Versammlungen betreiben. Um dies erfolgreich tun zu können, verfolgt er die Taktik, den Versammlungssaal recht frühzeitig durch zuverlässige Freunde der nationalen Sache schon vor der festgesetzten Zeit besetzen zu lassen. So hatte er zu der gestern in Charlottenburg angekündigten Versammlung besonders vertrauliche Zirkulare verbreitet:

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie
Hauptstelle Berlin, Dossauerstr. 30,
den 13. Juli 1907.
Streng vertraulich!

Eilt sehr!

An unsere werten Mitglieder!

Am Montag, den 15. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet in Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3, eine sozialdemokratische Wahlversammlung statt, in der der Redakteur Kurt Göner aus Nürnberg über „Unsere Kritiker“, Einbrüche vom Peters-Prozess sprechen wird. Wenn irgend möglich, wird von maßgebender Stelle (i) des Reichsverbandes — zugleich eine der bekanntesten sachmännischen Autoritäten unserer Kolonialpolitik — dem Redner entgegen getreten werden.

Wir ersuchen Sie daher hierdurch, sowohl selbst bestimmt zu erscheinen, wie auch an zuverlässige Freunde nationaler Richtung diese Einladung weiterzugeben.

Aus taktischen Gründen ist es dringend erforderlich, schon vor der festgesetzten Zeit sich im Saale einzufinden.

Mit deutschem Gruß
in vorzüglicher Hochachtung
Reichsverband gegen die Sozialdemokratie,
gez. Dr. Wobenschen.

Dass der Reichsverband sich dabei eine Absicht hat, wie er sie verdient, bedarf keiner besonderen Hervorhebung. Wir wünschen nur, daß er seine Absicht von dem Versuch sozialdemokratischer Versammlungen beibehält; unsere Genossen müssen auch einmal Gelegenheit bekommen, dieses Vagabundengesinde „Aug' in Aug'“ kennen zu lernen. Wir glauben nur nicht an Ausdauer auf diesem Gebiete. Vielleicht findet sich die Gesellschaft in der heute in Nizdorf stattfindenden Versammlung, in der über das gleiche Thema referiert wird, auch ein.

Schöneberg.

„Unsere Kritiker“ lautete das Thema eines Vortrages, das Genosse Kurt Göner in einer am Freitag bei Obst stattgefundenen öffentlichen, gut besuchten Versammlung behandelte. Die Versammlung bot äußerlich ein anderes Bild, als es sonst öffentliche Versammlungen zu bieten pflegen, da diesmal auch Angehörige des Bürgerturns in derselben ziemlich stark vertreten waren. — Der Referent wies zunächst auf die wüste Agitation unserer Gegner zu den Januarwahlen hin und besprach dann die Ursachen, welche angeblich zur Auflösung des alten Reichstages geführt haben sollten. Jetzt sei der Schleier gelüftet; heute wisse alle Welt, daß nicht die Verweigerung der Kreditkredite durch das Zentrum und die Sozialdemokratie der Grund zur Auflösung war, sondern die Existenz Wilhelms als Reichskanzler. Redner kommt im weiteren Verlauf seiner Rede auf den Peters-Prozess zu sprechen und gibt die persönlichen Eindrücke wieder, die er in diesem gewonnen hat. Dieser Prozess habe so recht gezeigt, wie geistig heruntergekommen und politisch verlottert die herrschende Klasse ist. Besonders sei es ihm aufgefallen, wie wenig gesunde, freie, ehrliche Menschen unter den Prozeßbeteiligten der Affäre beteiligt sich befinden hätten. Eine rühmliche Ausnahme hiervon hätten gemacht: Der Vorsitzende, Vater Ader und Frau Direktor Kayser. Der Referent schildert die geschäftige Art und Weise der Krennd und Liebert gegen alle die Jungen und Sachverständigen, die zu ungunsten Peters' ausgefallen hätten. Die Liebertsche maßlose Kritik an dem Peters-Urteil, das von höchsten Gerichtsbeamten des Reiches gefällt worden ist und das man nach jeder Richtung hin nur ein gerechtes nennen könne, zeige uns, daß es für diese Sippe keine Reue gibt, sobald ihre Interessen in Betracht kommen. Dieser Prozess werde für lange Zeit ein Beweis für die Sittlichkeit und die Moral dieser Schichten sein. Starke Beifall zollten die Anwesenden dem Referenten während und nach dem Vortrage für seine trefflichen Ausführungen.

Eine Diskussion fand nicht statt. Trotz des Hinweises des Vorsitzenden, falls einer der anwesenden Gegner das Wort wünsche, ihm ungehindert Redezeit zuzubilligen, meldete sich niemand zum Wort. Genosse Reichfeldt konstatierte das und meinte, seine Antwort sei auch eine Antwort. Er forderte nunmehr alle diejenigen auf, die ihren Beifall und ihre Zustimmung zu den Ausführungen gegeben hätten, auch konsequent zu sein und offen dafür einzutreten, daß solche, des Deutschen Reiches unwürdige Taten nicht mehr geschehen könnten. Das sei aber nur möglich durch Anschluß an die Sozialdemokratie und durch Einbringen in das Wesen des Sozialismus. Die Gelegenheit dazu werde geboten im sozialdemokratischen Wahlverein und durch die sozialdemokratische Presse.

Steglitz.

Auf der Suche nach — Dummen ist ein Schwindlerpärchen jetzt in Steglitz angelangt. Dieser Tage erschien ein junges Mädchen in der Wohnung eines Genossen und bat die Wohnungsinhaberin, für die abwesende Flurnachbarin ein Hund Käsa, das in Zengelmanns Kaffeegeschäft bestellt sei, abzunehmen und den Betrag von 1,00 M. auszuliegen. Die Frau unseres Genossen dankte für das Geschäft und verwies das Mädchen nach einer anderen Familie, bei der die gesuchte Flurnachbarin öfter verkehrt. Das Mädchen klagte demnach dort und nachdem es erfahren, daß die angebliche Weshlerin nicht anwesend sei, versuchte es auch hier, allerdings vergebens, die

1,00 M. zu erhalten. Nunmehr klagte sie nochmals bei unserem Genossen und bat, ihr doch den doppelten Betrag zu ersparen; ihr Bruder sei Radfahrer bei Zengelmann und habe so viel zu tun, daß er die Bestellungen nicht alle erledigen könne, weshalb sie ihm helfen müsse. Die lebenswürdige Schwester mußte jedoch unrichtiger Sache abgeben. Auf eine Anfrage im Zengelmannschen Geschäft stellte es sich heraus, daß die hübschere Schwester eine Schwindlerin ist, die anscheinend mit ihrem „Bruder“ arbeitet, dem es schon in mehreren Fällen gegliedert ist, mit demselben Trick gläubige Frauen hineinzulegen. Bei Öffnung der Kasse erwies sich der Käsa als — Sand. Dem „Bruder“ gelangt der Schwindel deshalb leichter, weil er angeblich mit der Mütze der Zengelmannschen Hausdiener bekleidet ist. — Also: Vorsicht!

Friedrichsfelde.

Eine Ferienkursion der Gemeindevertretung fand am Freitag statt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 1400000 M. Das Geld soll mit 4 1/2 Proz. verzinst und mit 1/2 Proz. amortisiert werden. Es sind ferner zu zahlen 1 Proz. Abschlußprovision und 1/10 Proz. Vermittlungsprovision. Die neue Anleihe soll dazu dienen, schwebende resp. gefündigte Darlehen zurück zu zahlen, welche beim Kanalisationsbau aufgenommen sind, auch sollen davon die Restposten der Kanalisation bestritten werden. Ferner müssen Mittel bereit gehalten werden für Anschlüsse resp. Umbauten der Klosettanlagen auf den Gemeindegrundstücken und der Zuschuß für den Krankenhausbau in Höhe von 90000 M. Es wurde einstimmig beschlossen, das Darlehen in obiger Höhe und unter den gestellten Bedingungen aufzunehmen. Unter Mitteilungen gab der an Stelle des auf Urlaub befindlichen Gemeindevorstehers den Vorsitz führende Schöffe Bescheid, daß die feinerzogen beschlossene Einrichtung eines selbständigen Standesamts im Ortsteil Karlsdorf vom Oberpräsidenten genehmigt ist, ferner daß für Karlsdorf die Nachtverbinding mit der Reitungsgesellschaft durch Herrn Weisrich, Dönhofsstraße, Amt Oberschöneweide Nr. 344, hergestellt wird.

Nieder-Schöneweide.

Im Gas erstickt. Ein trauriges Ende hat der 20jährige Hausdiener Julius Weber aus Berlin, der bei dem Drogerien Altmann in der Grünauerstr. 3 in Nieder-Schöneweide angestellt war, gefunden. Der junge Mann hatte erst vor zwei Tagen seine dortige Stellung angetreten. Als er gestern morgen geweckt werden sollte, gab er keine Antwort. Da aus dem Schlafzimmer starker Gasgeruch herausdrang, ließ man die verschlossene Tür gewaltsam öffnen. Die Stube war vollständig mit Gas angefüllt und in seinem Bette lag B. als Leiche, der Kamin war an Gasvergiftung gestorben. Er hatte am Abend den Gashahn versehentlich geöffnet statt geschlossen.

Trebbin (Kreis Teltow).

Seht die Stadtverordneten-Wählerlisten ein! Für die im Herbst d. J. stattfindenden Stadtverordnetenwahlen in Trebbin liegen die Wählerlisten in der Zeit vom 15. bis 30. Juli im Rathhaus während der Dienststunden aus. In dieser Zeit kann jeder, der hier seinen Wohnsitz hat, gegen die Richtigkeit der Listen Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll beim Magistrat anbringen; später eingehende Erinnerungen werden nicht mehr berücksichtigt. Die Genossen Stahmann und Trebus sind bereit, für diejenigen, denen es nicht möglich ist, Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen, diese Arbeit zu übernehmen. Man veräume im eigenen Interesse nicht, sich zu melden.

Spandau.

Auf dem Aussterbeetat soll, wie vor längerer Zeit das „Spandauer Tageblatt“ ausposaunte, die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion stehen. Das hindert genanntes Blatt aber nicht, schon jetzt für die Reichsverbänder die Werbetrümmel zu den im November dieses Jahres stattfindenden Stadtverordnetenwahlen zu rühren.

„Ein wirklicher Wahlkampf“, bemerkt das Blatt, „wird bei diesen Wahlen nur bei der dritten Abtheilung bevorstehen, wo die bürgerlichen gegen die sozialdemokratischen Kandidaten in Frage kommen. Die Sozialdemokraten werden mit allen nur denkbaren Mitteln die ihnen im Jahre 1905 bereite Niederlage wieder wegzumachen suchen und die bereits verlorenen Mandate wieder erobern wollen, was ihnen selbstverständlich kein Mensch verdenken kann. Sache der bürgerlichen Partei wird es sein, die nötige Agitation in der dritten Abtheilung zu entfalten und die Wähler über die Ziele der Sozialdemokratie aufzuklären. Die widerwärtigen Szenen, wie sie zu Niederg Zeiten an der Tagesordnung waren, sind in der Stadtverordnetenversammlung seit dem Weggange Niepers nicht mehr vorgekommen, denn mit den jetzt noch in der Stadtverordnetenversammlung befindlichen Sozialdemokraten läßt sich ruhig und sachlich verhandeln. Wenn auch ein gewisser Herr B. mitunter die Zügel schiefen läßt und sich persönlich etwas reiben möchte, namentlich wenn er es mit Kollegen zu tun hat, die ihm geistig überlegen sind, so dient das höchstens einmal zur Erheiterung, an welcher es bei den sonst ernstlichen Verhandlungen so wie so fehlt.“

Der Spandauer Schleifstein scheint bereits zu ahnen, daß das Sterbegeld für die Spandauer Sozialdemokratie noch nicht läuten wird. Immerhin müssen auch unsere Genossen bereits in die Agitation eintreten und beweisen, daß die Sozialdemokratie aus dem Reichstagswahlkampf gekräftigt hervorgegangen ist.

Vermischtes.

Unwetternachrichten.

Das Unwetter der letzten Tage hat überall erheblichen Schaden angerichtet. Zu der Dammzufsung auf der Fernzugstrecke Schleifischer Bahnhof—Kaulsdorf sind Sonnabend abend noch weitere Aufschungen an derselben Strecke vorgekommen. Auch ist Sonntag morgen auf der alten Ostbahnstrecke das Gleis von Kaulsdorf nach Wiesdorf infolge Dammzufsung unfahrbar geworden. Es ist deshalb der planmäßige Verkehr der Stadtbahnzüge zwischen Nichtenberg und Kaulsdorf eingestellt, und wird zwischen Nichtenberg und Wiesdorf der Stadtbahnverkehr durch Pendelzüge, die wegen der Gleisunterbrechung nicht über Wiesdorf hinausfahren, aufrecht erhalten.

Aus Dresden wird vom 15. Juli gemeldet: Die Mittagblätter melden: Die Reife ist infolge anhaltenden Regens aus den Äkern getreten, große Strecken sind völlig überschwemmt. Der Roggen, der Holzplan und das Schuppenhaus sind schwer bedrückt. Infanteriemannschaften und Feuerwehr arbeiten unausgesetzt an der Absperzung der Fluten. Auf den genannten Straßen steht das Wasser meterhoch. Der Stadtbahnhof kann nur mit Kähnen erreicht werden. Durch Röhre wird auch der Verkehr auf den Straßen vermittelt. Viele Gehöfte außerhalb von Glad sind durch die Fluten völlig zerstört. Die gesamte Ernte scheint vernichtet. In den Fluten der Weistritz ist bei Ruckers gestern ein Schulknaabe ertrunken, ein Mann wird vermißt.

Auch aus dem Riesengebirge lauten die Nachrichten trübselig. Das Dorf Straupitz bei Hirschberg ist völlig abgeschnitten. Das Gelände zwischen Straupitz und Hirschberg bildet eine wogende Wasserfläche. Auf der Schneelippe mühten wegen des herrschenden furchtbaren Sturmes sämtliche Fensterläden geschlossen bleiben. Den ganzen Tag brannten die Lampen. An dem Neuhorn der Gebäude wurde großer Schaden angerichtet.

Die Oberstrombauverwaltung teilt amtlich mit: Infolge bedeutender Regengüsse im Quellgebiet der Oder und ihrer linksseitigen Nebenflüsse sind alle diese Flüsse bedeutend gestiegen. In der Oder ist noch größeres Hochwasser zu erwarten. — In Ratibor

erreichte der Wasserstand heute vormittag 4,88 Meter und wird voraussichtlich 6 Meter Pegel Höhe übersteigen. In den oberen Strecken der Gleyer Reife, der Weistritz, der Rabach und des Vober fällt das Wasser wieder.

Ein Privat-Telegramm aus Dresden meldet: In Sachsen brachte der gestrige Sonntag große Regenmassen und schweren Sturm, Elbe und Weistritz haben Hochwasser. Die Ernte ist stark beschädigt. Der Bahndamm bei Station Radibor ist gerutscht; der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Auch in Posen hat der Sturm Schaden angerichtet. Einem Privat-Telegramm aus Posen zufolge stürzte infolge andauernden Regens bei Tischitz eine Brücke der im Bau begriffenen Bahnstrecke Posen—Breslau ein. Mehrere Arbeiter wurden schwer verletzt. In Oesterreich regnet es weiter. Aus Wien wird berichtet: Der Gufreggen dauerte den ganzen Tag an, hielt des nachts an und erneuerte sich heute früh, wenn auch nicht so stark. Außer den Gärten, Anlagen und Parks haben die Getreidefelder und Weingärten in der Umgegend Wiens stark gelitten, das bereits geschnittene Getreide auf den Feldern ist vernichtet. Auf dem Semmering, dem Schneeberg und der Ray liegt der Schnee meterhoch. Die Zahnradbahn auf dem Schneeberg mußte den Verkehr einstellen. Im Wiener Stadtpark, im Prater, in Schönbrunn und anderen Parks sind zahlreiche Bäume durch den orkanartigen Sturm entwurzelt worden.

Auf dem Schneeberg wurden durch die Verkehrshörung auf der Zahnradbahn zahlreiche Wiener Touristen durch den gestrigen Sturm und Schneefall in dem dortigen Hotel eingeschlossen.

Fürstin und Diener.

Vor 14 Tagen teilten wir mit, daß das Verfahren gegen die Fürstin Wrede wegen Silberdiebstahls durch Beschluß des Landgerichts zu Gütrow i. M. eingestellt worden ist, weil die Fürstin zurechnungsunfähig ist. Daß die Geisteskrankheit der Fürstin, die in den Jahren 1903 bis 1906 in Berlin, München und Paris Hoteldiebstahle und im Jahre 1905 einen Einbruchdiebstahl in Potsdam begangen haben soll, erst jetzt und aus Anlaß ihrer Verfolgungsmöglichkeit auf 4 Jahre rückwärts konstatiert ist, ist eine merkwürdige Erscheinung, die uns aber nur zu der Forderung veranlaßt, alle Diebstahlverdächtigen einer gleich fürsorglichen ärztlichen Untersuchung zu unterwerfen. Nun wird aber mitgeteilt, auch die Gesellschaftlerin Weidig und der Fürst Wrede selbst seien wegen der Anklage der Dieberei, Begünstigung oder Beihilfe außer Verfolgung gesetzt. Als Grund wird die kuriose Deduktion geltend gemacht: nach § 51 St. G. B. sei, wenn ein Zurechnungsunfähiger stiehlt, eine strafbare Handlung nicht vorhanden, mithin könne auch von einer Begünstigung oder Beihilfe dieser Handlung nicht die Rede sein, da zu dem Tatbestand einer solchen Straftat das Erlangen der Sache durch eine strafbare Handlung — die nach § 51 St. G. B. nicht vorliegt — gehört. Eine eigenartige Deduktion, für die sich das Gütrower Landgericht auf die Ansicht des Reichsgerichts (Band 35 S. 73) beruft. Wir lassen dahingestellt, ob mit Recht. Es liegt uns auch fern, die vielen Streitfragen, die sich an den Wortlaut des § 51 St. G. B. knüpfen, hier zu erörtern. Wir möchten nur darauf hinweisen: ist der Standpunkt des Gütrower Gerichts richtig, so wäre jemand, der einen Zurechnungsunfähigen zum Diebstahl anstiftet, nicht strafbar, da ja — nach Ansicht des Gerichts in Gütrow — § 51 St. G. B. besagt, daß der Diebstahl eines Zurechnungsunfähigen keine Straftat sei. Es eröffnen sich für gewerdmäßige Diebe aus der Deduktion des Gütrower Gerichts noch weitere Perspektiven für die Art, das Diebes- und Hehlergeschäft straflos zu betreiben. Wir möchten kaum annehmen, daß das Oberlandesgericht, an das sich die Staatsanwaltschaft mit einer Beschwerde gemeldet haben soll, die juristische Ansicht des Landgerichts billigen wird. Fast noch auffälliger ist, daß die Gesellschaftlerin Weidig wegen des ihr zur Last gelegten Meineides (in dem Prozeß gegen den Diener Wase) außer Verfolgung gesetzt ist, weil sie zwar objektiv Unwahreres bekundet hat, aber kein Anlaß zu der Annahme vorliegt, daß sie wissentlich oder fahrlässig einen Meineid geleistet habe.

Entgleiste Säge.

Wie aus Pilsen berichtet wird, sind infolge vorgeeilter Weichenstellung gestern um Rittnast zwei Wagen eines Personenzuges entgleist. Ein Reisende erlitten leichte Verletzungen. — Saarbrücken, 15. Juli. Amtliche Meldung. Gestern abend 7 Uhr 10 Min. ist der Eilzug Saarbrücken—Trier zwischen Pönten—Wesseringen und dem Weillacher Tunnel mit allen Wägen entgleist, so daß beide Gleise gesperrt sind. Ein einziger Reisender war leicht verletzt. Ursache vermutlich Nichtbeachtung aufgestellter Langsamfahrtsignale. Personen- und Gepäckverkehr wird unter Benutzung von Landfuhrwerk zwischen Weillach und Pönten—Wesseringen aufrechterhalten. Die Wieder-aufnahme des Betriebes auf einem Gleis ist heute nachmittag zu erwarten.

Aus der Luft ins Wasser. Die Leiche des Pariser Luftschiffers Dufrenoy, der am 24. Juni bei dem Volleisest in Dänkirchen mit dem Ballon „Floreal“ aufgestiegen und seitdem verschollen war, ist nach Pariser Meldung an der Küste bei Ostende aufgefunden worden. Der Leichnam seines Begleiters, namens Taunay, ist bisher trotz eifriger Nachforschungen nicht aufgefunden worden.

Erdbeben. Das meteorologische Zentralbureau in Mexiko meldet, daß am 12. d. M. an verschiedenen Orten des Staates Guerrero schwere Erdbeben stattgefunden haben. Ausgenommen sei niemand.

Schiffsunfall. Londoner Meldung zufolge stieß der englische Torpedobootzerstörer „Lee“ gestern früh mit dem holländischen Kreuzer „Friesland“ in der Nähe von Tor Bay zusammen. Der Torpedobootzerstörer, der in Devonport angekommen ist, hat ein großes Loch am Schiffsrumpf davongetragen. Verunglückt ist niemand.

Die Pest. In Alexandria sind in einem Hotel sechs Pestfälle festgestellt worden. Von den Erkrankten sind 5 Europäer. Infolgedessen sind Herkünfte aus Alexandria einer dreitägigen Quarantäne unterworfen.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Karl Marx“. Sitzung jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat bei Grunlich, Ullrichstr. 9. Nächste Sitzung am Mittwoch, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr. Gäste willkommen.

Deutscher Arbeiter-Abstinenzklub. Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c: Versammlung. Vortrag, Diskussion. Verschiedenes.

Witterungsübersicht vom 15. Juli 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Emmerke	766	NO	3	halb hb.	16	Daprun	766	N	2	bedekt	16
Darmstadt	768	NO	2	bedekt	16	Betersburg	764	NO	2	wolfig	19
Berlin	765	NO	2	wolfig	16	Seibitz	764	O	1	bedekt	14
Frank a. M.	768	N	3	bedekt	17	Aberdeen	775	NO	1	bedekt	17
München	765	NO	4	bedekt	12	Paris	763	NO	2	wolkenl.	15
Wien	759	NO	3	Regen	13						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 16. Juli 1907.

Staus wärmer, vielfach heiter, aber noch unruhig, mit leichten Regenschauern und mäßigen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau

Wasserstand am 15. Juli vorm. Elbe bei Ruffig — 1,10 Meter, bei Dresden — 2,00 Sp. — Elbe bei Magdeburg 1,91 Meter. — Oder bei Ratibor — 1,10 Meter. — Oder bei Dresden — 0,90 Meter. — Oder bei Bries 3,04 Meter.

Neu-Erscheinungen:
Verbrechen und Prostitution
 als soziale Krankheitserscheinungen.
 Zweite, völlig umgearbeitete und vermehrte Auflage.
 Preis brosch. 2.- M., geb. 2.50 M.
Ferdinand Lassalles
 „Offenes Antwortschreiben“.
 Durchgesehen, mit Einleitung und Anmerkungen versehen von
 Eduard Bernstein. Preis 40 Pf.
Patriotismus und Sozialdemokratie
 von Karl Kautsky. Preis 20 Pf.
Die Agrarfrage in Rußland
 Die bäuerliche Wirtschaftsform und die Arbeiter.
 Eine Untersuchung von Peter Wajns. Preis brosch. 2.50 M., geb. 3.- M.
Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch
 von Parvus. Preis 1.- M.
In der russischen Bastille
 während der Revolution.
 Eindrücke, Stimmungen und Betrachtungen von Parvus.
 Preis brosch. 1.- M., geb. 1.50 M.
Viermal entflohen von Leo Deutsch.
 Verfasser von „Sechzehn Jahre in Sibirien“.
 Preis brosch. 1.50 M., geb. 2.- M.
Der Neue Weltkalender für 1908.
 Zu beziehen durch:
Expedition des „Vorwärts“,
 Berlin SW. 68, Linden-Str. 69, Laden.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
 Mittwoch, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 (der 8. Abteilung)
 bei Kirschkowski, Beusselstraße 9.
 Tages-Ordnung:
 1. Aufstellung der Vorschlagsliste zur Wahl der Delegierten für die
 Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlin. 2. Vortrag des Genossen
 Wilhelm Rudig. 3. Diskussion.
 Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Rixdorf.
 Donnerstag, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn
 Thiel, Vergl. 151-152:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Regelung der Krankenunterstützung.
 3. Verbandsangelegenheiten.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
 Hof I. Amt 3, 1209. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Achtung! Gürtler. Achtung!
 Mittwoch, den 17. Juli, abends 6 Uhr, im großen Saale
 des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Allgemeine Versammlung
 der in Gürtlereien beschäftigten
 Kollegen und Kolleginnen.
 Tages-Ordnung:
 1. Bürgerliche und proletarische Sozialpolitik. Referent: Sekretär
 Karl Giebel. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Branchangelegenheiten.
 Zahlreichen Besuch erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Portefeuiller
 und Ledergalanterie-Arbeiter u. -Arbeiterinnen.
 Zahlstelle Berlin.
 Mittwoch, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
 bei Graumann, Rauchstraße 27:
Ordentliche Generalversammlung.
 Tages-Ordnung: Bericht der Ortsverwaltung, des Kassierers und der
 Revisionskommission; Wahl eines Beisitzers und der Revisoren; Verbands-
 angelegenheiten; Verschiedenes.
 Zahlreichen Besuch erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Achtung!
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß sich das Bureau vom Sonn-
 abend, den 20. Juli, in der Sebastianstraße 4, vorn I befindet. Das
 Bureau ist geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr. Arbeitslosen-Kontrolle
 nur von 9 1/2-10 1/2 Uhr.
 100/9 D. D.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands
 Filiale Berlin II.
 Mittwoch, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten,
 Alexanderstraße 27 o:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom zweiten Quartal 1907. 2. Unsere Lohnbewegung.
 3. Gewerkschaftliches.
 Zahlreichen Besuch erwartet.
 Der Vorstand.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
 Engel-Ufer 5.
 Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabako.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
 stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 5316L*
 Amt 4, 3014.

Lebensmittelpreise steigen!
 Warum greift die deutsche Presse nicht ein?
 Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft
 ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber,
 Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2.- Teil- und Volks-
 ausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pfg. für das
 Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren
 portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg ver-
 sandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
 Man verlange ebendasselbe Flugchriften und Prospekte.

Gesetzt. Geschützt.

„TASSI“
CIGARETTEN
 sind die besten.
 ULLY YORK ACOSTA } 3 Pfg.

Jeden Montag, Mittwoch
 und Donnerstag: **Extra-**
Dampfer-Ferien-Fahrten
 nach **Wernsdorfer Schleuse** und **Gosener Berge.**
 Abf. circa 10 1/2 Uhr vorm. } ab **Schillingsbrücke**
 Ein und zurück 50 Pfg. }
 Hierzu ladet **Piehl, Restaurant**
 höchst ein **zum Oder-Spree-Kanal.**

Paul Litfins Restaurant u. Festsäle
 Amt VII Nr. 1075. **Memelerstraße 67.**
 Saal mit Bühne und Nebenräumen, 500 Personen, kleiner Saal mit
 Parkettboden, 150 Personen fassend, sowie Vereinszimmer mit Pianino stehen
 den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Versammlungen
 und Festlichkeiten, auch Sonntags, zur Verfügung. Es sind noch Sonn-
 abende und Sonntage im Herbst und Winter zu vergeben.
 Um gütigsten Zuspruch bittet **Paul Litfin.**

Wanzen, Schwaben und Motten nicht durch
 verschlingen, daher meine **Spezialmittel.**
 Erfolg garantiert. Dose 50 Pf., 1 u. 3 M.
 Nur echt bei **Dr. Schweifart, Mantelstr.**
 Straße 92, Waldemarstr. 64 und Reichenbergerstr. 55. 48352*

Max Kliems
Sommer-Theater
 Gartenstraße 13/15.
 Richtige Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Jeden Montag: Sommerfest.
 Jeden Mittwoch:
 Die beliebtesten Kinderfeste.
 Jeden Donnerstag: Witte-Tag.
 Die Kollektive ist täglich von
 2 Uhr ab geöffnet.

Otto Pritzkow
 Münzstraße 16.
Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
 Theater lebender
 Photographien.
 Täglich Eingang von
 Neuheiten.
 Den ganzen Tag Vorstellung.
 Von der Reise zurück 1805/6
Dr. Gebert, Lindenstraße 6,
 Spezialarzt für Hautleiden usw.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Rixdorf.
 Dienstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr,
 im Lokal des Herrn Hoppe, Hermannstraße Nr. 49:
Volks-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Unsere **Afrikaner.** Persönliche Eindrücke vom Peters-Prozess.
 Referent: Genosse **Kurt Eisner-Nürnberg.** Diskussion.
 Zahlreichen Erscheinen erwartet.
 Der Vorstand. [235/7*

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.
 Melchiorstr. 28. Filiale Berlin. Berlin, Fernspr. Amt 4, 4787.
 Donnerstag, den 18. Juli 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Fortsetzung der Diskussion der vorigen Versammlung. Wahl eines Kassierers (Wahlwahl). Abrechnung
 vom zweiten Quartal 1907. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.
 Das diesjährige **Sommerfest** findet am 27. Juli in der Brauerei Friedrichshain statt. 125/21*
 Wir erlauben die Kollegen, sich rege daran zu beteiligen.
 D. D.

Frauen-Bildungsverein Friedenau.
 Sonnabend, den 13. Juli, ab-
 nach unser Mitglied
Frau Berta Miethling.
 Die Beerdigung findet Dienstag,
 den 16. Juli, 6 Uhr, von der
 Leichenhalle des Friedenauer Kirch-
 hofes statt. 18485
 Um rege Beteiligung wird er-
 sucht.
 Der Vorstand.

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 und uniger Teilnahme beim Hin-
 scheid meines lieben Mannes sage
 ich allen Freunden, Bekannten und
 Verwandten sowie dem Lotterieverein
 „7 bewährt ist“ und den Kollegen
 der Firma H. Jander u. Co., Große
 Franzfurterstraße, meinen besten Dank.
Witwe Schmidt
 Tempelhof
 18455 Friedrichs-Allee 26.

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme und die reichen Kranz-
 spenden bei der Beerdigung meiner
 lieben Frau, väterlicher guten Mutter
 sage ich allen Freunden, Bekannten
 und Verwandten, insbesondere den
 Genossen des 186. Bezirks des vierten
 Wahlkreises und den Sängern der
 „Kreuzberger Harmonie“ für den er-
 hebenden Gehalt meinen innigsten
 Dank. 18478
 Im Namen der Hinterbliebenen
Wilhelm Jach.

Dankagung. 18465
 Für die herzliche Teilnahme und
 die zahlreichen Kranzspenden bei der
 Beerdigung unseres lieben Sohnes,
 Bruders, Schwagers und Onkels
Paul Gierke
 lagen wir allen Freunden, Verwandten
 und Bekannten, insbesondere den
 Kollegen der Daimler-Werkwerke,
 Marienfelde, sowie dem 6. Wahlkreis
 und dem Deutschen Metallarbeiter-
 Verband unsern herzlichsten Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die Beweise aufrichtiger Teil-
 nahme bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes
Emil Senkbeil
 sagen allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten unsern herzlichsten
 Dank. 54562
 Witwe W. Senkbeil und Kinder.

Danksagung.
 Für die rege Teilnahme und die
 reichen Kranzspenden bei der Beer-
 digung meines lieben Mannes sage ich
 allen Teilnehmern meinen herzlichsten
 Dank. Insbesondere seinen Kollegen
 von der Firma H. Bollen Co., sowie den
 Kollegen vom Deutschen Metallarbeiter-
 Verband, den Genossen vom Wahl-
 verein und den Patienten der Heil-
 stätte Jungfernheide. 54612
Frau Margarethe Hennig.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Hautleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Hygienische
 Bedarfsartikel. Neues Katalog
 in Empfang. viel Aerzie n. Prof. grat. u. fr.
 H. Unger, Gummiwarenfabrik
 Berlin NW. Friedrichstraße 91/92.

Auf Teilzahlung!
 Wöchentlich nur 1 Mark.
 Uhren jeder Art so-
 wie Goldwa. Silber-
 Phonograph, Platten-
 (Schmähmaschinen, Gar-
 monikas, Mandolinen,
 Geigen usw. Große Auswahl in
 Waaren, echte Edison-Apparate
 und Waagen zu Original-Preisen.
Jahre & König,
 Warschauerstr. 72, 1. Etage,
 Reinholdenferstr. 101, 1. Etage.

Bilz
 Dresden-Radebeul Schloß
 Lössnitz, Berl. milds
 Lage, Saale, Mitzan
 Prospekte
 frei
 Olmetten
 Hallerale
 5 Aerzte, Direktor
 Alfred Bilz, Oberst
 Dr. Anckeln, Internat. Beuch.
 Station Lössnitzgrund
 20000 qm, Saale, Harr.
 2000 qm, Familien-
 Eintr. 30 Pf.,
 54.30.
 Sport-
 Spielplatz,
 6 Lawn-Tennispl.
 4 Schwimmb., Turm- u.
 Sportger. Gelegen. z. Wohn-
Licht-Luft-Bad
Bilz' Goldene Lebensregeln
 2777 sieben erschienen. 2 Mk. 90
 Begeisterung aufgenommen.
 Bilz Naturheilmittel ca. 1/2, Mill. verk.

Sofastoffe
 Riesenauswahl aller Qualitäten.
 Wolle-Reste! Moquette.
 Plüsch-Reste! Satteltaschen.
 Muster b. n. h. Angabe franko.
Berlin, 158.
Emil Lefèvre, Oranienstr.

Unserem Genossen
Gustav Pieper
 zu seinem heutigen fünfzigjährigen
 Geburtstag die herzlichsten Glück-
 wünsche. 54572
 Die Genossen des 308. u. 309. Bezirkes.
 Sonntag abend erkrankte plötz-
 lich mein innigstgeliebter Mann,
 unser Bruder, Schwager und Onkel
Robert Rieß
 im 61. Lebensjahre. 54602
 Dies zehrt tiefbetrübt am
Pauline Rieß, Ropenhagener-
 Straße 31.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 17. d. Mts., nach-
 mittags 4 Uhr, von der Halle der
 Gethsemane-Gemeinde (Kordend)
 aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
 Am Sonntag verstarb unser
 Mitglied, der Zigarrenhändler
Robert Rieß,
 Ropenhagenerstr. 31.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen
 Mittwoch, nachmittags 4 Uhr,
 von der Halle des Gethsemane-
 Kirchhofes in Kordend aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung erlucht
 256/18 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands. Zweigverein
Berlin.
Bezirk Süd-Westen.
 Am 14. Juli verstarb unser
 altes Mitglied
Reinhold Renneck
 47 Jahre alt, an der Psoealarterien-
 krankheit.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen
 Mittwoch, den 17. Juli, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des St. Kreuz-Kirchhofes in
 Mariendorf, Feldstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung erlucht
 142/4 **Der Vorstand**

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Bauer.
 Unseren sowie den Mitgliedern
 des Oelangevereins zur Nachricht,
 daß am 13. d. Mts. unser Ver-
 bandsmitglied
Emil Bittstrey
 im Alter von 44 Jahren ver-
 storben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 17. Juli, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Gethsemane-Kirchhofes
 in Kordend aus statt.
 Um rege Beteiligung erlucht
 134/9 **Der Vorstand.**

Verein der Zimmerer Berlins
 und Umgegend.
Todes-Anzeige.
 Am Sonnabend, den 13. Juli,
 nach unser Mitglied
Heinrich Köhler
 (Zahlstelle Schöneberg).
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 16. d. Mts., nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Schöneberger Friedhofes
 in der Warthe aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet.
 257/15 **Der Vorstand.**

Am 12. Juli, abends 6 Uhr,
 verstarb nach schwerem Leiden
 mein innigstgeliebter Mann, unser
 treuer, sorgender Vater, Schwieger-
 vater, Bruder, Schwager und
 Onkel, der Gattin
Hermann Thiele
 im 41. Lebensjahre.
 Dies zehrt tiefbetrübt im tiefen
 Weile büttend am 54592
 Frau Berta Thiele geb. Kuhlmann
 nicht stehend.
 Rixdorf, Richardplatz 10.
 Die Beerdigung findet am Dienst-
 tag, den 16. Juli, nachm. 3 Uhr,
 von der Kapelle des Friedhofes
 der Sellig-Alex-Gemeinde,
 Mariendorf, Feldstraße, aus statt.

Zentral-Verband der Töpfer
Deutschlands.
Filiale Berlin.
 Am Sonnabend, den 13. Juli,
 verstarb nach langen Leiden der
 Kollege
Heinrich Sucker
 (Bezirk Schönehauser Vorstadt)
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 16. Juli, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Gethsemane-Kirchhofes
 in Kordend, Schönehauser Vorstadt
 aus statt. 208/6
 Um rege Beteiligung erlucht
Der Vorstand.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

— Dienstag, den 16. Juli 1907, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr: —

Versammlungen der sechs Berliner Wahlvereine.

1. Kreis.

Dräsel, Neue Friedrichstraße Nr. 35.

Tages-Ordnung:

1. Vorstandsbericht. 2. Ergänzungswahl zum Vorstände. 3. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung Groß-Berlins am 11. August. 4. Der internationale Kongress in Stuttgart 18. bis 24. August. 5. Wahl der Delegierten. 6. Vereinsangelegenheiten.

2. Kreis.

Bock-Bräuerei, Am Tempelhofer Berg.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Kassierers. 2. Diskussion. 3. Der internationale Kongress in Stuttgart. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse **Richard Fischer**. 4. Diskussion. 5. Wahl der Delegierten. 6. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 7. Verschiedenes.

3. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Kassierers. 2. Der internationale Kongress. Referent: Parteisekretär Genosse **Hermann Müller**. 3. Wahl der Delegierten.

4. Kreis.

Keller (Zuh. Freyer), Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Der internationale Kongress in Stuttgart. Referent: Genosse **Heinrich Ströbel**. 2. Beratung eventueller Anträge und Diskussion. 3. Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.

5. Kreis.

Altes Schützenhaus, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung:

1. Der internationale Kongress. Referent: Genosse **Georg Davidsohn**. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten. 4. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung Groß-Berlins. 5. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

6. Kreis.

Germania-Prachtsäle, Chausseestraße 103.

Tages-Ordnung:

1. Der internationale Kongress. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse **Ledebour**. 2. Diskussion und eventuelle Anträge. 3. Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.

Zu allen Versammlungen legitimiert das Mitgliedsbuch des Wahlvereins! Die Vorstände.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit farbenschönen Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Wauerhoff. +1

Teppiche billig! Grobfr. Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Wauerhoff. +1

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 2515R

Teppiche billig! Grobfr. Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Teppiche! (sehr beste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Erdm., Gabelstraße 4, Bahnhofs Böse. 2517R

Kinderwagen, Kinderbetten, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt, billig! Schneider, Aufhäuserstraße 172. 2247R

Gardinen-Audoverkauf wegen Todesfall! billig! bei Güther, Grüner Weg 80, parterre, Eingang vom Flur.

Herrmann Schelinger, Turmstraße 58, hat die besten Arbeitsanzeigen. 2574R

Gasthofhand. Anzeigebüro, Kocher 3,00. Wollauer, Wollauerstraße 32. 2584R

Möbelfabrik. Drantenstraße 58. direkt! Vorplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungs-einrichtungen in jeder Preisklasse vom Einflüßler bis zum Eleganten. Besondere Gelegenheit bietet ich in vorliehen gemalten, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Beschäftigung erbeten, ohne Kostzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 20, Schlafsofa 29, Satteltischchen 45, Banquetsofa 55, hochlegante Garnitur 75, Säulentrapez 32, Bettstelle mit Matratze 16, Auszieh-tisch 18, Kuschelsessel, Vertico 27. Verkaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt! Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Anstehen gratis. 2192R

Fahrräder, neue, gebrauchte (erstklassige) billig! Produktiv. Einkaufsgenossenschaft, Oberbergrstraße 30.

Klempnerlei zu verkaufen Charlottenburg, Kommanenstraße 3. 1808R

Ruhbau-Herrenschreibtisch, Tru-menspiegel mit Stuhl, Schreiber, Landsberger Allee 144 II. +69

Kinderwagen, Kinderbetten, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt, billig! Sommer, Wienerstraße 51.

Herren-Gardrobe nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauf beim Handwerker, lässt den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. F. Dörge, Dresdenstraße 109.

Möbelfabrikerei liefert gebiegen, Wohnanordnungen äußerst billig Bunte Küchen. Nach Katalog. Kein Laden. Darnad, Tischlermeister, Dresdenstraße 124, nahe Kottbuscher Tor. Gemessen erhalten 3 Prozent.

Teppiche, volle Größe, Grottoen 3,00, Trillo 4,25, Eimelsteide 4,25, Wolllas 5,50, Vornmalshel-beden 1,85, Sonderangebote. Teppich-handlung Emil Lehmann, Drantenstr. 158.

Räumungsverkauf. Wand-leihhaus, Weidenweg neunzehn, extra-billig. 50/16

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, hochmodern, sportbillig. Mühlke, Egerstraße 25. +102

Rahmmaschinen! Bis 15,00 vergütet bei Kauf oder Rückgabe. Lager aller Systeme. Braner, Frankfurter Allee 101, Laden. (Vollkarte.) +69

Gutgehendes Gefäßgeschäft! sofort oder Oktober umständehalber billig zu verkaufen Niddorf, Rängher-str. 12. +134

Wine möchte Restaurant, Partiel-lal, verkaufen. Näheres Dr. H. Langius, und Werberstraße 62 bei Wanger. +134

Biergeschäft verkauft umständehalber. 450 Postamt 20. +102

Restaurant mit Garten ist wegen Krankheit zu verkaufen. Zu erfragen Gaudenzstraße 4, II, Rätebuch, Montag und Dienstag, abends. +43

Wand-leihhaus! Vermittlung sechs für jedermann! Sportbilligster Bettverkauf, Brautverkauf, Vermittlungsbett, Wanderverkauf, Bett-stühle, Nähmaschinen, Aussteuerwägel, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Gold-sachen, Uhrenverkauf, Juchelanzüge, Bekleidungsstücke, Sommerpaletots.

Plantio, hohes (Nahbaum), 12, —, Turmstraße 8, I. 50/19

Gelegenheitskäufe: Paletots, An-züge, Hosen, Koffer, Revolver, Taschengeld, Uhren, Goldsachen, Kessel, Sportbillig. Luke, Drantenstraße 131.

Weisfächer, Operngläser, Reih-zeuge, Regulatoren, Festschwingler, Harmonikas, Geigen, Klaviers, Silber, Teppiche, Sportbillig. Luke, Dranten-str. 131. 1840R

Singermaschine 12,00, Alexander-str. 12. 228/16

Sofa, Bettstelle, Matratze, Silber, andere Sachen verkauft Müller, Bar-schauerstraße 48, I. 1856R

Gründergeschäft billig zu ver-kaufen, Niddorf, Weisstraße 63.

Restaurations, gutgehend, Umsatz circa 60 halbe monatlich, Fabrik-lieferung, viel Kasse, Vereinszimmer. Anzahlung 2000 Mark. Krautstraße drei. 1854R

Teppichgeschäft verkauft Wil-heimstraße 21. +130

Brillanten, Goldsachen, Platina-abfall, Silberwaren, Uhren, Klaviers, Rahmgebisse, Staniel, kauf! Wer-straße 174, Goldgeschäft. 1853R

Nehme die Beleidigung gegen Paul Däumgen und Frau zurück. Niddorf, Tempelhofer, Werber-str. 31. 2588R

Vermietungen.

Wohnungen.

Samariterstraße 4, licht Frank-furter Allee, schöne Stube und Küche sofort oder später. 49/11

Schöne billige Wohnungen Sol-dnerstraße 32/34. *

Moderne Kleinwohnungen sehr billig Finkenstraße 17, neben Paul Gerberstr. 2576R

Vereinshaus, Regelpark, zwei-zimmerige Wohnung anschließend, wegen Abneigung zum Schankgeschäft für 1000 Mark mit Piano, Billard sofort zu übernehmen. Auf Wunsch große Brauereihölle. Näheres Alldorf, Landwehrstraße 22, erste Etage. 253/5

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für einen oder zwei Herren zu vermieten Kol-bergerstraße 26, III. 1190R

Teilnehmer zum möblierten Zimmer gesucht Belle-Alliancestr. 11, Seitenflügel I rechts. 1715R

Kleines möbliertes Zimmer, an-händigen Herrn, kleine Andreas-str. 14, vorn IV rechts. +44

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Herrn, Amiralstraße 23, vorn II, Sonnen-wald. 205

3 schöne Schlafstellen frei, Werber-str. 29, vorn III, Kanal. 1850R

Zandere Schlafstelle, separat, I oder 2 Herren, Niddorf, Woll-str. 3, vorn II links. +147

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlrechner bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und umgestellt. A. Gläser, Pulver-str. 27. 1465R

Stellenangebote.

Automobilfahrer! Vorzüglichste theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieur-leitung. Größter Stellennachweis gratis. Werkstätten mit elektrischer Kraft. Autotechnikum Berlin-Wilmers-dorf, Hildegardestraße 13. Bedeutendste Lehranstalt Deutschlands. Von Be-hörden bevorzugt. 2567R

Chauffeurschule „Am Wedding“, nur Gerichstraße 17, größte, be-deutendste, nimmt stets Lehrlinge an. Theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieur-leitung. Werkstätten mit elektrischer Kraft. Kostenlose Vermittlung hoch-bezahlter Stellen. 253/6

Dirigent für kleineren Arbeiter-gefangenen (Klavier) für Freizeit gesucht. Offerten zu richten Salz-mederstraße 13, Restaurant. +90

Karton-Zuschneider, welcher auch gut rufen kann. Bedert, Schind-str. 15. +136

Geübte Maschinennähern und Lehrmädchen verlangt Köhler, Emdenerstraße 48. +80

Ausfuhrerinnen und Beschneide-rinnen, hoher Wochenlohn 20 Mark, Egerstraße 27. +102

Ramsfells, auch Stepperrinnen, auf Juchel, Wochenlohn 20 Mark, Egerstraße 27. +102

50 Ramsfells auf Kinderjuchel und Mantel verlangt Busch, Dreho-m-str. 34 I. 1814R

Wotensfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Schiff-bauerdamm 1 (Ecke Friedrichstraße). *

Wotensfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Pots-damerstraße 33 (Eingang: Ludow-straße). 507*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Tüchtige

Formen

bei hohem Lohn und dauernder Be-schäftigung gesucht. 50/7

Kaspar Berg, Eisenblecherei, Nürnberg-Rögeldorf.

Achtung! Töpfer!

Die Baufirma Regierungsbaumeister Gustav Görndt, Zagonstraße 43, ist hiermit gesperrt. In Betracht kommt der Bau Tille Wardenberg-str. 3/4, ausgeführt vom Töpfer-meister Fritz Krüger, Schöneberg, Eisenacherstraße 64. 200/5*

Gleichzeitig ist der Töpfermeister Otto Raack, Baumgartenweg, Eichenbachstraße 3 gesperrt, welcher den Bau in Ober-Schöne-weihe, Helmholzstraße, der Bau-firma Zutterheim ausführt.

Bei beiden Sperrern handelt es sich um Lohnansfall.

Die Verbandsleitung.

Deutscher

Holzarbeiter-Verband

Zentrale Berlin.

Wegen Streit und Differenzen ist gesperrt:

für Bergelder u. Seitenpollerer die Firma Mackenson, Allee-str. 47. 86/17

für Bodenleger gesperrt der Bau Paulsbörnerstraße, Ecke Schweidnitzer-str. 121/122, Firma Wittig. Bau-Schlichter 121/122, Firma Wittig.

für Korbmacher bei Schmidt, Dresdenstr. 82.

Die Ortsverwaltung.

Herbergsverwalter - Stelle.

Für den Betrieb der Zentralherberge wird per 1. Oktober d. J. ein Verwalter gesucht, der zugleich auch die Hausmeisterstelle zu bekleiden hat. Gehalt bis 1. August an das Bureau des Volkshaus-Berlins B. Königer, Ehemannstr. 10/I, mit der Aufschrift „Vermittlung“. Anstellungsbedingungen sind ebenfalls durch das Bureau des Vereins oder durch das Arbeiter-sekretariat, Egidienplatz 22, zu beziehen. 203/5

Volkshaus-Verein Nürnberg. (e. V.) Die Vorstandschaft.

Volkshaus-Verein Nürnberg. (e. V.) Die Vorstandschaft.

Volkshaus-Verein Nürnberg. (e. V.) Die Vorstandschaft.

Volkshaus-Verein Nürnberg. (e. V.) Die Vorstandschaft.

Volkshaus-Verein Nürnberg. (e. V.) Die Vorstandschaft.

Volkshaus-Verein Nürnberg. (e. V.) Die Vorstandschaft.

Volkshaus-Verein Nürnberg. (e. V.) Die Vorstandschaft.

Volkshaus-Verein Nürnberg. (e. V.) Die Vorstandschaft.

Volkshaus-Verein Nürnberg. (e. V.) Die Vorstandschaft.

Volkshaus-Verein Nürnberg. (e. V.) Die Vorstandschaft.

Volkshaus-Verein Nürnberg. (e. V.) Die Vorstandschaft.